



DIE MITTE IN DER KRISE

Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010

Oliver Decker
Marliese Weißmann
Johannes Kiess
Elmar Brähler

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG
Forum Berlin

FES Projekt
GEGEN
RECHTS
EXTREMISMUS



DIE MITTE IN DER KRISE

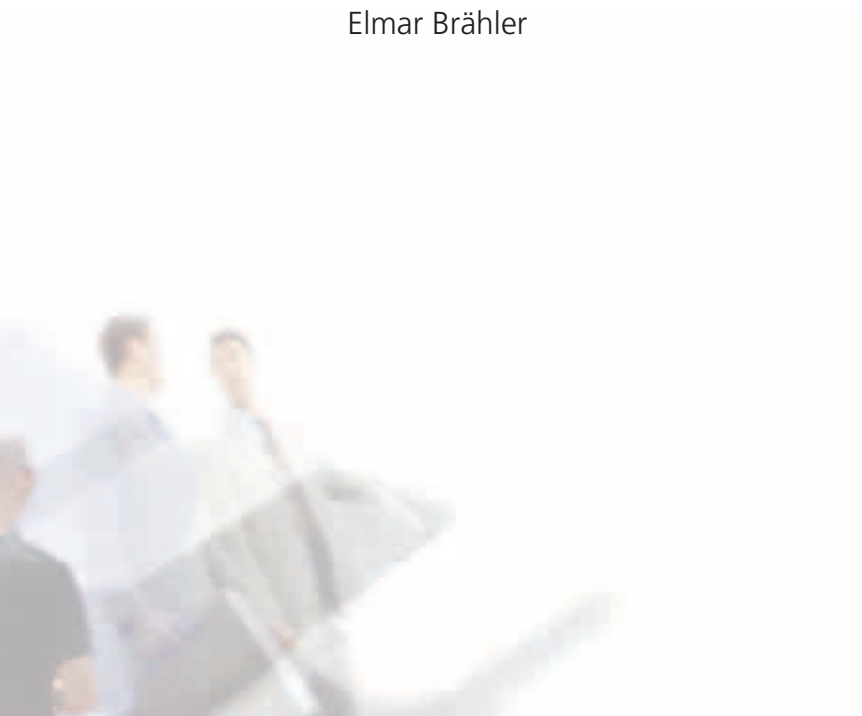
Rechtsextreme Einstellungen
in Deutschland 2010

Oliver Decker

Marliese Weißmann

Johannes Kiess

Elmar Brähler



ISBN: 978-3-86872-469-1

Impressum

Herausgegeben von:

Nora Langenbacher

Friedrich-Ebert-Stiftung

Forum Berlin

Projekt „Auseinandersetzung
mit dem Rechtsextremismus“

Hiroshimastraße 17

10785 Berlin

www.fes-gegen-rechtsextremismus.de

Autorin und Autoren:

Oliver Decker, Marliese Weißmann

Johannes Kiess, Elmar Brähler

Redaktionelle Bearbeitung:

Dr. Angela Borgwardt

Nora Langenbacher

Lektorat:

Barbara Hoffmann

Layout:

Pellens Kommunikationsdesign GmbH

Druck:

Brandt GmbH Druckerei und Verlag, Bonn

© 2010 Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

Vorwort	5
Einleitung	7
1. Der Rechtsextremismusbegriff – Einführung und Problemanzeige	10
2. Die Befunde der „Mitte“-Studien und ihre Konsequenzen	21
2.1 Das Veralten des Autoritären Charakters	29
2.2 Die Mitte – Das gesellschaftliche Zentrum und sein Rand.....	41
2.3 Prekarisierung und Krise	58
3. Die Mitte in der Krise	68
3.1 Verbreitung rechtsextremer Einstellung.....	72
3.2 Rechtsextreme Einstellung im Zeitverlauf	89
4. Politik und Leben in Deutschland 2010	97
4.1 Deprivation, Lebenszufriedenheit, Arbeitslosigkeit und Demokratie	97
4.2 Ökonomie und rechtsextreme Einstellung.....	105
4.2.1 Einkommenschichten und rechtsextreme Einstellung im Zeitverlauf 2002–2010	105
4.2.2 Objektive und subjektive wirtschaftliche Situation – was beeinflusst die rechtsextreme Einstellung?	114
4.3 Antiamerikanismus, Globalisierung, Antikapitalismus, Islamfeindlichkeit und rechtsextreme Einstellung.....	122

5. Zusammenfassung, Diskussion und Abschlussthese	136
5.1 Von der Mitte und dem Rand –Theoretische Grundlagen der „Mitte“-Studien	136
5.2 Die Ergebnisse – Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2010	139
5.3 Diskussion und politische Konsequenzen	149
Glossar	160
Literatur	163

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

wie zufrieden sind Sie mit unserer Demokratie? Und für wie wichtig halten Sie es, sich politisch zu engagieren? Haben Sie überhaupt Einfluss auf das Regierungshandeln? Schließlich bilden die Bürgerinnen und Bürger das Fundament jeder Demokratie. Wenn es hier am demokratischen Grundverständnis oder an Handlungsmöglichkeiten fehlt, ist nichts weniger in Gefahr als die demokratische Gesellschaft selbst.

Bisherige Repräsentativbefragungen der Friedrich-Ebert-Stiftung zu politischen Einstellungen in Deutschland bestätigten den ernüchternden Befund, den Theodor W. Adorno bereits 1959 formulierte: „Demokratie hat sich nicht derart eingebürgert, dass sie die Menschen wirklich als ihre eigene Sache erfahren“. Im Gegenteil: Die vom Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ herausgegebenen und unter der wissenschaftlichen Leitung von Dr. Oliver Decker und Prof. Dr. Elmar Brähler (Universität Leipzig) entstandenen „Mitte“-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung legten offen, welch erschreckend hohe Zustimmung rechtsextreme, fremdenfeindliche, antisemitische und menschenfeindliche Aussagen 60 Jahre nach Ende des Nationalsozialismus in Deutschland erfahren.

Das zentrale Ergebnis der Studie „Vom Rand zur Mitte“ (2006), dass sich verfestigte rechtsextreme Einstellungen nicht nur am Rand der Gesellschaft, sondern auch in deren „Mitte“ finden, fand seither vielfach Eingang in mediale und gesellschaftspolitische Debatten. Mittlerweile ist es allgemeiner Konsens, dass Rechtsextremismus eben kein „Randproblem unter Jugendlichen im Osten Deutschlands“ ist. Das Problem „Rechtsextremismus“ betrifft vielmehr alle Bevölkerungsschichten, Generatio-

nen und Regionen und erfordert das entschiedene Engagement aller gesellschaftspolitischen Kräfte. Als Hauptursachen hoher Zustimmungswerte für rechtsextreme Aussagen identifizierten unsere bisherigen Studien neben wirtschaftlicher und sozialer Deprivation insbesondere die Unzufriedenheit mit dem Privatleben und ein Gefühl politischer Einflusslosigkeit.

Heute, im Jahr 2010 und zwei Jahre nach dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise, fragen wir in einer neuen Studie erneut danach, wie es um unsere Demokratie bestellt ist. Welche Entwicklungen lassen sich angesichts aktueller gesellschaftspolitischer Herausforderungen mit Blick auf den Rechtsextremismus feststellen? Gibt es einen Zusammenhang zwischen Finanz- und Wirtschaftskrise und rechtsextremen Einstellungen? Befindet sich die „Mitte“ in der Krise und bedeutet dies etwa eine Krise der Demokratie? Und was heißt das für Politik und Gesellschaft?

Mit dieser Studie möchte das Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ des Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung zum gesellschaftlichen Bewusstsein für die demokratiegefährdende Bedrohung durch den Rechtsextremismus beitragen und die Debatte über effektive, gesellschaftspolitische Wege zu mehr Demokratie bereichern. Unser herzlicher Dank gilt der Autorin und den Autoren der Studie Dr. Oliver Decker, Marliese Weißmann, Johannes Kiess und Prof. Dr. Elmar Brähler. Gedankt sei ebenfalls allen weiteren Beteiligten, die zu dieser Publikation beigetragen haben. Diese Studie sowie weitere Informationen zur Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus finden Sie auch online unter <http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de>.

Nora Langenbacher

Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“
Forum Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung

Einleitung

Mit der hier vorgelegten Studie zur rechtsextremen Einstellung knüpfen wir an unsere Erhebungen seit 2002 und an die „Mitte“-Studien an, die seit 2006 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung von uns durchgeführt worden sind. Die inhaltliche Tradition dieser „Mitte“-Studien kommt auch im Titel zum Ausdruck. „Die Mitte in der Krise“: eine doppeldeutige Aussage. Denn die gesellschaftliche Mitte kann sich in Zeiten der Krise oder selbst in der Krise befinden. Beides wird mit dieser Formulierung abgebildet.

Mit dem ersten Verständnis des Titels – die Mitte der Gesellschaft in Zeiten einer Krise – ist nicht nur die allgemeine wirtschaftliche Situation in der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise beschrieben, sondern es sollen auch die Konsequenzen der Sozialstrukturveränderung in der Bundesrepublik Deutschland seit Beginn der 1990er-Jahre mitgedacht werden. Verschiedene Kennzahlen ließen sich heranziehen, um zu beschreiben, wie stark sich seit der Wiedervereinigung nicht nur die Gesellschaft in Ostdeutschland verändert hat, sondern wie sich das Gesicht Deutschlands insgesamt gewandelt hat.

Der zweite Bedeutungsgehalt bezieht sich auf die Mitte der Gesellschaft, die sich selbst in Folge der mit dem ersten Verständnis bezeichneten Strukturveränderungen in einer krisenhaften Umbruchsituation befindet. Wie reagiert sie auf diese Umbruchsituation, welche Veränderungen lassen sich im politischen Selbstverständnis, insbesondere bei der Zustimmung zu rechtsextremen und antidemokratischen Aussagen, in der Mitte finden?

Beide Bedeutungen sind so wenig voneinander zu trennen, wie wir es mit diesem verschränkten Titel ausdrücken. Und beide machen eine Einfüh-

rung notwendig, die sich mit den angesprochenen grundlegenden Aspekten beschäftigt. Denn der Zusammenhang von politischer Einstellung und ökonomischer Entwicklung, sei sie nun krisenbehaftet oder nicht, versteht sich nicht von selbst – auch wenn dieser Zusammenhang offen zutage liegt. Nicht nur aktuelle Untersuchungen weisen in steter Regelmäßigkeit auf den Zusammenhang von politischer Einstellung und Ökonomie hin. Bereits mit der ersten Erschütterung nicht nur der Demokratie, sondern bereits mit dem Zivilisationsbruch, für den Nazideutschland steht, ist er benannt und untersucht worden. Was die demokratische Gesellschaft bedroht, ist ihr selbst entsprungen. Als Entsprungenes führt es ein Eigenleben. Die Bedrohung der Demokratie hat etwas mit dem Fundament dieser Gesellschaft zu tun und hierauf das Augenmerk zu legen, ist auch Ziel unserer Studien. Das gilt für die theoretischen Überlegungen, die auf den folgenden Seiten vorgestellt werden sollen, wie für die empirischen Befunde im Anschluss.

Die theoretische Erörterung ist nicht nur notwendig, weil sich das Phänomen des Rechtsextremismus nicht von selbst versteht. Der Bezug zum gesellschaftlichen Zentrum muss auch hergestellt werden, um die Ursachen erfassen zu können. Das Forschungsfeld zum Rechtsextremismus ist heterogen, sowohl was Erklärungsansätze als auch was Interventionsstrategien anbelangt. Was aber noch viel mehr drängt und nun in die Auseinandersetzung eingeführt werden soll, ist die Auskunft, die die Vielstimmigkeit des Rechtsextremismusbegriffs selbst über das Phänomen geben kann.

Ausgehend von den Ergebnissen unserer bisherigen „Mitte“-Studien skizzieren wir das Problem und richten unseren Fokus auf die sozialpsychologischen Bedingungen der politischen Einstellung überhaupt. Das ist vornehmlich die Sozialisation: der mit der Kindheit beginnende, aber nicht endende Prozess des Hineinwachsens in die Gesellschaft. Bereits der Meilenstein der Forschung zur antidemokratischen Einstellung, die Autoritätsstudien, die im Umfeld des exilierten Frankfurter Instituts für Sozialforschung entstanden sind, benannten diese sozialpsychologischen

Bedingungen. Diese Studien wurden in den dreißiger und vierziger Jahren des letzten Jahrhunderts durchgeführt und mit ihrem Veralten wird zugleich die Gültigkeit die Befunde deutlich.

Hieran schließt eine Erörterung an, was die „Mitte“ ist und wie ihr Verhältnis zum „Rand“ zu bestimmen ist. Der „Mitte“-Begriff ist bisher von uns deskriptiv behandelt worden und erfährt nun eine Einordnung in den theoretischen Zusammenhang. Damit soll gleichzeitig an die einleitende Diskussion des Rechtsextremismus-Begriffs angeschlossen werden, um zu klären, warum über eine scheinbare Randerscheinung Auskunft über die gesellschaftliche Mitte eingeholt werden kann. Zum Abschluss der theoretischen Ausführungen werden die Befunde zur Prekarisierung in Deutschland vorgestellt.

Auf den theoretischen Teil folgt die Darstellung der empirischen Befunde, die sich in drei Abschnitte gliedert: Zunächst werden die Ergebnisse der Erhebung 2010 und daran anschließend der Zeitverlauf seit 2002 präsentiert und interpretiert. Danach wird die Lebenssituation in Deutschland entlang von sozioökonomischen Parametern dargestellt und ihr Zusammenhang mit der rechtsextremen Einstellung einer statistischen Analyse unterzogen. Den Abschluss bilden Ausführungen über Elemente antidemokratischer Einstellung, die von uns über den Rechtsextremismus-Fragebogen hinausgehend untersucht worden sind.

Großer Dank geht an Frau Gabriele Schmutzer für ihre Unterstützung bei der statistischen Berechnung, an Frau Jenny Babucke für die hilfreichen Anmerkungen zur Verständlichkeit der statistischen Auswertung und an Frau Angela Borgwardt und Frau Nora Langenbacher für die engagierte und hilfreiche redaktionelle Unterstützung.

Oliver Decker
Leipzig, im September 2010

1. Der Rechtsextremismusbegriff – Einführung und Problemanzeige

In diesem Kapitel werden zunächst der Kontext und die Problematik des Begriffs „Rechtsextremismus“ skizziert. Es wird deutlich gemacht, dass der Rechtsextremismusbegriff aus der verfassungsrechtlichen Praxis kommt und in der Wissenschaft umstritten ist – vor allem im Zusammenhang der sogenannten Extremismustheorie. Anschließend werden die problematischen Aspekte des Extremismuskonzepts kritisch beleuchtet (Verhältnis von Mitte – Rand, „links“ – „rechts“, Theorie – Praxis). Schließlich wird eine Perspektive aufgezeigt, wie der Rechtsextremismusbegriff – trotz seiner Schwächen – für die Forschung fruchtbar gemacht werden kann: Basierend auf der Unterscheidung von rechtsextremer Haltung und Einstellung werden sechs konkrete Dimensionen der „rechtsextremen Einstellung“ gebildet (Befürwortung Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus, Antisemitismus, Verharmlosung Nationalsozialismus), die dann empirisch untersucht werden können.

Zum Begriff „Rechtsextremismus“: Kontext und Problematik

Der Begriff „Rechtsextremismus“ findet sich seit 1974 in den Berichten des Verfassungsschutzes als Bezeichnung für verfassungsfeindliche Bestrebungen von „rechts“, definiert als „nationalistische und rassistische Anschauungen“. „Dabei herrscht die Auffassung vor, die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder Rasse entscheide über den Wert eines Menschen. Dieses rechtsextremistische Werteverständnis steht in einem fundamentalen Widerspruch zum Grundgesetz“ (Verfassungsschutz, o. J.). Bis dahin hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz den Begriff „Rechts-

radikalismus“ verwendet (Stöss 1989, S. 37; Jaschke 2001, S. 24), der damit gewissermaßen rehabilitiert wurde: „Politische Radikalität“ – im Sinne von: politische Probleme bis zu den „Wurzeln“ zu diskutieren – wurde nicht mehr als verfassungsfeindlich eingestuft. Wichtig ist, dass der Begriff „Rechtsextremismus“ aus der verfassungsrechtlichen Praxis kommt; er ist geprägt durch die Staatsrechtslehre, das Grundgesetz sowie einschlägige Gerichtsurteile, etwa die Urteile des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP) oder der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) in den 1950er-Jahren. In dieser Tradition basiert die Vorstellung von „Extremismus“ auf dem politischen Konzept der „wehrhaften Demokratie“, das die Bedrohung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung über Verfassungsfeindlichkeit definiert.

Der Begriff „Rechtsextremismus“ hat sich in der Folge auch weitgehend in der Wissenschaft durchgesetzt, ist dort allerdings durch eine große Bedeutungsvielfalt gekennzeichnet. In einer Untersuchung des wissenschaftlichen Begriffsgebrauchs wurde festgestellt, dass in 13 Studien insgesamt 37 unterschiedliche, wenn auch sich teilweise überschneidende Bedeutungen von „Rechtsextremismus“ zu finden sind (Druwe 1996, S. 73), sodass von einer Rechtsextremismusforschung mit einem gemeinsamen Untersuchungsgegenstand nicht die Rede sein könne. Umso wichtiger ist es, in Auseinandersetzung mit den verschiedenen Konzepten eine klare Definition des Begriffs zu entwickeln.

Zudem ist der Rechtsextremismusbegriff – ungeachtet seiner verbreiteten Verwendung in den Sozialwissenschaften – umstritten. Drei Aspekte werden dabei als besonders problematisch diskutiert.

Mitte – Rand

Der Begriff birgt eine Sprachproblematik: „Extremismus‘ verweist sprachlogisch auf einen Gegenbegriff, also etwa auf ‚Normalität‘, so wie ‚Rand‘ nur in Relation zu einer ‚Mitte‘ sinnvoll verwendet werden kann“ (Klärner & Kohlstruck 2006, S. 16). Diese Konstruktion hat zur Folge, dass eine

Mitte und ihr monopolisiertes Demokratieverständnis (Kopke & Rensmann 2000, S. 1451) idealisiert werden kann und auch wird – und zwar nicht nur theoretisch, sondern in dem Sinne, dass Normalisierung ganz praktisch „als bundesdeutsche Konstante“ erscheint (Link 1991, S. 19). Der Rand bzw. die „Extreme“ erscheinen gleichermaßen als Bedrohung der Demokratie, während die Mitte als Hort und Schutz derselben imaginiert wird. Indem „Extremismus“ als allgemeiner Oberbegriff für Demokratiefeindlichkeit fungiert, wird suggeriert, dass die Demokratie ausschließlich von den Extremen bedroht wird – und nicht aus der Mitte der Gesellschaft heraus. Die Gefahr besteht zum einen darin, Menschen danach einzuteilen, ob sie für oder gegen diese Demokratie sind, obwohl es konkurrierende Auffassungen von Demokratie und ihrer Gestaltung gibt – zumindest aus politikwissenschaftlicher Sicht ist das absurd (Stöss 2005, S. 20). Zum anderen wird das Phänomen „Rechtsextremismus“ diskursiv „entsorgt“ (Butterwegge 2010a) und kontinuierlich zum Randphänomen erklärt. Weiterhin wird eine Trennung behauptet, wo keine ist, wenn sich nämlich „die Themen der Rechten mit den Themen der Mitte überschneiden“ und „von Rechtsextremismus eigentlich gar nicht (mehr) die Rede sein“ kann (Butterwegge 2002a, S. 19). Die Debatte um den Rechtsextremismusbegriff ist somit auch verbunden mit der (Wieder-)Salonfähigmachung von Begriffen wie „Nation“ und „Mittellage“ (Lohmann 1994) und den als „Neue Rechte“ bezeichneten Rechtsintellektuellen. Mehr noch: „Die schmittschen Mythen, die nicht zuletzt die Extremismus-Forschung perpetuierten, sind nicht verblasst, sondern längst fester Bestandteil insbesondere konservativer Politik. Dem Verständnis weiter Teile der CDU nach haben diese Mythen bei der Verteidigung ihres Staats gegen vaterlandslose Gesellen und Sozialismus aller Art seit je direkt entsprochen“ (Kopke & Rensmann 2000, S. 1462). Diese Feststellungen sind sicherlich nicht allein auf konservative Parteien zu beschränken, doch sie treffen den Kern des Problems: Nicht nur der „Rechtsextremismus“ ist in weiten Teilen der Gesellschaft zu suchen und zu finden, sondern auch seine Verharmlosung. Dabei ist „rechtes“ und „rechtsradikales“ bzw. „rechtsextremes“ Denken häufig nicht so weit voneinander entfernt.

Rechts – Links

Die andere, damit verbundene Problematik besteht darin, dass mit der verfassungsrechtlichen Definition von „Extremismus“ eine Rechts-Links-Dichotomie übernommen wird – und damit die Idee einer Mitte, von der aus die politischen Ränder „rechts“ und „links“ gleich weit entfernt sind (u. a. Link 1991, S. 19). Die Demokratie erscheint vom „Extremismus“, sei es von „links“ oder „rechts“, gleichermaßen bedroht. Dies illustriert der Sammelband „Extremismus im demokratischen Rechtsstaat“ (Funke 1978): Er umfasst zum Beispiel Beiträge zur Studentenbewegung, zu Terrorismus und Anarchismus, zu Guerilla und Terror als linksextremistische Kampfmittel und Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst. Heute wird auch der Islamismus oder „Ausländerextremismus“¹ in diese Extremismusdefinition eingeschlossen (Jaschke 2006).

Die sogenannte Extremismustheorie ist in dieser verfassungsrechtlichen Begriffstradition besonders hervorzuheben. Sie ist vor allem mit den Namen der Politikwissenschaftler Eckhard Jesse und Uwe Backes verbunden, die „Extremismus“ so definieren: „Der [Extremismus] ist gekennzeichnet durch die Identitätstheorie der Demokratie, durch ein hohes Maß an ideologischem Dogmatismus und in der Regel durch ein Missionsbewusstsein“, oft auch durch die „Akzeptanz von Verschwörungstheorien“ (Jesse 2009, S. 200). Demnach ist Extremismus von „links“ ebenso wie von „rechts“ durch verfassungsfeindliche Methoden und Ziele gekennzeichnet, Unterschiede seien vor allem in Verbreitung und Struktur auszumachen (Jesse 2009, S. 200 f.). Einerseits suchen Jesse und Backes nach ideengeschichtlichen Begründungen, warum die „Mitte“

1 Diese Begriffsschöpfung wurde analog zu „Linksextremismus“ und „Rechtsextremismus“ gebildet und erlaubt es dem Extremismuskonzept, z. B. auch auf „islamistische“ Tendenzen dieselben Antworten wie auf andere Ausprägungen des Extremismus geben zu können. Die von Jaschke verwendete Kategorie „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ zur Quantifizierung dieser Bedrohung (Jaschke 2006, S. 40) erscheint nicht nur wegen der Reduzierung der Täter/innen auf ihre Nationalität fragwürdig.

den „Extremen“ vorzuziehen ist, andererseits nehmen sie auf die Tradition der Totalitarismustheorie² Bezug (z. B. Backes & Jesse 2005).

Diese „Extremismustheorie“ wird zwar als Gesamtkonzept von den meisten zum Thema arbeitenden Forscher/innen abgelehnt (vgl. u. a. Kowalsky & Schroeder 1994; Neugebauer 2000; Stöss 2005; Decker, Brähler & Geißler 2006), doch erweist sie sich insofern als wirkungsmächtig, als viele Wissenschaftler/innen das Konzept modifizieren bzw. einzelne Aspekte davon aufnehmen.

So befürwortet der Politologe Hans-Gerd Jaschke die Zuschreibung der oben aufgeführten Gemeinsamkeiten, die der Extremismusansatz den verschiedenen „Extremismen“ attestiert (Jaschke 2006, S. 31). Zwar ist er sich durchaus darüber bewusst, dass der Begriff nicht nur im „wissenschaftlichen Diskurs“, sondern auch als „strafrechtlich kodifizierter Begriff“ sowie in „gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und als politischer Kampfbegriff“ Verwendung findet (Jaschke & Dudek 1984, S. 23). Und auch er kritisiert am verfassungsrechtlich geprägten Extremismusbegriff, dass dessen dichotomer Entweder-Oder-Charakter komplexe Phänomene zu vereinfachend auf den Gegensatz Demokratie – Extremismus reduziere. Dennoch könne „die Totalitarismusforschung nicht ausgeblendet werden, die den historischen Gegensatz von Demokratie und Diktatur systematisch untersucht und deren Befunde in die Extremismusforschung zu integrieren sind“ (Jaschke 2006, S. 22 f.). Da Jaschkes Rechtsextremismusdefinition von anderen Sozialwissenschaftler/innen (explizit z. B. Schroeder & Alisch 2004; Stöss 2005) häufig übernommen wird, soll sie hier im Wortlaut wiedergegeben werden: „Unter ‚Rechtsextremismus‘ verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltens-

2 Die Totalitarismustheorie vergleicht die politischen Systeme des Faschismus mit dem Stalinismus. Obwohl die beiden Ideologien große inhaltliche Unterschiede aufweisen, zielen die Forscher/innen auf das Herausarbeiten von Ähnlichkeiten politischer Strukturen und Praktiken (z. B. Unterdrückung, Terror). Eine Hauptkritik am Totalitarismuskonzept lautet, dass der Vergleich äußerer Faktoren durch die fehlende Berücksichtigung der Ziele und Inhalte politischer Systeme zu Relativierungen z. B. der historischen Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Verbrechen führe und die Gefahr einer Gleichsetzung von Stalinismus und Nationalsozialismus bestehe.

weisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen“ (Jaschke 2001, S. 30).

Auch der Politologe Richard Stöss nutzt unter anderem Jaschkes Definition und rechtfertigt darüber hinaus den Extremismusbegriff mit seiner Praktikabilität für den Verfassungsstaat (Stöss 2005, S. 19). Andererseits erläutert er: „Rechtsextremismus strebt die Beseitigung der Demokratie, der Sozialismus jedoch die Abschaffung des Kapitalismus an“, deshalb seien beide – und also „links“ und „rechts“ – nicht auf eine Stufe zu stellen (Stöss 1989, S. 18). Schärfere und explizitere Kritik übt der Politikwissenschaftler Gero Neugebauer den Extremismusbegriff. So sei „der Extremismus selbst, also die Schnittmenge aller Extremisten, [...] kaum Gegenstand der Forschung“, vor allem weil seine Eindimensionalität und Rechtsstaatfixierung der „gesellschaftlich-politischen Wirklichkeit kaum gerecht“ werde (Neugebauer 2000, S. 13). Der Begriff „Rechtsextremismus“ habe sich eingebürgert und es existiere auch eine „ungefähre Vorstellung von den Untersuchungsobjekten“, während das bei „Linksextremismus“ nicht der Fall sei. Eine Gleichsetzung der „Extremisten“ verbiete sich aus inhaltlichen Gründen. Wir schließen uns dieser Kritik an, da die sehr heterogenen gesellschaftlichen Gruppen, die gewöhnlich als „linksextrem“ bezeichnet werden – anders als beim Rechtsextremismus – nicht von einer radikalen Ungleichheitsvorstellung getragen werden, sondern von der Radikalisierung des Egalitätsgedankens. Da aber Egalitätsvorstellungen Kennzeichen der liberalen Demokratien seit der Französischen Revolution sind, zeigt sich das Problem des Extremismusbegriffs unter anderem sehr deutlich bei den als „linksextrem“ Bezeichneten: Diese verstehen „sich selbst fast durchgängig als demokratisch orientiert und akzeptieren zu 94 Prozent das Grundgesetz“ (Neugebauer 2000, S. 24 f.).

Theorie – Praxis

Darüber hinaus erweist sich der Rechtsextremismusbegriff auch in der „politischen Praxis“ als problematisch. Mit politischer Praxis soll hier allgemein der öffentliche Diskurs über „Rechtsextremismus“, aber auch die konkrete Arbeit gegen rassistische Strukturen, Präventionsarbeit mit Jugendlichen etc. gemeint sein. Hier treten die mit dem Extremismuskonzept verbundenen Probleme des Begriffs wieder auf. Das verdeutlicht zum Beispiel ein Erlebnis aus der konkreten Jugendarbeit in Sachsen: Bei der Eröffnung eines neuen Jugendclubs sollte angesichts der Probleme vor Ort (enge Verknüpfung von neonazistischer Jugendszene und NPD, die Wahlergebnisse um 25 % erzielt etc.) in der Hausordnung festgehalten werden, dass rechtsextreme Erscheinungen in Form von Kleidung, Sprüchen, Musik nicht geduldet werden. In der anschließenden Diskussion plädierte ein NPD-Gemeinderat dafür, „rechtsextremistisch“ durch „extremistisch“ zu ersetzen: „Dann hätte das ‚Toten-Hosen-T-Shirt‘, welches der junge Mann trug, auch nichts im Club zu suchen, das wäre schließlich, ich zitiere, ‚das Gegenstück zu unserem Thor Steinar‘. Eine weitere Diskussion bzw. Stellungnahme demokratischer Vertreter/innen im Gemeinderat kam nicht zustande“ (Schickert 2010, S. 20 f.).

Das Beispiel zeigt nicht nur, dass das problematische Extremismuskonzept eine breite Akzeptanz erfährt, sondern auch, dass die Gleichsetzung von „Linksextremismus“ und „Rechtsextremismus“ von rechter Seite instrumentalisiert wird. Diese Einsicht macht es notwendig, den Rechtsextremismusbegriff immer wieder neu zu konkretisieren (Klärner & Kohlstruck 2006, S. 13) und zu begründen. Dabei geht es nicht nur um das Verhältnis des politischen Randes zur gesellschaftlichen Mitte, sondern ganz eindeutig um die Zukunftsfähigkeit einer demokratisch verfassten Gesellschaft.

Warum dennoch „Rechtsextremismus“? – Unterscheidung von Handlung und Einstellung

Angesichts der deutlichen Schwächen des Extremismuskonzepts stellt sich die Frage, warum auch Forscher/innen, die sich dieser Defizite bewusst sind und sich zudem nicht auf die Extremismustheorie beziehen, dennoch mit dem Begriff „Rechtsextremismus“ arbeiten. Die Antwort lässt sich am ehesten in der Forschung selbst finden.

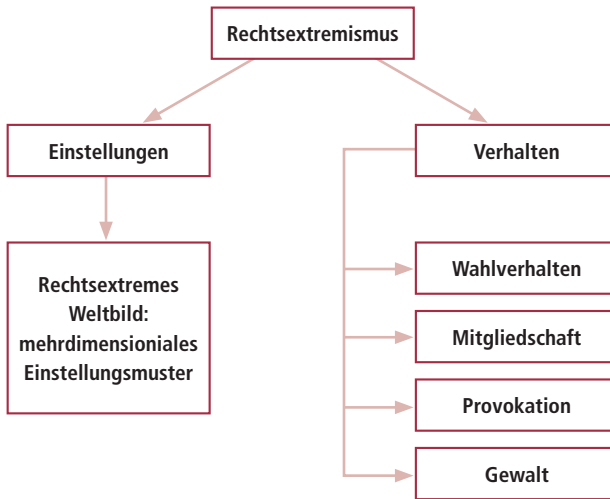
Auch wir arbeiten in unseren Studien mit dem Begriff „Rechtsextremismus“. Dabei orientieren wir uns konzeptionell zum einen am Ansatz des Politologen Seymour Martin Lipset, der „Extremismus“ als Antithese zum Pluralismus auffasst und den Extremismusbegriff nicht an die Pole des Links-Rechts-Spektrums gebunden sieht (Lipset 1959), zum anderen an der Studie zur „The Authoritarian Personality“ (dt.: Die Autoritäre Persönlichkeit, 1950), die im Umfeld des Frankfurter Instituts für Sozialforschung entstanden ist und den autoritären/faschistischen dem demokratischen Charakter gegenüberstellt (Adorno et al. 1950).³ Zur Operationalisierung des Begriffs schließen wir an die Rechtsextremismusdefinition von Wilhelm Heitmeyer an, der zwischen rechtsextremer Handlung (insbesondere Gewalt) und Einstellung differenziert (Heitmeyer 1987).⁴ Auch wir unterscheiden zwischen der rechtsextremen Einstellung und dem tatsächlich gezeigten Verhalten (Decker, Brähler & Geißler 2006).

3 Auf beide Konzepte werden wir im Folgenden noch näher eingehen (vgl. Kapitel 2).

4 Dieser „duale Rechtsextremismusbegriff“ (Butterwege 2002, S. 21) wird zu Recht kritisiert, solange Rechtsextremismus durch das gleichzeitige Vorliegen von Einstellungs- und Verhaltenskomponenten definiert wird. Der Nutzen einer dualen Definition liegt aber gerade in der Unterscheidbarkeit von Einstellung und Handlungen, wobei wir in unseren Studien nur die erstere beschreiben.

Unterscheidung von rechtsextremer Einstellung und rechtsextremem Verhalten

Grafik 1.1



Quelle: Stöss 2005, S. 25

Die rechtsextreme Einstellung definieren wir in Anlehnung an die Konsensusgruppe⁵ wie folgt:

„Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“⁶

5 An dieser Konsensuskonferenz waren beteiligt: Elmar Brähler (Leipzig), Michael Edinger (Jena), Jürgen Falter (Mainz), Andreas Hallermann (Jena), Joachim Kreis (Berlin), Oskar Niedermayer (Berlin), Karl Schmitt (Jena), Siegfried Schumann (Mainz), Richard Stöss (Berlin), Bettina Westle (Erlangen), Jürgen Winkler (Mainz).

6 Auf diese Definition geht auch die Entwicklung des in den „Mitte“-Studien eingesetzten Fragebogens zum Rechtsextremismus zurück.

Der Rechtsextremismusbegriff in der Einstellungsforschung

Entsprechend unserer Studie, in der die rechtsextreme Einstellung im Mittelpunkt steht, skizzieren wir im Folgenden die Verwendung des Rechtsextremismusbegriffs in der Einstellungsforschung. Hier gibt es unterschiedliche Vorgehensweisen, die von der (scheinbaren) Nichtbenutzung des Begriffs (z. B. Heitmeyer 2002) bis zur expliziten Aufnahme in Theorie und Operationalisierung (z. B. Nattke 2009) reichen.⁷ In der Forschung können zwei Grundkonzeptionen des Rechtsextremismusbegriffs unterschieden werden, eine eher soziologische und eine politikwissenschaftliche (Fuchs 2005, S. 655).

Der „soziologisch“ orientierte Ansatz bezieht sich stärker auf das Zusammenleben von gesellschaftlichen Teilgruppen und eine „Ideologie der Ungleichheit“, dabei wird oft „Gewalt“ als Untersuchungsgegenstand miteinbezogen. Zu nennen ist hier vor allem das von dem Soziologen Wilhelm Heitmeyer eingeführte Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF), das er in Reaktion auf eine bis dahin sehr „organisationsbezogene Untersuchungsmethode“ entwickelte und das sich auf Vorurteile gegenüber bestimmten Gruppen (z. B. Obdachlosen, Homosexuellen, Ausländer/innen) konzentriert (Heitmeyer 1992; 2002; 2007; Heitmeyer/Mansel 2008). Soziologische Ansätze verfolgen unter anderem auch Marek Fuchs und Klaus Schroeder (Fuchs 2005; Schroeder 2003). Bei beiden steht der Zusammenhang zwischen Gewalt und rechtsextremer Einstellung, bei Schroeder insbesondere die Gruppe der Jugendlichen im Mittelpunkt. Allerdings sind solche Ansätze mit der Gefahr verbunden, das Problem Rechtsextremismus auf eine einzige Gruppe und auf den Zusammenhang mit Gewalt zu reduzieren.

Bei der eher „politikwissenschaftlichen“ Konzeption spielen Dichotomien eine größere Rolle: Wie die an der Extremismustheorie orientierte Dichotomie extremistisch vs. demokratisch (inklusive der Hufeisen-

7 Eine ausführlichere Analyse zu dieser Fragestellung wird Anfang 2011 in dem Sammelband „Ordnung.Macht.Extremismus“ des Vereins Engagierte Wissenschaften e.V. Leipzig erscheinen.

konstruktion Links-Mitte-Rechts) operieren auch die Kritiker/innen dieses Konzepts mit einer Dichotomie zwischen rechtsextrem/antidemokratisch vs. demokratisch in Anlehnung an die Studien zum Autoritären Charakter von Adorno et al. und die Arbeiten von Lipset. Allerdings sind diese beiden Dichotomien vom theoretischen Gehalt, von der forschungspraktischen Fruchtbarkeit und den normativen Implikationen nicht miteinander zu verwechseln, auch wenn die Abgrenzung nicht immer leicht fällt. Die bei der Friedrich-Ebert-Stiftung erschienenen „Mitte“-Studien (Decker/Niedermayer/Brähler 2003; Decker/Niedermayer/Brähler 2003; Decker & Brähler 2005; Decker/Brähler/Geißler 2006; Decker/Brähler 2008a und 2008b; Decker et al. 2008 Decker/Brähler/Geißler 2006; Decker/Brähler 2008a und 2008b; Decker et al. 2008) – inklusive dieser vorliegenden –, die Befragungen von Richard Stöss oder auch Jürgen R. Winklers Studie gehen grundsätzlich von der letztgenannten Dichotomie aus (u. a. Stöss 2001; 2008; Winkler 2003). Nicht die abstrakte Ablehnung einer bestimmten Form von Demokratie, eine „extreme“ Einstellung oder eine juristische Kategorie, sondern konkrete Einstellungsdimensionen (u. a. Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Ausländerfeindlichkeit, vgl. den empirischen Teil dieser Studie) werden zum Phänomen „rechtsextreme Einstellung“ zusammengeführt. Die Orientierung an den grundlegenden Überlegungen der Studien zum Autoritären Charakter hat zur Folge, dass dieses Einstellungsbündel in diesem Sinne auch summarisch und synonym als „antidemokratisch“ bezeichnet wird (vgl. Kapitel 2).

2. Die Befunde der „Mitte“-Studien und ihre Konsequenzen

In diesem Kapitel werden zu Beginn die Befunde unserer bisherigen „Mitte“-Studien zur rechtsextremen Einstellung und ihre Konsequenzen kurz dargestellt. Dann wird der theoretische Rahmen der Untersuchungskonzeption beschrieben. Ausgangspunkt sind die Studien zur Autorität aus dem Umfeld des exilierten Frankfurter Instituts für Sozialforschung, insbesondere das Konzept des Autoritären Charakters. Darauf aufbauend wird die These vom wirtschaftlichen Wohlstand als „narzisstische Plombe“ vorgestellt. Anschließend wird die „Mitte“ in den theoretischen Zusammenhang eingeordnet und dabei das gesellschaftliche Zentrum und sein Verhältnis zum „Rand“ näher betrachtet. Danach werden die aktuellen gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen in ihren Auswirkungen auf die „Mitte“ analysiert. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Krise der Arbeitsgesellschaft und zunehmende Prekarität. Es wird untersucht, welche Auswirkungen diese Entwicklungen in Zeiten der Wirtschaftskrise auf die rechtsextreme Einstellung haben.

In der öffentlichen Diskussion über Rechtsextremismus in Deutschland wurden in den letzten Jahren zumeist die rechtsextremen Straftaten oder die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien in den Mittelpunkt gestellt. Gerade wenn das rechtsextreme Wahlverhalten zurückgeht oder die dokumentierten Straftaten abnehmen, wächst die Gefahr, die von einer solchen Fokussierung ausgeht. Denn dadurch gerät sehr leicht die Verbreitung rechtsextremer Einstellung aus dem Blick. Zwar besteht zwischen Einstellung und Verhalten ein Zusammenhang, aber beide sind nicht identisch, wie bereits unsere Alltagserfahrung zeigt. So war und ist

die Frage dringlich, wie stark verbreitet – neben den sichtbaren rechtsextrem motivierten Handlungen (Straftaten oder Wahlverhalten) – die rechtsextreme Einstellung in der Bevölkerung ist.

Seit 2002 untersuchen wir die rechtsextreme Einstellung im Abstand von zwei Jahren mit repräsentativen Erhebungen (Decker, Niedermayer & Brähler 2003; Decker & Brähler 2005; Decker, Brähler & Geißler 2006; Decker & Brähler 2008b). Die seit 2006 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführten „Mitte“-Studien dokumentieren die rechtsextreme Einstellung mit einem Fragebogen. Dabei haben wir von unserer Definition (vgl. Kapitel 1) sechs Dimensionen der rechtsextremen Einstellung abgeleitet, die das mehrdimensionale rechtsextreme Einstellungsmuster ausmachen: Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus. Zu den einzelnen Dimensionen wurden jeweils drei Aussagen angeboten, zu denen die Befragten ihre Zustimmung oder Ablehnung auf einer fünfstufigen Skala notieren sollten (vgl. Fragebogen im Ergebnissteil, Kapitel 3.1).

Rechtsextreme Einstellung: in allen Bevölkerungsgruppen weit verbreitet

Die Zustimmungswerte sind hier einleitend und exemplarisch für die bevölkerungsrepräsentative Stichprobe aus dem Jahr 2006 wiedergegeben (vgl. Tabelle 2.1). Die Prozentangaben beziehen sich auf jene Befragten, die allen drei Statements einer Dimension durchschnittlich zugestimmt haben.

Im Vorgriff auf die in vorliegender Studie dokumentierten Zustimmungswerte für die Erhebung 2010 und damit auch auf den Zeitvergleich von 2002 bis 2010 soll vor allem darauf hingewiesen werden, dass unabhängig von Schwankungen in einzelnen Dimensionen bei einem großen Anteil der deutschen Bevölkerung von einem verfestigten rechtsextremem Denken ausgegangen werden muss, das von tagesaktuellen Einflüssen unabhängig ist. Die Ergebnisse zeigen zudem die unterschiedlich starke

Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2006 (in Prozent)

Tabelle 2.1

	Gesamt	West	Ost
Befürwortung Diktatur	4,8	4,4	6,5
Chauvinismus ⁸	19,3	20,1	16,1
Ausländerfeindlichkeit	26,7	25,7	30,6
Antisemitismus	8,4	9,5	4,2
Sozialdarwinismus ⁹	4,5	4	6,2
Verharmlosung Nationalsozialismus	4,1	4,6	2

Quelle: Decker, Brähler & Geißler 2006

Verbreitung der rechtsextremen Einstellungsdimensionen. Die höchsten Zustimmungswerte erhalten bundesweit ausländerfeindliche, chauvinistische und antisemitische Aussagen. Während 2006 nur etwa jede/r zwanzigste Deutsche eine Diktatur befürwortete bzw. den Nationalsozialismus verherrlichte oder sozialdarwinistischen Aussagen zustimmte, fanden ausländerfeindliche Aussagen die Zustimmung von mehr als einem Viertel der Bevölkerung. Bezogen auf die Ausländerfeindlichkeit fielen die auf allen Skalen unterschiedlichen Werte für Ost- und Westdeutschland am deutlichsten ins Auge: Im Osten stimmte fast jede/r dritte Befragte (30,6%) ausländerfeindlichen Aussagen zu, im Westen etwa jede/r Vierte (25,7%). Dagegen ist der klassische Antisemitismus in Westdeutschland stärker ausgeprägt, wenn auch in relativ geringer Höhe: 2006

- 8 „Chauvinismus“ bedeutet in diesem Kontext, dass die Ansicht einer deutschen Überlegenheit gegenüber anderen Staaten vertreten wird. Basis ist der Glaube an eine Vorrangstellung der eigenen Gruppe (z. B. durch Zugehörigkeit zu einer Nation).
- 9 Mit „Sozialdarwinismus“ werden hier Auffassungen gekennzeichnet, die – in Anlehnung an die Evolutionstheorie von Charles Darwin – aus der Biologie abgeleitete Prinzipien der „sozialen Selektion“ auf menschliche Gesellschaften übertragen („survival of the fittest“). Neben der Biologisierung gesellschaftlicher Prozesse begehen die Befürworter/innen auch noch einen folgenreichen „Übersetzungsfehler“: Darwin beschrieb mit seiner Evolutionstheorie die Entstehung der Arten. „Überlebt“ hat eine Gattung, wenn sie gute Voraussetzungen für sich verändernde Umweltbedingungen mitbrachte (sog. Finaler Darwinismus). Dass dies nicht gerade der „Stärkste“ und „Größte“ war (sog. Kausaler Darwinismus) wird mit Blick auf die Dinosaurier deutlich.

waren im Westen knapp 10% der Bevölkerung antisemitisch (Ost: 4,2%) und etwa 20 % chauvinistisch eingestellt (Ost: 16,1%). Die Ergebnisse zeigen eindeutig, dass rechtsextreme Einstellungen kein rein ostdeutsches Phänomen sind.

Im Gegenteil: Im Jahr 2008 führten wir die Stichproben der Jahre 2002 bis 2008 zusammen. Diese kumulierte Stichprobe ermöglichte es uns, die Verbreitung rechtsextremer Einstellung für die bevölkerungsstarken Bundesländer zu beschreiben, und sie machte den hohen Sockel antidemokratischer Einstellung auch hier sichtbar. Im Mittel erzielten antisemitische und ausländerfeindliche Aussagen etwa in Bayern (Ausländerfeindlichkeit: 39,1%; Antisemitismus: 16,6%) oder Baden-Württemberg (Ausländerfeindlichkeit: 17,6%; Antisemitismus: 13,3%) von 2002 bis 2008 relativ hohe Werte. Auch diese Ergebnisse machen deutlich, dass es sich bei der rechtsextremen Einstellung um ein gesamtdeutsches Phänomen handelt (vgl. Decker & Brähler 2008).

Wenn man genauer untersucht, welche Personengruppen rechtsextreme Einstellungen aufweisen, zeigen sich deutliche Unterschiede hinsichtlich der Faktoren „Bildung“ und „Geschlecht“: Rechtsextremen Aussagen stimmen Befragte mit hohem Bildungsabschluss in der Regel seltener zu als Personen mit niedrigem Bildungsabschluss und weniger Frauen als Männer. Auch der Erwerbsstatus hat einen Einfluss: Erwartungskonform konnten wir in unserer Untersuchung eine auf allen Skalen stärker rechtsextreme Einstellung bei Arbeitslosen feststellen. Allerdings ist Rechtsextremismus kein „Arbeitslosenphänomen“, wie die ebenfalls hohen Werte bei Erwerbstätigen oder Rentner/innen zeigen. Die Betrachtung verschiedener Altersgruppen führt vor Augen, dass die über 60-Jährigen durchgängig die höchsten Werte erreichten.

Zusammenfassend ergaben die „Mitte“-Studien, dass die rechtsextreme Einstellung in allen gesellschaftlichen Gruppen, in allen Altersgruppen sowie im Westen und Osten zu finden ist – eben bis in die Mitte der Gesellschaft hinein. Diese Ergebnisse machen deutlich, dass die rechts-

Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit von Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss und Erwerbsstatus (in Prozent)

Tabelle 2.2

	14–30 Jahre	31–60 Jahre	> 60 Jahre	Erwerbs- tätige	Arbeits- lose	Männer	Frauen	Schule	Studium
Befürwortung Diktatur	4,9	4,6	5,2	4,2	11,9	6,4	3,5	5,2	2,8
Chauvinismus	16	18,9	22	18	24,9	21,7	17,1	20,6	11,2
Ausländerfeind- lichkeit	22,6	24,7	32,7	23,2	37,2	28,5	25,2	29,1	12,3
Antisemitismus	7,1	7,9	10,2	7,6	10,8	9,7	7,3	9,2	4,1
Sozial- darwinismus	3,5	4,4	5,2	4,3	6,3	5,5	3,6	4,8	2,2
Verharmlosung National- sozialismus	3,3	4	4,6	3,6	8,2	5,1	3,1	4,3	2,8

Quelle: Decker, Brähler & Geißler 2006

extreme Einstellung in der Mitte der Gesellschaft längerfristig auf hohem Niveau anzutreffen ist und dass Rechtsextremismus somit ein gesamtgesellschaftliches Problem und eine dauerhafte Herausforderung ist. Sie erklären aber nicht, warum dieses antidemokratische Potenzial ein derartiges Beharrungsvermögen gegenüber den Demokratisierungsbemühungen und der demokratischen Verfasstheit der Gesellschaft hat.

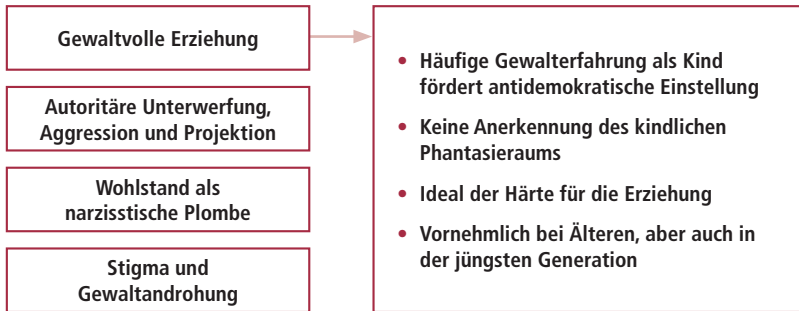
Rechtsextreme Einstellung und autoritäre Aggression

In einer weiteren Studie aus den Jahren 2006 bis 2008 („Ein Blick in die Mitte“) haben wir auf Grundlage von Gruppendiskussionen die Bedingungsfaktoren rechtsextremer Einstellung beschrieben (Decker et al. 2008). Dabei gelang uns auch ein Einblick in die Funktion der rechtsextremen Einstellung (vgl. Grafiken 2.1.1 bis 2.1.4). So zeigte sich, dass eine gewaltvolle Erziehungserfahrung über die Generationen hinweg anzutreffen war. Körperliche Züchtigung als Kind und die (nicht körperliche) Beschneidung des kindlichen Phantasieraums steht in einem engen empirischen Zusammenhang mit einer rechtsextremen Einstellung im Erwachsenenalter (vgl. Grafik 2.1.1). Wir stellten eine hohe Bereitschaft

fest, sich im Erwachsenenalter mit ebensolchen gewaltvollen Autoritäten zu identifizieren bzw. sie zu wünschen. Einher ging dieser Wunsch nach autoritärer Führung mit einer Kehrseite, der autoritären Aggression (vgl. Grafik 2.1.2). Diese Aggression tritt nicht nur in Form körperlicher Gewalt auf. In den Gruppendiskussionen konnten wir beobachten, wie

Erziehungserfahrung

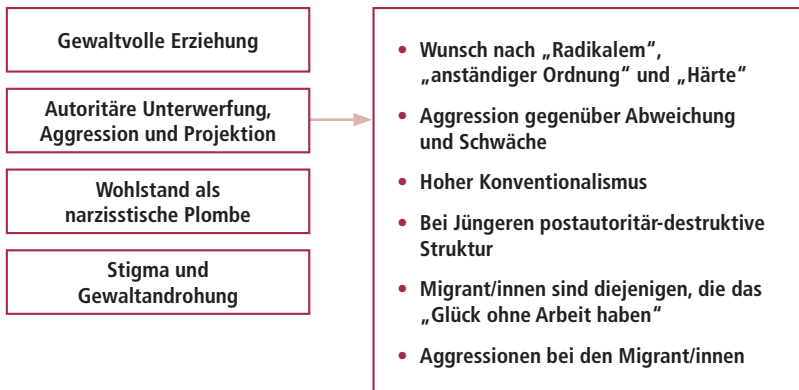
Grafik 2.1.1



Quelle: nach Decker et al. 2008

Autoritäre Orientierung

Grafik 2.1.2

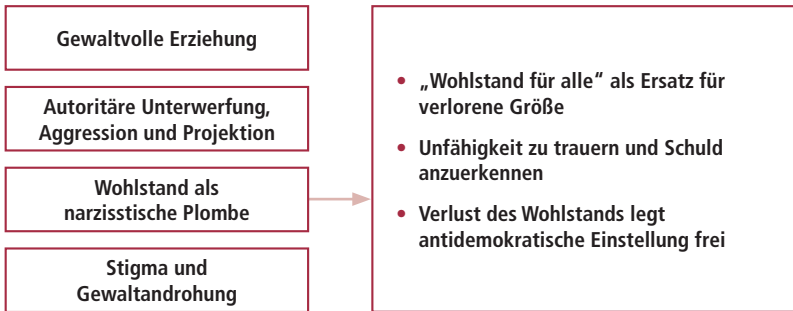


Quelle: nach Decker et al. 2008

die Durchsetzung von Normen der Legitimation aggressiven Verhaltens untereinander diene, indem die Norm zur Ahndung ihrer Abweichung diene. In Anlehnung an den französischen Soziologen Pierre Bourdieu bezeichneten wir diese autoritäre Aggression als symbolische Gewalt-handlung (Bourdieu 2005). Die Menschen begegnen der dauerhaften Ge-

Selbstwertregulierung

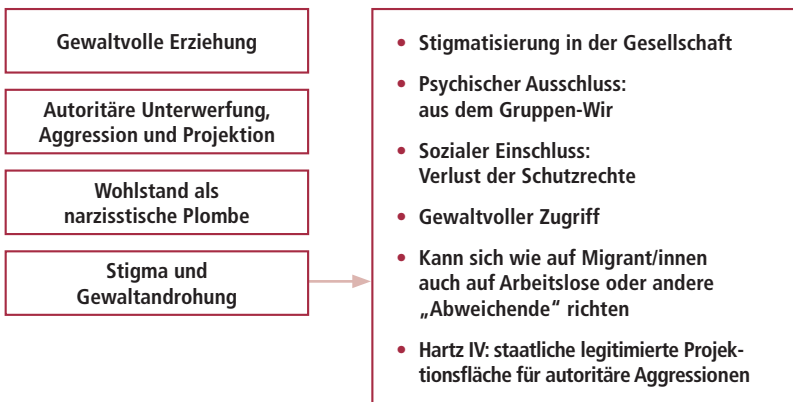
Grafik 2.1.3



Quelle: nach Decker et al. 2008

Gefahr der Ausgrenzung

Grafik 2.1.4



Quelle: nach Decker et al. 2008

fahr, selbst Opfer von Ausgrenzung und Aggression zu werden, mit einer zunächst widersprüchlich wirkenden Reaktion, die aber ganz im Sinne eines Stigmamanagements zu verstehen ist (Goffman 1963): Durch Betonung einer rigiden gesellschaftlichen Norm stellen sie genau die befürchtete Ausgrenzung her und schützen sich selbst vor ihr – durch Fremdgruppenabwertung (vgl. Grafik 2.1.4).

Auch die antidemokratische Einstellung zeigte sich in enger Verbindung mit der Notwendigkeit, durch Identifikation mit Größe den Selbstwert zu steigern. Dies kann nicht nur durch Identifikation mit idealisierten Personen, etwa Führer/innen geschehen, sondern auch mit abstrakteren Größen, wie der „harten D-Mark“ (vgl. Grafik 2.1.3).

Wie stark autoritäre Orientierung mit rechtsextremer Einstellung zusammenhängt, stellten wir bereits in der Erhebung 2006 fest. Dieser Zusammenhang war demnach weit höher zu veranschlagen als der Einfluss der sozialen, politischen und ökonomischen Deprivation (vgl. Decker, Brähler & Geißler 2006, S. 81, 89).

Dieser Befund der „Mitte“-Studien ist sowohl mit Blick auf die Kontinuität als auch hinsichtlich der Bedingungsfaktoren nicht neu und erklärt zudem nicht, woher diese antidemokratische Grundhaltung rührt. Doch gestattet er einen Einstieg, um das Phänomen zu erhellen. Denn mit der Interpretation der beobachteten Phänomene als autoritäre Reaktionen haben wir Anleihen bei den ersten Studien genommen, die im Umfeld des Frankfurter Instituts zur Sozialforschung zur antidemokratischen Einstellung durchgeführt worden sind und die sich von genau einer Erkenntnis leiten ließen, die auch heute große Aktualität hat: Die Bedrohung der Demokratie ist nicht von den Rändern, sondern aus der Mitte der Gesellschaft heraus zu verstehen.

2.1 Das Veralten des Autoritären Charakters

Begriffsprägend war die Studie „The Authoritarian Personality“ (dt.: Die Autoritäre Persönlichkeit; Adorno et al. 1950), die wiederum auf den weniger bekannten, aber richtungsweisenden Studien „Autorität und Familie“ aufbaute (Horkheimer, Fromm & Marcuse 1936). Nicht nur hinsichtlich des methodischen Vorgehens müssen diese Studien zur politischen Einstellung in Deutschland als „Meilensteine der empirischen Sozialforschung“ gelten (Fahrenberg & Steiner 2004, S. 127). Die Autoren kamen in ihren Studien zu dem Ergebnis, dass die antidemokratische Einstellung in Deutschland weit verbreitet und in allen politischen Lagern anzutreffen war. Dieser Befund wurde mit einer Erklärung verbunden, die bis heute diskutiert wird: dem Konzept des Autoritären Charakters. Das Erscheinungsbild des autoritätsgebundenen Charakters haben die beiden Exponenten der Kritischen Theorie, Theodor W. Adorno und Max Horkheimer, nach ihrer Rückkehr aus dem Exil beschrieben:

„Diese Autoritätsgebundenheit bedeutet [...] die bedingungslose Anerkennung dessen, was ist und Macht hat und dem irrationalen Nachdruck auf konventionelle Werte [...] und entsprechend auf konventionelles, unkritisches Verhalten. [...] man verhält sich unterwürfig zu den idealisierten moralischen Autoritäten der Gruppe [...], steht aber zugleich auf dem Sprung, den, der nicht dazugehört [...] zu verdammen.“ Weiterhin zeichnet er sich durch „Anerkennung jeglicher gegebener Ordnung“ verbunden „mit einer Schwäche des Ichs“ aus (Horkheimer & Adorno 1952, S. 368). Er beurteilt die Welt nach „zweigeteilten Klischees und ist geneigt, die unveränderliche Natur oder gar okkulte Mächte für alles Übel verantwortlich zu machen“ (ebd.).

Adorno und Horkheimer konstatieren den „unbewußten Wunsch nach Zerstörung“, den sich der autoritätsgebundene Charakter selbst nicht eingesteht, aber „in andere hineinsieht“ und ihn dann als Verfolgung des Fremden, Abweichenden ausleben kann. „Immerzu phantasiert er von verbotenen und schlimmen Dingen, die in der Welt vorgehen, besonders

auch von sexuellen Ausschweifungen“ (Horkheimer & Adorno 1952, S. 369). Diese „projektive Identifizierung“ ist die Kehrseite der „auffälligen Beziehungslosigkeit, der Flachheit ihres Empfindens, auch den ihnen angeblich nächsten Menschen gegenüber“ (ebd.).

Wie unsere „Mitte“-Studien bestätigen, sind diese Phänomene noch heute in der Gesellschaft anzutreffen und maßgeblich für die Ausbildung einer antidemokratischen Einstellung. Doch handelt es sich zunächst nur um eine Beschreibung, nicht um das Verständnis des Phänomens.

Mit der eben zitierten Quintessenz gaben Horkheimer und Adorno 1952 eine kompakte Zusammenfassung dessen, was das Frankfurter Institut zwanzig Jahre zuvor beschäftigt hatte: die „Studien über Autorität und Familie“, die Anfang der 1930er-Jahre mit einem hohen methodischen Aufwand durchgeführt worden waren.

Erich Fromm, der für die empirische Studie Verantwortliche, entwickelte die Idee eines Charakters als Bereitschaftszustand zur Einstellung (Fromm 1936, S. 171). Dieser Charakterbegriff ist dem in der Einstellungsforschung verwendeten Bereitschaftszustand sehr ähnlich, denn auch dieser ist durch die Erfahrung strukturiert und übt einen steuernden Einfluss auf Einstellung und Verhalten aus. Die Reaktionen des Individuums in allen Situationen und gegenüber allen Personen, mit denen dieses Individuum eine Beziehung eingeht, werden durch diesen Zustand bestimmt. Diesen Zusammenhang benannte auch einer der Gründerväter der Einstellungsforschung (Allport 1935). Nach heutiger Diktion der Einstellungsforschung wird die rechtsextreme Einstellung neben den entsprechend motivierten Handlungen (Diskriminierung, Gewalt und Wahlverhalten) vor allem in eine negativ-affektive Komponente (Vorurteil) und in eine kognitive Komponente (Bewertung von Migrant/innen, Juden und Jüdinnen etc.) unterschieden. Davon sind die Studien zum Autoritären Charakter nicht weit entfernt – und gehen doch einen Schritt weiter in der Erklärung des Phänomens, wenn sie auf die unbewussten Anteile bei der Entstehung eben dieser Einstellung hinweisen.

So sehr die Ergebnisse den autoritätsgebundenen Charakter aus Sicht der Autoren eindrücklich bestätigten – auf die Idee seiner Existenz kamen sie nicht durch die Daten. Maßgeblich war etwas anderes. Am Anfang der Studien standen „seminarartige Besprechungen“ zur Ideengeschichte und zur geschichtlichen Wirklichkeit von Autorität, bei denen die beteiligten Institutsmitglieder den Eindruck gewannen, dass „dieses Thema theoretisch bedeutsam war und zugleich mit aussichtsreichen empirischen Mitteln in Angriff genommen werden konnte“ (Horkheimer 1936b, S. 331). Diesen theoretischen Horizont wollen wir im Folgenden absuchen und mit einer Theorie beginnen, deren prominente Position bereits in den beiden Wortbestandteilen des Autoritären Charakters abzulesen ist: der Psychoanalyse.

Die Freud'sche Psychoanalyse und das Konzept des Autoritären Charakters

Mit der Psychoanalyse sollte gelingen, was das programmatische Ziel des Instituts war: Erkenntnisse zu gewinnen über die Wirkung der Gesellschaft auf die in dieser Gesellschaft lebenden Individuen (Horkheimer 1937, S. 199). Nur: Mit einem einfachen Reiz-Reaktionsschema war das Verhalten der Gesellschaftsmitglieder beim besten Willen nicht zu verstehen. Der psychoanalytische Charakterbegriff drängte sich aus guten Gründen förmlich auf, da er ein bestimmtes Verständnis des psychischen Geschehens impliziert. Die verschiedenen Charakterzüge der Menschen werden historisch erklärbar und verstehbar als Modifikationen früher Beziehungen in der Lebensgeschichte des Individuums (Freud 1908). Mit der Psychoanalyse sollte Auskunft über den Prozess der Vergesellschaftung erlangt werden.

Vergesellschaftung, das ist jener langwierige Prozess, in dem zunächst dem Kind und dann dem Erwachsenen vermittelt wird, wer sie sind bzw. sein sollen. Die Ausbildung der Individualität ist untrennbar mit der Vermittlung der Normen und Rollenerwartungen verbunden, die in einer Gesellschaft gelten. In den Worten von Sigmund Freud, dem Begründer der Psychoanalyse: den Charakter „[...] des Ichs [begreifen wir als] einen

Niederschlag der aufgegebenen Objektbesetzungen, [er] enthält die Geschichte der Objektwahlen“ (Freud 1923, S. 257). „Objekte“, das sind in der Sprache der Psychoanalyse jene Menschen, die sich das Kind, zunächst der Säugling wählt, um eine Beziehung einzugehen.¹⁰ Den Prozess der Charakterbildung beschreibt Freud wie folgt: „[...] ein verlorenes Objekt [wird] im Ich wiederaufgerichtet, also eine Objektbesetzung durch eine Identifizierung abgelöst [...]. Wir haben [...] verstanden, dass solche Ersetzungen einen großen Anteil an der Gestaltung des Ichs haben und wesentlich dazu beitragen, das herzustellen, was man seinen Charakter heißt“ (Freud 1923, S. 256). Mit anderen Worten: Die Beziehungserfahrungen – zunächst in der Beziehung der Eltern zum Kind und dann in all den unübersehbaren Beziehungen, die das Kind und später der Erwachsene eingeht – sind jener „Charakter“, von dem die Psychoanalyse spricht. Diese Beziehungen münden als Identifizierungen in das ein, was das Selbsterleben des Erwachsenen und seine Interaktion mit der Umwelt ausmacht. Dass dann die Autoren der „Studien über Autorität und Familie“ von einem Autoritären Charakter sprachen, hängt mit dem Gepräge zusammen, das diese Beziehungen in der Psyche eines Individuums hinterlassen. Die Beziehungen münden in einer Instanz ein, für die Freud das treffende Bild von einer „Besetzung in einer eroberten Stadt“ (Freud 1930, S. 250) gefunden hat, dem Über-Ich. Das Über-Ich ist vielleicht am einfachsten zu übersetzen als Gewissen und Normvorstellung, an denen das Individuum seine Handlungen orientiert. Es ist eine Kontrollinstanz im Individuum selbst und keinesfalls freiwillig übernommen, sondern – so die Vorstellung der Freud’schen Psychoanalyse – in Identifikation mit dem als Aggressor gegenüber dem Kind auftretenden Vater der bürgerlich-patriarchalen Familie.

Das war nun die Denkfigur, an die die Autoren der „Studien über Autorität und Familie“ anschlossen, als sie begannen, die Gesellschaft in ihrer Wirkungsweise zu untersuchen. Unter allen Sozialisationsinstanzen

10 Jene engen und intimen Beziehungen zu anderen Menschen als „Objekte“ zu bezeichnen, mag im ersten Moment zu technisch und abstrakt klingen. Aber bezeichnet werden soll damit aus Sicht der Psychoanalyse der instrumentelle Charakter, den diese Beziehungen für den Säugling und das Kind auch haben.

nahm aus ihrer Sicht die Familie mit ihrem prägenden Einfluss eine grundlegende Funktion im engsten Sinne des Wortes ein.¹¹ Es war eine Vergesellschaftung in eine autoritär strukturierte Gesellschaft, in der die frühe, in der Erziehung erfahrene Gewalt einerseits zu einer Anerkennung von Autoritäten überhaupt führte, wie sie gleichzeitig eine Ambivalenz gegenüber diesen Autoritäten produzierte. Letzteres, weil sich die Anerkennung der Autorität über die Anerkennung der Gewalt vollzieht – der Gewalt der Eltern –, wie bei aller in der Sozialisation erfahrenen Unterwerfung unter eine herrschende Ordnung.

Doch was ist davon zu halten, wenn der Sozialpsychologe Erich Fromm den Soziologen Georg Simmel in den Zeugenstand ruft, um zu belegen, was das Besondere der Autorität, ja selbst des Über-Ichs gegenüber der „Besatzungsmacht“ ausmacht? „Was man z. B. ‚Autorität‘ nennt, setzt in höherem Maße, als man anzuerkennen pflegt, eine Freiheit des der Autorität Unterworfenen voraus, sie ist selbst, wo sie diesen zu ‚erdrücken‘ scheint, nicht auf einen Zwang und ein bloßes Sich-Fügen-Müssen gestellt“ (Simmel 1908, S. 102). Die Freud’sche Metapher der „Besatzung“ hat offenkundig eine begrenzte Reichweite. Zwar ist die Aufrechterhaltung und Erneuerung des Über-Ichs immer an die Gewalt oder zumindest ihre Androhung gebunden. Doch was ist dann mit der von Simmel konstatierten Freiwilligkeit der Unterwerfung und erst recht mit der von Fromm sogenannten „Autorität als Prothesen-Sicherheit“ (Fromm 1936, S. 179) gemeint? Es ist jene Gratifikation, die als Entlastung funktioniert, als „narzißtische Ersatzbefriedigung“ (Fromm 1936, S. 179): In der Masse derjenigen, die die Autorität anhimmeln, kann das Ich – verflüssigt durch die kollektive Identifikation – „die Wünsche nach Größe und Macht in der Realität befriedigen“ (Fromm 1936, S. 179). Sich mit einer mächtigen Autorität zu identifizieren, das Gefühl, so zu sein wie diese, entschädigt für die Unterwerfung. Zudem ist die Unterwerfung unter die Autorität

11 Nicht, dass damit der Prozess der Über-Ich-Bildung zu einem Abschluss gekommen wäre: „Das Über-Ich ist also keineswegs eine Instanz, die in der Kindheit einmal gebildet wird und von da an im Menschen wirksam ist, wie auch immer die Gesellschaft aussieht, in der er lebt“ (Fromm 1936, S. 147). Das Erwachsenenalter ist auch für die psychische Struktur von großer Relevanz, wie die weiteren Überlegungen Fromms zeigen.

lustvoll – es ist eine sadomasochistische Lust, die den Autoritären Charakter umtreibt: „Muß man den Haß gegen den Stärkeren verdrängen, so kann man doch die Grausamkeit gegen den Schwächeren genießen“ (Fromm 1936, S. 173). Und von diesen „Schwächeren“ werden sich dann genug finden, auf die sich die Aggression richten kann: Frauen, Kinder, Tiere (Fromm 1936, S. 174), „Fremde“ und nicht zuletzt Juden, im Blick des Antisemiten die „Fremden“ schlechthin. Nur mit demokratischer Egalität hat diese gewaltvolle Herstellung und Verfolgung von Fremdgruppen naturgemäß nichts mehr zu tun.

Nicht nur in den „Studien über Autorität und Familie“, auch in den späteren und bekannteren Studien zur „Authoritarian Personality“ war der Fokus strikt auf die Psychologie, genau genommen die Tiefenpsychologie gerichtet. Es sollte nicht einfach nur eine politische Einstellung erfasst, sondern dieselbe als „als verborgene Züge der individuellen Charakterstruktur“ begriffen werden (Adorno et al. 1950, S. 1). In einer unbewussten Dynamik aus Unterwerfung und Aggression erkannten die Autoren jene Ressentiments, die die Demokratie bedrohen und zugleich aus der Vergesellschaftung selbst erwachsen.

Autoritärer Charakter und Autoritarismus

Die „Studien zum Autoritären Charakter“, wie sie in der deutschen Übersetzung hießen, sind der allgemein anerkannte Meilenstein der empirischen Sozialforschung. Ungeachtet dessen waren empirische Forschungen zu diesem Konzept in den Sozialwissenschaften der Bundesrepublik lange Zeit eher die Ausnahme als die Regel (Pohrt 1991, S. 21). Die meisten Studien widmeten sich dem Zusammenhang von sozioökonomischer Lage und politischer Einstellung und weniger den Bedingungsfaktoren bei der Bewertung der sozioökonomischen Lage (exemplarisch Heitmeyer & Mansel 2008). Doch hat das Konzept des Autoritären Charakters die Forschung nie ganz losgelassen. So bezogen sich in den 1980er-Jahren sowohl die SINUS-Studie (Greiffenhagen 1981) als auch der Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer (Heitmeyer 1987) auf den Einfluss, den die sozioökonomische Lage wiederum auf die Ausbildung der politischen Einstellung nimmt.

Inzwischen gibt es in der Forschung verschiedene Versuche, sich an den Studien zum Autoritären Charakter zu orientieren. Das macht deutlich, dass die Rekonstruktion der Bedingungen politischer Einstellung auch in der Gegenwart auf breites Interesse stößt. In Anbetracht zahlreicher Veröffentlichungen wurde bereits festgestellt, dass die „Fieberkurve des wissenschaftlichen Outputs zum Autoritarismus“ (Six 1997, S. 224) nach oben zeigt. Dabei wird die Frage aktuell, ob und in welchem Zusammenhang eine verallgemeinerte Sozialisationserfahrung, zum Beispiel die Konzeption des „Autoritären Charakters“, heute noch Gegenstand der Forschung sein kann. Ein genauerer Blick macht deutlich, dass in den neueren wissenschaftlichen Untersuchungen zum Forschungsfeld „Autoritarismus“ von einem „Charakter“ oder einer „Persönlichkeit“ nicht mehr die Rede ist. Gesucht wird nach einem Einflussfaktor auf antidemokratische und zumeist rechtsextreme Einstellung, verzichtet wird auf die Annahme zur Sozialisation und Persönlichkeit – und damit auf deutlich mehr als die psychoanalytische Vorstellung von der frühkindlichen Bildung der Psyche und ihrer Inhalte (wie wir noch sehen werden: auf das konstitutive Moment von Gewalt in der Sozialisation). Betrachtet man die aktuelle Forschung, so zeigt sich, dass nur noch wenige Wissenschaftler/innen in der Tradition des Konzepts des Autoritären Charakters stehen, der Einfluss des Autoritarismus aber als gesichert gilt. Allerdings wird damit eher ein stabiles kognitives Orientierungssystem beschrieben, das die Bindung an konventionelle Werte, autoritäre Unterwürfigkeit und Aggression beinhaltet (Winkler 2001), während die Annahmen zur sozialisatorischen Begründung des Autoritarismus keine Rolle spielen. Als prominenteste Vertreter einer Autoritarismusforschung, die auf die psychoanalytischen Annahmen zur Sozialisation und Persönlichkeit ausdrücklich verzichtet und ein lerntheoretisches Modell des Erwerbs bevorzugt, können Oesterreich und Altemeyer gelten (Altemeyer 1988; Oesterreich 1998). In der Forschung ist die Ansicht weit verbreitet, dass zur Erklärung des Rechtsextremismus der Autoritarismus unter den konkurrierenden Forschungsansätzen die höchste Erklärungskraft hat (Fuchs 2003); auf die psychoanalytische Annahme zur Sozialisation wird nur noch selten Bezug genommen. Eine der wenigen Ausnahmen stellen die am klassischen autoritären Charakter orientierten Studien von Hopf &

Hopf zum Zusammenhang von Bindungsverhalten, Gewalterfahrung und rechtsextremer Einstellung dar (Hopf & Hopf 1997). Aber auch Autor/innen, die sich mit ihrer Forschung ausdrücklich in die Tradition der Studien zum Autoritären Charakter stellen, üben Kritik an diesem Konzept: Der Autoritäre Charakter, so der Vorwurf, beziehe sich als ein an der Psychoanalyse orientiertes Modell bei der Rekonstruktion der Entwicklung von rechtsextremer oder antidemokratischer Einstellung primär auf die Kindheit – und damit auf den kürzesten Zeitraum im Leben eines Menschen. Völlig außer Acht gelassen würden Entwicklungsaufgaben und Sozialisationserfahrungen über die gesamte Lebensspanne, die über die Ausbildung der Persönlichkeit mitentscheiden.¹² Mittlerweile wird der lebenslange sozialisatorische Einfluss als bestimmend für die politische Einstellung angesehen: Neben der Familie gelten andere Sozialisationsinstanzen – die Schule, Gleichaltrige und in zunehmenden Maße auch die Medien – als bedeutsam für die politische Sozialisation (Rippel 2008, S. 448). Der Fokus der Forschung verlagert sich von der primären Sozialisation – der Kindheit in einer Kleinfamilie – auf die Bedeutung von Peers und Medien.

Gewalt und Gesellschaft

Zunächst einmal ist festzustellen, dass sich die Gesellschaft seit den ersten „Studien über Autorität und Familie“ tatsächlich verändert hat. So verlor etwa der Vater jene prominente Position, die er in der patriarchal strukturierten Familie zu Zeiten Freuds noch hatte. Das Entwicklungsmodell der Psychoanalyse gilt als veraltet und scheint kaum noch geeignet, jene Sozialisationserfahrungen nachzuzeichnen, die beim Erwachsenen die politische Einstellung mitbestimmen.

Dieser gesellschaftliche Wandel kann am „Autoritären Charakter“ als Verständnis der antidemokratischen Einstellung nicht spurlos vorbeige-

12 Die Argumentation kann hier nur im Groben nachgezeichnet werden, um die Abkehr von den sozialisatorischen Annahmen des Autoritären Charakters zu verdeutlichen. Eine Übersicht über den Stellenwert von Sozialisationserfahrungen und politischer Einstellung findet sich in einer neueren Veröffentlichung (Rippel 2008).

hen – auch dieses Konzept ist in dem Maße veraltet, wie die ihm zugrundeliegende Entwicklungspsychologie. Insofern vollzieht sich der Begriffswechsel in der Wissenschaft zu Recht: weg vom Autoritären Charakter, hin zum beschreibenden Begriff des Autoritarismus. Das Phänomen, das mit dem Begriff des Autoritären Charakters erfasst werden soll – der klassische Fahrradfahrer in der Straßenbahnschiene (nach unten treten, nach oben buckeln und immer in den eingefahrenen Wegen der Konvention) –, ist immer noch anzutreffen und hat ein hohes Erklärungspotenzial für die antidemokratische Einstellung. Nicht etwa die autoritäre Aggression selbst, sondern die Annahmen dieser Aggression als alleinigem Resultat einer elterlichen Gewalt erscheinen als ein Zeitkern der Konzeption – und damit hoffnungslos veraltet.

Dabei ist aber zu vergegenwärtigen, dass bereits die Autoren der Studien zur Autorität am Frankfurter Institut für Sozialforschung sich darüber bewusst waren, dass „die Freudsche Psychoanalyse mehr die Vergangenheit als die Gegenwart“ erfasst (Marcuse 1963, S. 61). So war das Argument, das heute gegen das Konzept des Autoritären Charakters angeführt wird, bereits Grundlage ihres Ansatzes: dass nicht mehr die Eltern eine prominente Position bei der Vergesellschaftung einnehmen, wie noch bei Freud, sondern „dass die Gesellschaft das entstehende Ich unmittelbar durch Massenmedien, Schul- und Sportgruppen [...]“ sozialisiert (Marcuse 1963, S. 63).

Den Autoren der ersten Autoritätsstudien ging es bei ihrem Bezug auf die Psychoanalyse vor allem um den von Freud grundsätzlich angenommenen Konflikt von Individuum und Gesellschaft. Dieser Konflikt zwischen den Ansprüchen der Gesellschaft und den Bedürfnissen des Individuums macht das Hineinwachsen des Einzelnen in die Gesellschaft zu einer Verzichtserfahrung – und dieser Verzicht wird durch Sozialisationsinstanzen mittels konkreter körperlicher oder symbolischer Gewalt eingefordert. Das muss nicht immer, wie bei Freud, der Vater sein. Vielmehr hatte der Vater diese Funktion nur in einer bestimmten Konstellation in einer eng umrissenen geschichtlichen Epoche – in der Familie einer patriarchal-

bürgerlichen Gesellschaft. Für die Freud'sche Psychoanalyse sprach aus Sicht von Marcuse, Fromm und Horkheimer, dass mit der Betonung auf die Entwicklungsepoche der Kindheit der Blick für die konstitutive Gewalterfahrung geschärft wurde. Damit war für die Untersuchung der Frage, was die Demokratie aus dem Inneren der Gesellschaft und nicht etwa von außen bedroht, eine relevante Erkenntnis gewonnen. Wenn sich Individuen in großer Zahl gegen ein sowohl für die Gesellschaft als auch für sie selbst so wichtiges Fundament wie die demokratische Verfasstheit richten, dann kommt hier ein Problem an diesem Fundament zutage: Etwas an der Sozialisation, dem Hineinwachsen in die Gesellschaft und ihre Anforderungen, bringt eine grundlegende Ambivalenz dieser Gesellschaft gegenüber hervor. Dieses Problem wird auch die demokratische Gesellschaft nicht los – und stellt für sie eine besondere, immer wieder neu zu bearbeitende Herausforderung dar. In jedem Fall kann gesagt werden: Wenn die demokratische Gesellschaft von rechtsextremer Einstellung in Frage gestellt wird, dann äußert sich hier ein Problem der Gesellschaft selbst, das aufgeklärt werden muss. Der Autoritäre Charakter scheint dafür als Erklärungsmodell nicht mehr geeignet. Wie oben ausgeführt wurde, gibt der Freud'sche Vater im klassischen ödipalen Verhältnis zu seinem Sohn zwar das schlagende Bild für diese Problematik ab, doch er ist nur für eine geschichtlich eng begrenzte Epoche gültig gewesen.

Auskunft über die Veränderung in der Sozialisation geben die in der Forschung präferierten Entwicklungsmodelle selbst, sie sind Zeugnis einer Veränderung der Gesellschaft und ihrer Vergesellschaftung: Die wesentlichen Sozialisationsschritte vollziehen sich nunmehr in Schule, Freundeskreis und Medien.

Mit der Anerkennung dieser Veränderung stellt sich aber auch die Frage nach dem Identischen im gesellschaftlichen Wandel, der den Autoritarismus als bis heute gültiges Erklärungsmodell für die politische Einstellung unbestreitbar macht. Bei der Suche nach einer Antwort wird deutlich: Das Veralten des Konzepts des Autoritären Charakters ist seine Gültig-

keit – oder mit anderen Worten: „Die Antiquiertheit der bestehenden Vergesellschaftung in all ihren Innovationskapriolen aufzuzeigen, ist die zeitgemäße Aufgabe der Kritik, mit der sie für ihre eigene Antiquiertheit büßen muss“ (Türcke 1998, S. 88). Bei modernen Autoritarismustheorien wird weniger auf die Annahme einer gesellschaftlichen Hervorbringung von Persönlichkeit verzichtet, sondern vor allem darauf, den gewaltvollen Charakter dieser Sozialisation nachzuzeichnen. Das bedeutet aber, Rechtsextremismus zu einem Problem von Personen zu machen und die gesellschaftlichen Widersprüche, die sich in den Personen zeigen, außen vor zu lassen.

Dabei wäre das Verhältnis von Gesellschaft und Individuum, das genau diese rechtsextreme Einstellung zeitigt, zu thematisieren – und damit die Permanenz von Gewalt in der Gesellschaft. Zwar tritt die Gewalt nicht mehr oder doch zumindest nicht vornehmlich körperlich zutage. Ihre „Drohung ist immer mehr differenziert und vergeistigt worden“ (Horkheimer 1936a, S. 347), doch leider ändert auch die Vergeistigung der Gewalt nichts an ihrer konstitutiven Funktion für das Subjekt, seinem Hineinwachsen in eine Gesellschaft, die auf diese Gewaltandrohung setzt. Damit rückt aber die Gewalt wieder in den Mittelpunkt unseres Interesses – und damit stehen jene Techniken im Fokus, die Autorität „im Inneren der Beherrschten selbst [...] befestigen“ (Horkheimer 1936a, S. 357). Bezieht man die Argumentation Horkheimers auf die Gegenwart, würde die öffentliche Vorführung in den Massenmedien von Arbeitslosen – wie etwa „Florida-Rolf“, aber auch die immer weiter verfeinerte Sanktionierung von Arbeitslosen – jene gewaltvolle Sozialisations- und Anpassungsforderung sein, die genau die Aggressionen hervorbringt, die wiederum zu einer Fremdgruppenabwertung und zu einem widersprüchlichen Verhältnis zur Autorität führen – und damit die Demokratie aus ihrem Inneren heraus bedroht.

Als die Familie Anfang der 1930er-Jahre „als eine der wichtigsten erzieherischen Agenturen“ (Horkheimer 1936a, S. 388) zur Vermittlung des Autoritären Charakters untersucht wurde, ging es nicht darum, ein

diagnostisches Instrumentarium zu entwickeln. Ziel war es vielmehr, mit dem Autoritarismus die Gewalt der Vergesellschaftung zu kritisieren: als zivilisatorisches Allgemeines, das Machtverhältnisse immer wieder reproduziert und die demokratische Gesellschaft in ihrem Fundament erschüttert. Es ist die Kritik an der Gewaltförmigkeit des Allgemeinen, der Gesellschaft, gegenüber dem Besonderen, dem einzelnen Menschen.

Fazit und Ausblick

Insofern ist das Konzept des Autoritären Charakters zugleich veraltet und immer noch gültig – und es muss, genauso wie die Demokratie bedrohenden Faktoren, immer wieder aufs Neue bestimmt werden. Einen solchen Versuch haben wir bereits 2008 unternommen, als wir in unserer Untersuchung auf die Stigmatisierungsandrohungen stießen (Decker et al. 2008, S. 131). Nicht mehr eine Autorität, sondern die Gruppe aus Gleichaltrigen und -gesinnten – in der Soziologie Peers genannt – repräsentiert über alle Lebensphasen hinweg die Instanz, die Abweichung definiert und sanktioniert. Dass diese Verlagerung mit einer zunehmenden Machtlosigkeit des Individuums einhergeht, das hat Marcuse schon im letzten Jahrhundert prognostiziert; heute ist diese Entwicklung Gegenstand der modernen Gouvernamentalitätsstudien (Bröckling, Krasmann & Lemke 2000). Marcuse wusste ebenso schon, dass dabei die Mechanismen, die den Autoritären Charakter am Leben erhalten, weiter bestehen und die Gesellschaft bedrohen. Er war der Ansicht, dass die Identifikation mit dem Führer in einer autoritären Gesellschaft durch etwas Abstrakteres – Nationalstolz, starke D-Mark oder „Kapitalismus“ – ersetzt werden kann (Marcuse 1963, S. 69). Genau diese Entwicklung haben wir in unserer Studie 2008 dokumentiert und mit der Denkfigur vom Wohlstand als „narzisstischer Plombe“ beschrieben (in Anlehnung an Morgenthaler 1974; wir kommen auf diese Interpretation im nächsten Kapitel zurück; vgl. auch Decker et al. 2008, S. 392). Erledigt hat sich der Autoritäre Charakter damit also nicht, die Identifikation mit einer Autorität stabilisiert und entschädigt für die tägliche Anerkennung der Fremdbestimmtheit. Wenn wirtschaftlicher Wohlstand eine „narzisstische Plombe“ ist, dann wird die Ambivalenz gegenüber der Gesellschaft, die die Unterwerfung unter ihre Prinzipien mit dieser Identifikation entlohnt, in dem Moment sicht-

bar, in dem dieser Lohn nicht mehr ausgezahlt wird. Dass im Verhältnis zur Autorität die „Gnadenwahl“ (Horkheimer 1936a, S. 384) eine Rolle spielt, berührt Max Weber (vgl. Kapitel 2.2) – und bringt den viel belegten Zusammenhang von ökonomischer Lage und politischer Einstellung noch einmal von einer ganz anderen Seite in die Diskussion. Hier ist ein Grund dafür zu suchen, dass die gesellschaftliche Mitte in Zeiten der Krise auch immer eine Mitte in der Krise ist.

2.2 Die Mitte – Das gesellschaftliche Zentrum und sein Rand

Wahlkämpfe werden spätestens seit 1998 mit einem klaren Ziel geführt: Sie sollen die „Neue Mitte“ erreichen. Der mehr oder minder ausgeprägte Erfolg an den Urnen führte wohl dazu, dass die damalige Opposition das „Mitte-Mantra“, wie die Berliner Tageszeitung „Der Tagesspiegel“ am 3.12.2007 titelte, aufgriff. Die Wahlkämpfenden konnten und wollten „die Mitte“ so wenig verpassen wie die Mehrheit in den Parlamenten. Nicht nur über vermutete Mehrheiten erhält man durch diesen Adressaten Auskunft bei den Wahlkämpfer/innen. Auch über den geistigen Zustand dieser Mehrheiten erhält man Informationen. Nach der Wahl ist vor der Wahl und so warf sich zuletzt ein hochrangiges Regierungsmitglied in einem Gastbeitrag für „Die Welt“ in die Presse für die, „die alles erarbeiten“: „Die Missachtung der Mitte ist brandgefährlich“ (G. Westerwelle in „Die Welt“ vom 10.2.2010).

Das Nachrichtenmagazin „Focus“ titelte 2009 zu Recht: „Die Mitte – ein deutscher Fetisch“. Wie Recht die Autorin dieses titelgebenden Beitrags mit dieser eher flapsigen, denn analytisch gemeinten Formulierung hatte, wird sich erst noch zeigen. Das Verständnis dessen, was die „Mitte“ auszeichnet, ist dringend geboten, weil die Formulierung in mehrfacher Hinsicht richtig lag – wenn auch anders, als es wohl gemeint war. Es gibt einen Zusammenhang von „Mitte“ und „Einkommen“, und an diesem ist tatsächlich etwas „brandgefährlich“. Nur: Was ist mit der viel beschworenen Mitte und der gesellschaftlichen Lage eigentlich gemeint?

Die Mitte als Wählerschaft der NSDAP

Ganz egal, ob als Klasse, Milieu oder Schicht bezeichnet: Die Bestimmung einer gesellschaftlichen Position und die Untersuchung der politischen Einstellung ihrer Angehörigen waren von Anfang an miteinander verstrickt. Was heute in den Sozialwissenschaften Sozialstrukturanalyse heißt, hat eine lange Tradition. Nicht erst für den modernen Rechtsextremismus gilt der Zusammenhang von gesellschaftlicher Lage und politischer Einstellung, schon die Träger/innen faschistischer und nationalsozialistischer Bewegungen waren am Vorabend des „Dritten Reichs“ analysiert und beschrieben worden. So mündete die vor 1930 von dem Soziologen Theodor Geiger vorgenommene Untersuchung des „alten“ und des „neuen Mittelstandes“ in eine Analyse beider Teile als „gesegneten Bodens ideologischer Verwirrung“ (Geiger 1930, S. 641). Woher diese „Verwirrung“ rührt, darauf hat schon Georg Simmel vor über 100 Jahren eine Antwort gegeben: „Der Mittelstand allein hat eine obere und eine untere Grenze, und zwar derart, dass er fortwährend sowohl von dem oberen wie von dem unteren Stand Individuen aufnimmt und an beide solche abgibt“ (Simmel 1908, S. 451 f.). An diesen Gedanken schließt Geiger an. Die „Verwirrung“ ist Folge der drohenden Abstiegs-erfahrung aus der Mitte in die Armut: „Die falsche Scham über den Abstieg äußert sich oft genug in Hass und Verachtung [...]“ (Geiger 1930, S. 646). Der Ökonom Fritz Marbach hat 1942 auf die Schwierigkeiten einer klaren Abgrenzung des Mittelstandsbegriffs hingewiesen, aber gleichzeitig hervorgehoben, wie wichtig das Verständnis der sozialen Lage dieser Gruppe zum Verständnis der nationalsozialistischen Bewegung ist (Marbach 1942, S. 11). An Geigers Beschreibung der panikartigen Wählerwanderung einer Mittelschicht, die – ihren ökonomischen Abstieg befürchtend – ihren Weg von den bürgerlichen Parteien zur NSDAP einschlug, schloss dann der US-amerikanische Soziologe und Politikwissenschaftler Seymour Martin Lipset an. Er spitzte den Befund zu und provoziert noch heute jene, die um den Zusammenhang sehr wohl wissen, aber ihre Klientel entweder aus Neigung oder aus Kalkül mit Ressentiment geladener Rede bedienen wollen. Zunächst ist festzuhalten, dass Lipsets Untersuchungen des Wahlverhaltens und der Wählerbewegungen am Ende der Weimarer Republik dingfest machten,

was Geiger bereits bei einer oberflächlichen Betrachtung vermutet hatte: Die Wähler der NSDAP waren aus den Parteien der Mitte nach rechts abgewandert. Er gab diesem Befund den Namen „Extremismus der Mitte“ (Lipset 1959) und versuchte mit einem Irrglauben aufzuräumen, der bis heute weit verbreitet ist: „Gemäß dieser Auffassung neigen die Extremisten [...] zur Diktatur, während die Gemäßigten in der Mitte die Demokratie verteidigen“ (Lipset 1959, S. 450). Das krasse Gegenteil, so Lipset, ist jedoch der Fall. Die inhaltliche Nähe des Liberalismus ließ ihn im Nationalsozialismus nicht etwa den Gegenpart, sondern seinen Wiedergänger finden: „Hitler, ein Extremist der Mitte [...]“ (ebd., S. 456), der mit wachsender Anerkennung in derselben rechnen konnte, „je weiter die wirtschaftliche und soziale Krise in Deutschland sich ausbreitete“ (ebd., S. 461).

In Nachkriegsdeutschland gewann dieses Konzept teilweise zustimmende Aufmerksamkeit, etwa durch Ralf Dahrendorf, der im Anschluss an Lipset feststellte: „Die Zerstörung der Demokratie ist ein Werk des Mittelstandes“ (zit. n. Kraushaar 1994, S. 34). Aber mehr noch als Zustimmung war Lipsets Befund vom „Extremismus der Mitte“ die Ablehnung sicher.

Zwar fand seine Feststellung auch in der weiteren Forschung empirische Bestätigung und ist bis heute Ausgangspunkt für die wissenschaftliche Arbeit zum Rechtsextremismus (Falter 1981; Lohmann 1994; Butterwegge 2002b), doch löste „bereits eine bloße Erwähnung [der Theorie Lipsets, Anm. der Autoren] [...] in vielen Fällen massive Gegenreaktionen aus. Offensichtlich wird mit der These vom Extremismus der Mitte ein neuralgischer Punkt getroffen. Schon der abstrakte Gedanke, dass auch die Mittelschichten der Bundesrepublik ein antidemokratisches Potenzial in sich bergen könnten, wird als Zumutung, ja als Provokation verstanden“ (Kraushaar 1994, S. 49). Bereits die von Lipset gewählte, eigentlich paradox anmutende Verbindung von „Mitte“ und „Extremismus“ zielte ins Zentrum der bestehenden Gesellschaft und keinesfalls nur auf den soziologisch zwischen Unter- und Oberschicht angesiedelten sozialen Ort. Denn der Begriff der Mitte bzw. des Mittelstandes ist nicht nur eine analytische Kategorie der Soziologie, sondern verbunden mit – zumeist mehr implizit, denn explizit formulierten – normativen und ordnungspoli-

tischen Vorstellungen der Gesellschaft von sich selbst (exemplarisch Backes 2006). „Die Mittelklasse ist Maß und Mäßigung gleichermaßen, sie besänftigt die Extreme und garantiert sozialen Ausgleich“ (Vogel 2009, S. 38).

Die Mitte – Woraus resultiert die Gefahr für die Demokratie?

Der erste Teil der Aussage – die Mitte als „Maß“ und „Mäßigung“ – stand immer im Verdacht, als bloße Behauptung die potenzielle Anfälligkeit des Mittelstandes für antidemokratische Bewegungen in Zeiten der „Panik“ (Geiger) zu überdecken. Der zweite Teil, das Integrationspotenzial der Mitte, kommt ihr aber genau durch das zu, was gleichzeitig das von Geiger und Lipset beschriebene Gefahrenpotenzial für die Demokratie ausmacht. „Die Mitte“ ist in ihrer namensgebenden Position zwischen gesellschaftlichem Oben und Unten Ausdruck und Beleg der sozialen Mobilität. In Zeiten wirtschaftlichen Wachstums vermittelt ihre Existenz, dass es auch Angehörigen der Unterschicht potenziell möglich und gestattet ist, ihr Los abzuschütteln und sozial aufzusteigen. Aber es gibt auch eine andere Richtung der sozialen Mobilität. Der soziale Abstieg ist nicht nur individuelles Schicksal, sondern in Zeiten wirtschaftlicher Krise für viele die vorgegebene Richtung. Und so ist, anders als die Formulierung von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ vermuten lässt, der Mittelstand nur solange ein Hort der Ruhe und des Ausgleichs, wie der Abstieg Einzelschicksal bleibt. Das galt zum Beispiel für die solcherart von dem Soziologen Helmut Schelsky beschriebenen 1950er-Jahre der Bundesrepublik (Schelsky 1955). Es war aber eine Diagnose mit kurzer Halbwertszeit. Ende der 1960er-Jahre, mit der ersten wirtschaftlichen Krise, war sie bereits überholt.

Die soziale Mobilität in einer Gesellschaft entscheidet über die politische Einstellung – weniger in den Aufwärts-, dafür aber sehr stark in den Abwärtsbewegungen. So deuten zahlreiche Befunde auf den Zusammenhang von drohenden oder tatsächlichen wirtschaftlichen Deprivations- und Desintegrationserfahrungen und politischem Extremismus hin (Heitmeyer 1994; Rippl & Baier 2005; Decker, Brähler & Geißler 2006). Wenn die Mechanismen der sozialen Aufwertung nicht mehr ausreichen,

dann greift jenes Ressentiment Raum, das auch von Politiker/innen demokratischer Parteien in der aktuellen Wirtschaftskrise bedient wird.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise seit 2008 drängt sich zunehmend die Frage auf, wie das Verhältnis von wirtschaftlicher Desintegrationserfahrung und antidemokratischer Einstellung begründet ist. Seit Jahren ist eine Entwicklung beobachtbar, die mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zu Recht als „Polarisierung“ bezeichnet werden kann. Entlang der Einkommensentwicklung als Maß für die Schichtung der Gesellschaft macht das DIW eine stetige Abnahme der Gruppen mit mittlerem Einkommen, dafür aber eine deutliche Zunahme der untersten und höchsten Einkommen aus. Die Richtung dieser Einkommensmobilität ist nach Ansicht der Autoren eindeutig: Der Mittelstand schrumpft (Grabka & Fricl 2008) und es kommt zu einer „Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert“ (Goebel, Gornig & Häußermann 2010). Oder, je nach Vorliebe für griffige Bilder, wird „die Mitte und der Abgrund“ (Drieschner 2003) beschrieben. Diese Entwicklung hat einen gesellschaftspolitischen Hintergrund, der eingangs dargestellt wurde: Bis zur aktuellen wirtschaftlichen Krise hat sich eine stabile antidemokratische, rechtsextreme Einstellung in jenen Bevölkerungsschichten gezeigt, die als Mitte bezeichnet werden kann. Es ist also höchste Zeit, die Suche nach den Ursachen zu intensivieren. Das Veralten des Konzepts des Autoritären Charakters hat bereits einen Hinweis auf die große Bedeutung des Wohlstands geliefert.

Viele Ansätze konkurrieren um die Erklärung rechtsextremer Einstellung: Unter welchen Bedingungen entwickelt sich eigentlich eine antidemokratische Einstellung? Es stehen mehrere Erklärungen nebeneinander, die alle für sich genommen mittlerweile als Klassiker bezeichnet werden können. Die wirtschaftliche Situation des Mittelstandes ist wohl das älteste Erklärungsmodell, das berühmteste ist wahrscheinlich die „Authoritarian Personality“, die als Persönlichkeitsmodell auf die psychoanalytischen Annahmen zur Sozialisationserfahrung zurückgreift (vgl. Kap. 2.1). Es reißen sich weiterhin ein: Die eher kognitionspsychologischen Annahmen von Milton Rokeach zum Zusammenhang von

Wertesystem und rechtsextremer Einstellung (Rokeach 1960) oder, darauf aufbauend, die Unterscheidung von dem dem Rechtsextremismus zugeneigten Materialist/Innen und dem die Demokratie befürwortenden Postmaterialist/Innen (Inglehardt 1989).

Überprüft man die Erklärungskraft der Modelle empirisch (Decker, Brähler & Geißler 2006), so erinnert das Ergebnis an die Aussage des Vogels Dodo nach einem Rennen in Alices Wunderland: „Jeder hat gewonnen, und Alle sollen Preise haben.“ Doch ist damit nur wenig über den wirklichen Zusammenhang dieser Faktoren ausgesagt. Und – noch problematischer – es ist nicht viel über die Verbindung von wirtschaftlicher Deprivation und politischer Einstellung zu erfahren, da diese häufig gemeinsam auftreten. So schätzen Personen mit rechtsextremer Einstellung ihre eigene subjektive wirtschaftliche Situation und auch die aktuelle wirtschaftliche Situation in Deutschland im Durchschnitt schlechter ein als andere und die Ressentiments gegenüber Randgruppen richten sich oft gegen jene, die es scheinbar besser haben oder solcherart phantasiert werden (Decker et al. 2008). Kurz: In der wissenschaftlichen Literatur wird der drohende oder erfahrene Abstieg häufig als wesentlicher Einflussfaktor auf die politische Einstellung benannt. Wirtschaftlicher Deprivationserfahrung kommt damit eine Schlüsselposition bei der Erklärung antidemokratischer, rassistischer und im engeren Sinne rechtsextremer Einstellung zu.

Wohlstand als „narzisstische Plombe“

Damit ist der Einflussfaktor „sozialer Abstieg“ aber noch nicht in seinen Wirkungsmechanismen verstanden. Genau um den Versuch einer Antwort auf diese Frage soll es hier gehen. Ein Hinweis zur Bedeutung des wirtschaftlichen Wohlstands wurde im Rahmen der Studie „Ein Blick in die Mitte“ in Gruppendiskussionen zur politischen Einstellung gefunden: Wohlstand hat in Deutschland einen historischen Index und er wirkt als „narzisstische Plombe“ (Decker et al. 2008). In den Diskussionen ist eine Verbindung von wirtschaftlichem Aufschwung der Nachkriegsjahre und dem Selbstwert der Menschen deutlich hervorgetreten.

Mit dieser These – Wohlstand als „narzisstische Plombe“ – schlossen wir inhaltlich an die Zeitdiagnose von Alexander und Margarethe Mitscherlich (1967) an, die in den 1960er-Jahren über die „Unfähigkeit zu trauern“ geschrieben hatten. Der von ihnen verwendete Begriff der Trauer verweist auf die psychoanalytische Theorie und beschreibt die Reaktion auf den Verlust einer Autorität oder eines Selbstwerts. Für ein sozialpsychologisches Verständnis der Nachkriegsgesellschaft nahmen sie einen Begriff aus der Individualpsychologie zu Hilfe. In Anlehnung an Sigmund Freud bezeichneten sie eine gelungene Trauerreaktion, etwa auf den Tod eines geliebten Menschen, in der Sprache der Psychoanalyse als „[...] ein langsames Ablösen von verlorenen Objektbeziehungen“ (Mitscherlich/Mitscherlich 1967, S. 83). Eine solche gelungene Trauerreaktion ist gekennzeichnet durch „die definitive Veränderung der Realität durch den Verlust des Objekts zu akzeptieren“ (ebd., S. 80). Was für den Verlust eines geliebten Menschen gilt, wäre in Nachkriegsdeutschland dringend geboten gewesen. Von dieser psychoanalytischen Vorstellung über die Reaktion auf einen Objektverlust schlagen Mitscherlich & Mitscherlich die Brücke zur Gesellschaft. Nach ihrer Auffassung ist das Objekt, das die Deutschen verloren haben, ihr Größen-Selbst, das von Hitler als „Führer“ verkörpert wurde. „Als Anlass zur Trauer wirkt [...] vor allem das Erlöschen seiner Repräsentanz als kollektives Ideal. Er war ein Objekt, an das man sich anlehnte [...]. Sein Tod und seine Entwertung durch die Sieger bedeutete auch den Verlust eines narzisstischen Selbst und damit eine Ich- oder Selbstverarmung und -entwertung“ (ebd., S. 34 f.). Und weiter: „Dieser [Führer trat, Anm. der Autoren] an die Stelle des Ich-Ideals jedes Einzelnen, jenes seelischen Selbstbildes, das von den kühnsten Phantasien über eigene Bedeutung, Vollkommenheit und Überlegenheit [...] gekennzeichnet wird. Indem ich dem Führer folge, verwirkliche ich ein Stück dieses phantasierten Ich-Ideals“ (ebd., S. 71 f.).

Somit wiesen die Mitscherlichs auf den Zusammenhang der Abwehr der narzisstischen Kränkung und den Wiederaufbau in Nachkriegsdeutschland hin. Der nun eigentlich anzuerkennende Verlust dieses idealen Größen-Selbst sei durch den Wirtschaftsaufschwung nicht nur überdeckt,

sondern auch ersetzt worden.¹³ Zudem hätten die Deutschen nicht nur ein ideales Größen-Selbst betrauern, sondern auch den Vernichtungskrieg und den von den Deutschen organisierten Holocaust anerkennen müssen. Die Niederlage im Zweiten Weltkrieg bedeutete für die Deutschen demnach nicht nur den Verlust des „Führers“, der an die Stelle des Ich-Ideals getreten war, und damit den Verlust ihres Größen-Selbst. Sie hätten auch die Schuld anerkennen müssen, die auf Deutschland infolge des Vernichtungskrieges lastete. Allerdings nennen Mitscherlich & Mitscherlich auch einige Mechanismen, die den Deutschen ihrer Ansicht nach dabei halfen, dieser Aufgabe zu entgehen, unter anderem den Abzug aller seelischen Energien, mit denen sie Hitler verehrt und ihre „Pflicht“ erfüllt hätten, die Verleugnung der Verbrechen, die Derealisierung ihrer Erlebnisse, die Externalisierung der Schuld, zum Beispiel durch das Abschieben auf Hitler oder die Aufrechnung mit fremder Schuld, sowie die Identifizierung mit den Siegern. Man habe sich nur als bedauerenswerte und zu Unrecht angeklagte Opfer gefühlt.

Bis heute wird bereits die Thematisierung der nationalsozialistischen Verbrechen von nichtjüdischen Deutschen als Anklage empfunden, gegen die sie sich verteidigen. Darauf weist unter anderem eine Studie der Arbeitsgruppe um Harald Welzer hin (Welzer, Möller & Tschuggnall 2002). Auch lässt sich diese teils ungebrochene Bedeutung der NS-Vergangenheit als narzisstische Kränkung bei nichtjüdischen Deutschen über meh-

13 Der Stellenwert des Konsums und damit des Wohlstands für die Regulation von Konflikten war nicht auf die Bundesrepublik Deutschland beschränkt, auch wenn es aus heutiger Perspektive den Anschein hat. Im Osten Deutschlands versuchte die Staatsführung ebenfalls, auf die Bedürfnisse der Bevölkerung mit diesem Regulativ früh zu reagieren (Kaminsky 2001). So war die öffentliche Inszenierung von Produkten und die damit verbundenen Verheißungen in der DDR – auch ohne Marktkonkurrenz – gang und gäbe (Gries 2003) und transportierte ein nicht einzulösendes, aber dringend benötigtes Versprechen der Teilhabe an einer „Plombe“. Der Machtwechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker 1971 wurde nach Interpretation der historischen Quellen unter anderem durch ein forciertes Konsumversprechen und die künstliche Stabilisierung von Marktpreisen möglich (Schindelbeck 2004; Skyba 2004). Zu guter Letzt deutet die späte Forderung zur Zeit der Friedlichen Revolution auf die Lücke und die Plombe hin, die sie schließen sollte („Entweder die D-Mark kommt zu uns oder wir zur D-Mark“ war auf Transparenten der Leipziger Montagsdemonstrationen zu lesen).

rere Generationen hinweg noch bis in die Gegenwart nachweisen (Rothe 2009). Tritt ein weiteres Element hinzu, die autoritäre Erziehung, die dem wahrscheinlich durch die Kriegereignisse mindestens verunsicherten, möglicherweise traumatisierten Kind keine andere Möglichkeit zur Entwicklung gelassen hat außer der Identifikation mit der Autorität, wird die Dynamik der Vermittlung deutlicher (Brähler, Decker & Radebold 2003; Decker, Brähler & Radebold 2004; Decker & Brähler 2006). Mit der Verdrängung der Kriegskindheit und ihrer Traumata wurden vor allen Dingen deren *Ursachen* verdrängt. In der frühen Bundesrepublik war kein Platz für die Traumata der Kinder, weil diese Traumata Manifestationen der eigenen Schuld waren. So wurde die Scham und Schuld so wenig bearbeitet wie die narzisstische Größenphantasie aufgegeben – und die Funktion der Plombe an die nachfolgende Generation weitergegeben.

Dieser Befund einer narzisstischen Plombe wirft auch ein Licht auf die noch heute bestehende relative Unfähigkeit, Demokratie als eigenes Projekt zu begreifen. Das zeigen zum Beispiel die hohen Ablehnungswerte zur Demokratie in Deutschland, wie wir sie in unserer Studie von 2006 beobachtet haben. Viele Teilnehmende an den Gruppendiskussionen konnten Demokratie nicht als eigenes Projekt verstehen und es ist zu vermuten, dass es sich hierbei auch um ein intergenerationell weitergegebenes Unvermögen handelt (Decker et. al 2008, S. 417). Trifft die Zeitdiagnose von Alexander und Margarete Mitscherlich zu, dann trat an die Stelle des „kollektiven Narzißmus [...], der durch den Zusammenbruch des Hitlerregimes auf schwerste geschädigt worden [ist], [...] der wirtschaftliche Aufschwung, das Bewußtsein, wie tüchtig wir sind [...]“ (Adorno 1959, S. 563 f.). Demokratie wurde akzeptiert, „weil es einstweilen unter der Demokratie zu gut geht“ (ebd., S. 559), aber sie wurde nicht gelebt und auch nicht vorgelebt. Selbst eine nachholende Entwicklung hat wahrscheinlich nicht alle Schichten erfasst, zumal das Sich-Begreifen als Subjekt der Demokratie sich auch an den Bedingungen brechen kann, die den Menschen täglich immer mehr zum Objekt anonymer Institutionen machen.

Ein Beitrag von unerwarteter Seite:

Der Zusammenhang von Wohlstand und (Alltags-)Religion

Man sollte aber nicht vergessen, dass die Identifikation mit einem Führer, mit allem, wofür „Hitler“ stand, selbst bereits eine Reaktion war. Wenn Lipset und Geiger richtig lagen, war es ein Versuch, die „Verwirrung“ zu stabilisieren, die wiederum eng mit der Wirtschaft, präzise gesagt, mit einer ökonomischen Krise zusammenhing. Schon bei der antidemokratischen Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise und den Untergang des Kaiserreichs ging es um den Verlust einer Autorität. Diese musste durch die Identifikation mit Größe und Macht ersetzt werden. Aber nicht nur das: Die sich lösende Bindung an die alte Autorität ließ eine Aggression über das Versagen genau dieser Autorität mit der aufgestauten Aggression gegen sie Bahn brechen – und in eine vernichtende Wut gegen Juden münden. Um im Bild des Autoritären Charakters zu bleiben: Die Identifikation mit dem Vater als jener Sozialisationsinstanz, die gewaltvoll Verzicht forderte, brachte die Anerkennung der Ordnung und zugleich die Ambivalenz ihr gegenüber hervor. Die Anerkennung der Autorität ging einher mit der Teilhabe an dem, wofür die Figur des Vaters stand. Wird die Teilhabe an Macht und Wohlstand der Autorität versagt, verliert die Autorität selbst ihre Macht – und dann entladen sich die aufgestauten Aggressionen gegenüber denjenigen, die als schwächer wahrgenommen werden.

Der Zusammenhang von Ökonomie, Mitte und Rechtsextremismus ist allerdings nicht nur als eine Endlosschleife der Ersetzung zu verstehen. Es bedarf noch mehr, um diesen Zusammenhang zu erhellen. Der eingangs zitierte „Fetisch der Mitte“ weist den Weg: zum Warenfetisch und zur Warenästhetik (Haug 1971; Haug 2008).

Mit feinem seismografischen Gespür erkannte Ludwig Erhard, Wirtschaftsminister von 1949 bis 1963, späterer Bundeskanzler und Autor des Buches „Wohlstand für Alle“ (Erhard 1957), den Stellenwert des Konsums für die Deutschen nach dem Krieg. Gleich zu Anfang der jungen Bundesrepublik rückte er den Konsum als „wesentliches demokratisches

Grundrecht“ in die Mitte der Nachkriegsgesellschaft (Erhard 1951). Die „langen 50er Jahre“ (Abelshäuser 1985) begannen und bereiteten mit ihren Konsummöglichkeiten den Boden für eine Demokratie, bevor sie mit der ersten Nachkriegswirtschaftskrise 1967 endeten und die Mitscherlichs die „Unfähigkeit zu trauern“ feststellten. Es war keinesfalls Zufall, dass die NPD in dieser Zeit erstarkte und dass ihr am Ende 1960er-Jahre und in den Folgejahren der Einzug in zahlreiche Landesparlamente Westdeutschlands gelang.

Die Integrationskraft bezog die Demokratie aus dem Aufstiegs- und damit Konsumversprechen: Der Mittelstand wurde zur zentralen, scheinbar einzig verbliebenen Schicht (Schelsky 1955, S. 218). Ihr anzugehören ging mit dem Versprechen eines grenzenlosen Konsums einher (Andersen 1997). Allerdings ist das Nachkriegsdeutschland keinesfalls ein Einzelfall. Irgendetwas musste bereits mit dem Konsum verbunden gewesen sein, damit er für die Deutschen als narzisstisches Regulativ funktionieren konnte. Um diese Rekonstruktion muss es gehen, wenn man verstehen möchte, was es mit dem antidemokratischen Reflex auf wirtschaftliche Krisenszenarien in der Mitte der Gesellschaft auf sich hat. Hierfür bedarf es des Verständnisses einer Gesellschaft, in deren Mittelpunkt die Ware steht, deren Konsum über Wohl und Wehe ihrer demokratischen Verfasstheit entscheidet. Dass, wie Marcuse es prognostizierte, der „Kapitalismus“ als Gesellschaftsform zum integrierenden Ideal werden konnte, bedeutet jene Verschiebung, die aus dem Veralten des Autoritären Charakters resultiert: Nicht mehr die Identifikation mit der Autorität ist mit dem Versprechen verschwistert, selbst an Macht und Wohlstand teilzuhaben, sondern der Wohlstand wird selbst zum idealen Objekt von Stärke und Macht. Um im Bild zu bleiben: Nicht mehr der Vater vermittelt die Ordnung der Gesellschaft und gibt im Gegenzug das Versprechen der Teilhabe an ihrem Wohlstand, sondern das eigentlich Gemeinte wird direkt angestrebt – und offensichtlich so dringend gebraucht, dass bei Wegfall dieser Identifikation das Fundament selbst infrage gestellt ist. Das lässt aber einen Verdacht aufkommen: Wie ein Drogenabhängiger an der Nadel, so hängen die Gesellschaftsmitglieder

an den Waren. Im Entzug kann dann für nichts mehr garantiert werden. Dabei ist die Not eine relative: „Wer sich nicht nach den ökonomischen Regeln verhält, wird heutzutage selten sogleich untergehen“ (Adorno 1955, S. 47). Das macht es schwer verständlich, dass bei ausbleibender Teilhabe am Wohlstand die Aggression einsetzt, auch wenn „am Horizont die Deklassierung sich ab(zeichnet)“ (ebd.). Und es lässt den Verdacht aufkommen, dass in einer Ökonomie, die auf Warenproduktion setzt, etwas offenbar dringender gebraucht wird, als es die Befriedigung der Bedürfnisse notwendig machen würde. Der Hype um jedes neue Apple-Produkt illustriert dies beispielhaft. Die Bedeutung, die dieser Wohlstand hat, die Ökonomie als gemeinsames Ideal und der Konsum als individueller Ertrag derselben, ist bisher kaum erhellt worden (Siegrist 1997, S. 16). Kulturwissenschaftliche Untersuchungen zum „Distinktionsgewinn“¹⁴ verschärfen den Erklärungsnotstand eher noch, als dass sie ihn aufheben könnten (Bourdieu 1984). Auch in diesem Buch kann nur eine Richtung skizziert werden, doch das erscheint lohnend, um die folgenden Befunde der Erhebung „Die Mitte in der Krise“ theoretisch einzubetten. Die Verhältnisse in dieser Gesellschaft sind immer noch von autoritären Strukturen geprägt. Das Verhältnis zur Autorität allerdings zeichnet aus, das hat Horkheimer schon 1936 festgestellt, einer Hoffnung auf „Gnadenwahl“ gleichzukommen (Horkheimer 1936, S. 384). Gnadenwahl, das ist eigentlich eine religiöse Dimension. Ökonomie und Religion, wie passt das, zumal in einer säkularen Gesellschaft, zusammen?

Nehmen wir diesen Hinweis ernst und schließen an den Gedanken von Marcuse zum „Kapitalismus“ als Erbe eines Führers oder einer Autorität und damit als neues gemeinsames Ideal Vieler an (Marcuse 1963, S. 69), dann bietet sich ein Ansatzpunkt. Hier setzte auch Max Weber – allerdings unter anderen Vorzeichen – mit seinen Analysen an. Weber, ein der

14 Mit diesem Begriff bezeichnete der französische Soziologe Pierre Bourdieu jene feinen Unterschiede im Konsumverhalten, die einen Schichtunterschied – primär die Zugehörigkeit zu einer höheren Schicht – dokumentieren.

Kapitalismuskritik gänzlich unverdächtigem Soziologe, untersuchte den Stellenwert der Warenwelt und kam dabei zu dem Ergebnis, dass der Kapitalismus keine so große Religionsferne hat, wie die Fürsprecher einer ökonomischen Rationalität es behaupteten. Im Gegenteil: Die Waren produzierende Gesellschaft lebt nach Webers Auffassung von einem theologischen Versprechen, das die Wirkung ökonomischer Teilhabe oder des Ausgeschlossenseins von ihr schlagartig erhellt. Weber wollte feststellen, „ob und wieweit tatsächlich religiöse Einflüsse bei der qualitativen Prägung und quantifizierbaren Expansion jenes [kapitalistischen, Anm. der Autoren] „Geistes“ über die Welt hin mitbeteiligt gewesen sind und welche konkreten Seiten der kapitalistischen Kultur auf sie zurückgehen“ (Hervorh. im Orig.; Weber 1904/1905, S. 51). Seine aus den Studien resultierende These war starker Tobak, aber argumentativ stark: Die kapitalistische Ökonomie ist aufs Engste mit religiöser Vorstellung verbunden. Trotz der einsetzenden Säkularisierung, so Weber, konnte auch der moderne Mensch nicht auf eine Rückversicherung, am Ende seiner Tage nicht von Gott verworfen zu werden, verzichten. Nach der christlichen Idee, dass an einem verdorrten Baum auch keine Frucht gedeihen könne, wurde der weltliche Reichtum als Ausweis der „Gnadenwahl“ genommen: Die Verfügung über die Warenwelt wurde so zur Versicherung der Erwähltheit, zunächst jener durch den christlichen Gott. Weber stellte im Verlaufe seiner Untersuchungen fest, dass diese rationalisierte und bezifferbare Rückversicherung, der abstrakte Reichtum, das akkumulierte Kapital, von der Transzendenz des Bestehenden nicht ausgeschlossen zu sein, auch dringend gebraucht worden ist. Anhand des Kontrastes zwischen zwei christlichen Konfessionen, dem Katholizismus und dem Protestantismus, zeichnet Weber nach, wie die Teilhabe am kapitalistischen Reichtum in diese religiöse Heilserwartung aufrücken, zuletzt der Kapitalismus selbst religiöse Züge annehmen konnte. Die Fragen „Bin ich denn erwählt? Und wie kann ich dieser Erwählung sicher werden?“ (Weber 1904/1905, S. 69) muss sich ein Protestant noch genauso beantworten wie ein Katholik des Mittelalters. Allerdings bleibt der Protestantismus seinen Gläubigen die Antwort schuldig, an welchen Früchten ein Mensch seine Erwähltheit ablesen kann. Anders als im Katholizismus, in dem die

Rückversicherung in „einem allmählichen Aufspeichern verdienstlicher Einzelleistungen bestehen kann“, steht der Protestant „[...] zu jeder Zeit vor der Alternative: erwählt oder verworfen?“ (Weber 1904/1905, S. 75). Aber genau diese fortwährende „systematische Selbstkontrolle“ (ebd.) eröffnet den Ausweg. Der Wunsch nach Erlösung wird nicht aufgegeben, erhält aber ein neues Gewand: Erlösung ist weiterhin ein Gnadenakt, allerdings unterliegt die Gnadenvergewisserung dem eigenen Willen und Vermögen. Die Gnadenversicherung wird erlangt durch das Ansammeln von materiellen Nachweisen: Für den Protestanten war es nun der irdische Reichtum, der als Rückversicherung dienen konnte. Die scheinbare Säkularisierung der Gnadenwahl befeuerte die kapitalistische Produktion und damit zunehmend mehr die Illusion, sich von den religiösen Wurzeln befreit zu haben.

Hierin lässt sich die Verwurzelung der Waren produzierenden Gesellschaft in der Erneuerung des Heilsversprechens wiederfinden. So könnte man sagen, dass die Stellung des Rechtsextremismus als „Alltagsreligion (das) Nebenprodukt missglückter Säkularisierung (ist)“ (Claussen 1992, S. 163) und damit gleichzeitig die Heilsbotschaft dieser Gesellschaft wie ihre Unzulänglichkeit illustriert. Schließlich kann es an Gnadenversicherung nie genug geben, sie wird so dringend gebraucht, dass der kapitalistische Markt, auf dem ihre Verfügbarkeit sichergestellt wird, immer expandieren muss. „Die im Geldvermögen angelegte ‚Utopie‘, nämlich die Verheißung privater Verfügung über die Totalität menschlicher Möglichkeiten, holt das Reich Gottes auf die Erde und stellt es dem Individuum zur Disposition“ (Deutschmann 1999, S. 104). Die Rückversicherung der Gnadenwahl über den akkumulierten Reichtum – jene Logik, die Max Weber im Protestantismus ausgemacht hat – verweist nicht allein auf eine Gnade im Jenseits, sie ist der Versuch, den Trostmitteln im Diesseits habhaft zu werden. Diese Trostmittel sind Waren. Nicht, dass irgendeiner wirklich glaubt, mit der Ware über ein Heilsgut zu verfügen. Es ist ein Ersatz für etwas anderes: Gott. Aber mit der Radikalisierung der Diesseitigkeit der Gnadenwahl wird nun der Markt selbst fast zu so etwas wie einem Gott. Er kann erwählen und verstoßen und anders als alle anderen Waren erfährt der Mensch diese Verworfenheit vom Markt selbst

(Türcke 2003, S. 187). Nicht mehr die Identifikation und die Unterwerfung unter eine Autorität gewähren Schutz. Die einzig verbliebene Autorität des Marktes lässt als Schutz scheinbar nur noch die Aggression gegen jene zu, die nicht mehr dazugehören. Eines scheint klar zu sein: Der Rechtsextremismus ist „unauflöslich mit missglückter Emanzipation aus vorkapitalistischen Verhältnissen verknüpft“ (Claussen 1991, S. 194). Wird die soziale Akzeptanz – und das ist in einer kapitalistischen Gesellschaft immer die des Marktes – entzogen, dann wird die Prekarisierung zur Gefahr für die Demokratie.

Die Mitte und der (rechtsextreme) Rand

Über diese Funktion des Wohlstands und der Ökonomie für die Mitte ist genau an jenem Ort Auskunft einzuholen, der ihr sprachlogisch eigentlich entgegengesetzt ist: im Rechtsextremismus. Die ökonomische Mitte der Gesellschaft ist mit ihren politischen Rändern aufs Engste verknüpft. Auf die Schwächen des Rechtsextremismusbegriffs sind wir bereits eingegangen: Die Defizite des Begriffs, seine Unschärfe und seine politische Gefahr wurden problematisiert. Könnte man sich all die skizzierten Unannehmlichkeiten nicht sparen, wenn generell auf den Rechtsextremismusbegriff verzichtet werden würde? Denn mit der Benutzung des Rechtsextremismusbegriffs „machen sie [die Wissenschaftler/innen] den eigentlich ja ‚falschen‘ oder ‚unwissenschaftlichen‘ Extremismusansatz sprachfähig und damit diskursiv wirkungsmächtig“ (Liebscher 2010, S. 47). Die Forderung, auf den problematischen Begriff zu verzichten, wird meist mit der Klage beantwortet, es gebe keine überzeugende Alternative. Der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge beispielsweise betrachtet die Begriffe „Neonazismus“ und „Neofaschismus“ nur als (allerdings präzise) Bezeichnungen für eine Teilmenge von Rechtsextremismus, den Begriff „Rechtsradikalismus“ als veraltet und Rechtspopulismus als modernisierte oder salonfähige Version von „Rechtsextremismus“ (Butterwegge 2002a, S. 11–25). Ähnlich argumentiert Heitmeyer (1992, S. 13 ff.) und genauso begründen unter anderem Decker/Brähler die Beibehaltung des Rechtsextremismusbegriffs in ihren Studien (Decker/Brähler 2006).

Es ist allerdings auch nicht unbedingt ausgemacht, dass überhaupt eine Alternative benötigt wird: Gilt die Anforderung an einen wissenschaftlichen Begriff, allgemeine Prinzipien zu erklären und voraussagbar zu machen, liegt hier eine Schwäche des Rechtsextremismusbegriffs (vgl. Kapitel 1). Gerade in der Widersprüchlichkeit, mit einem Begriff, der auf den Rand zeigt und dabei ein Problem in der Mitte der Gesellschaft benennt, zeigt sich letztlich die Praktikabilität des Rechtsextremismusbegriffs. Der Einwand, der Begriff sei uneindeutig, wäre genau damit zu entkräften: „Rechtsextremismus“ beschreibt ein Untersuchungsfeld, das eben nicht als isolierter gesellschaftlicher Ort begriffen wird, sondern als eine Erscheinung in der Mitte der Gesellschaft. Die Forderung nach Einstimmigkeit wissenschaftlicher Begriffe und Theorien hat Tücken, mit denen nicht nur die Rechtsextremismusforschung, sondern die gesamten Sozialwissenschaften zu kämpfen haben. Das hängt aber nicht mit ihren Begriffen, sondern mit ihrem Gegenstand zusammen. Das Bemühen um Einstimmigkeit muss scheitern, wo die Gesellschaft selbst widersprüchlich ist – und einen solchen Widerspruch zeigt der Rechtsextremismusbegriff an: Der Widerspruch kann „höchst real in der Sache selbst seinen Ort haben und keineswegs durch vermehrte Kenntnis und klarere Formulierung aus der Welt sich schaffen lassen“, wie Theodor W. Adorno es formulierte (Adorno 1969, S. 129). Wissenschaft ist, auch wenn das von außen manchmal nicht den Anschein hat, die Reduktion von Komplexität. Wo diese Komplexitätsreduktion aber nicht gelingt, da besteht in der Vielstimmigkeit der Sozial- bzw. Gesellschaftswissenschaften ein Problem ihres Gegenstandes, der Gesellschaft. Aus dieser Perspektive kann der Rechtsextremismusbegriff in seiner Widersprüchlichkeit fruchtbar gemacht werden als ein aus der Sache selbst kommender, als gesellschaftlicher Widerspruch.

Allerdings ist mit der Sache, deren Widerspruch im wissenschaftlichen Begriff zum Vorschein kommt, die Gesellschaft gemeint. Die „rechts-extreme Einstellung“ bezieht sich aber auf Individuen. Der Begriff soll – unabhängig davon, ob im Hintergrund eher eine kognitive Einstellung oder das Wirken psychodynamischer Charakterzüge angenommen wird – eine politische Haltung Einzelner abbilden. Und das selbst dann, wenn

Menschen in großer Zahl, zum Beispiel als Wähler/innen, Gewalttäter/innen oder Parteimitglieder beschrieben werden. Wie passt das mit dem hier vorgebrachten Verweis zusammen, dass die Widersprüchlichkeit des sozialwissenschaftlichen Begriffs aus der Gesellschaft selbst kommt?

Die Widersprüchlichkeit der Gesellschaft zeigt sich zuallererst in der Irrationalität des Individuums – wie etwa in der rechtsextremen Einstellung, die auch Auskunft über die Gesellschaft gibt, wenn sie als individuelles Phänomen beschrieben wird. Wie bereits beim Autoritären Charakter mit den Bedingungen, unter denen er ausgebildet wurde, die Gesellschaft analysiert wird, so ist sie auch bei der rechtsextremen Einstellung Gegenstand der Untersuchung (vgl. Kapitel 2.1).

Wenn „Rechtsextremismus“ nicht als isolierter Rand, sondern als extremste Ausbildung eines allgemeinen Phänomens verstanden wird, kann an ihm analysiert werden, was sonst in der Latenz bleibt – in der solchermaßen bezeichneten Abweichung „die Norm“, im Extrem „die Mitte“. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, ein infrage stehendes Problem dort genauer zu betrachten, wo es am deutlichsten zutage tritt. Diese Herangehensweise hat in der Wissenschaft durchaus historische Vorbilder.

So haben sich auch die Autoren der Studien zum Autoritären Charakter (vgl. Kapitel 2.1) bei ihren Analysen eben nicht für ein Randphänomen, sondern für die Bedrohung der Gesellschaft aus ihrer Mitte heraus interessiert. Der Blick richtete sich auf den Rand, um von dort aus die Gesellschaft umso besser in ihrem Wirken verstehen zu können. Der Autoritäre Charakter war eine Typenbildung, die dem Anspruch nach eine „critical typology“ war (Adorno et al. 1950, S. 749): Mit der Beschreibung eines Typus sollte nicht nur ein Stück historischer Wirklichkeit abgebildet, sondern auch die Gesellschaft, die den entsprechenden „Sozialcharakter“ hervorbringt, an ihren Wurzeln kritisiert werden (Adorno 1955, S. 31). Dabei wurde die Abweichung als Erscheinung der Regel beschrieben, in der Abweichung wurde das Funktionieren der Norm einsichtig. Dieses für die verstehende Sozialwissenschaft verbreitete Vorgehen ist zuletzt bei dem französischen Philosophen Michel Foucault anzutreffen, dessen

Interesse sich immer auf die gesellschaftlichen Ränder richtete – Devianz, Krankheit und Kriminalität –, um Erkenntnisse über das Zentrum der Gesellschaft zu gewinnen.

Der Rechtsextremismusbegriff birgt, wie oben ausgeführt, einen Wunsch in sich: Die Mitte soll gegenüber ihren Rändern immunisiert sein. Wird der Rechtsextremismusbegriff im Bewusstsein dieses Wunsches genutzt, dann zeigt sich zum einen die Dringlichkeit, mit der sich die Gesellschaft vor ihren eigenen Auswüchsen imprägnieren muss, und zum anderen, dass das infrage stehende Phänomen sich schlechterdings nicht begrenzen lässt, wie es der Begriff behauptet. Wie im Konzept des Autoritären Charakters kann in der deutlichsten Ausprägung untersucht werden, was als drängendstes Problem der Gesellschaft diese aus ihrem Inneren heraus bedroht. Das Phänomen steht der Gesellschaft scheinbar gegenüber, entspringt aber aus ihrer Mitte. Gerade in der rechtsextremen Einstellung, die mit ihren sozialisatorischen Bedingungen auf die Gesellschaft verweist, die sie hervorbringt, kann man sehr viel erfahren über den Stellenwert von Wohlstand und Ökonomie in einer „Gesellschaft, die sich und ihre Mitglieder am Leben erhält und zugleich mit dem Untergang bedroht“ (Adorno 1969, S. 128). Wie wenig diese Drohung noch Einzelschicksal ist, wie allgemein sie bereits erfahren wird, das zeigt das Schrumpfen der Mittelschicht an. Die empirischen Befunde hierzu sind mit dem Begriff der Prekarisierung aufs Engste verbunden.

2.3 Prekarisierung und Krise

Das an Zahlen sichtbar werdende Schrumpfen der Mittelschicht und die gleichzeitig wachsende Ungleichheit in Deutschland (vgl. Kapitel 4.2.1) verweisen auf Prekarisierungs- und Spaltungsprozesse in der Gesellschaft, die als Gefahr für den sozialen Zusammenhalt bzw. als „neue soziale Frage“ (vgl. Castel 2000; Castel & Dörre 2009) diskutiert werden. Nicht erst die vom Finanzmarkt ausgehende Krise seit 2008 hat zu einer „Krise der Mitte“ geführt. Schon seit einigen Jahren beschäftigt sowohl die Wissen-

schaft als auch die Öffentlichkeit eine „Rückkehr der Unsicherheit“ in der Mitte der Gesellschaft und an ihren Rändern. In der politischen Debatte ist in diesem Zusammenhang von einem „abgehängten Prekariat“ (Neugebauer 2007; Vogel 2009) oder gar von „Überflüssigen“ die Rede (Offe 1994; Bude 1998; Steinert 2000; Bude & Willisich 2006). Studien verdeutlichen, dass auch Menschen in der Mitte der Gesellschaft Abstiegsängste haben (z. B. Böhnke 2006) und wachsende Konflikte zwischen Arm und Reich wahrgenommen werden (z. B. Glatzer et al. 2009). Nicht nur Erwerbslose, die seit Langem vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, sondern auch Menschen in mittleren sozialen Lagen haben das Gefühl, nicht richtig zur Gesellschaft dazuzugehören (z. B. Bude & Lantermann 2006).

Abstiegsängste und Unsicherheit liegen in Entwicklungen der Ökonomie, insbesondere in Veränderungen der Arbeitswelt und des sozialen Sicherheitssystems begründet. Die jüngste und größte Weltwirtschaftskrise seit den 1920er-Jahren hat, so ist stark zu vermuten, jene Verstärkung der Unsicherheit mit sich gebracht, die bereits von Geiger beschrieben (vgl. Kapitel 2.2) und bis in obere soziale Lagen spürbar wurde. Im Folgenden werden in einem ersten Schritt die Begriffe „Prekarität“ und „Prekarisierung“ beleuchtet, um anschließend näher auf die Zusammenhänge zwischen dem Wandel der Arbeitswelt und dem Umbau des Sozialstaats als Ausdruck einer Krise der Arbeitsgesellschaft einzugehen.

Prekarität – Prekarisierung

„Prekär“ bedeutet zunächst „misslich“, „heikel“ oder „unsicher“. Somit lässt sich „das Prekäre“ nur im Verhältnis zu dem, was als „sicher“ oder Norm verstanden wird, fassen. Entsprechend kann Prekarität verstanden werden „als eine relationale Kategorie, deren Aussagekraft von der Definition gesellschaftlicher Normalitätsstandards abhängt“ (Dörre 2010, S. 45). Ab den 1990er-Jahren wurde der Begriff für die zunehmend „unsicher“ werdenden Arbeitsverhältnisse verwendet (Vogel 2009, S. 79), inzwischen hat er in verschiedenen Wortschöpfungen wie Prekariat oder auch Prekarisierung eine große Ausbreitung erfahren (ebd.). Unsichere,

das heißt prekäre Beschäftigung wird häufig definiert durch ihre Abweichung von einer Vollzeitarbeitstelle, dem sogenannten Normalarbeitsverhältnis. Beispiele für prekäre Beschäftigung wären also Leiharbeit oder Teilzeitbeschäftigung. Nach der Definition von Ulrich Brinkmann et al. ist ein Erwerbsverhältnis dann prekär, „wenn die Beschäftigten aufgrund ihrer Tätigkeit deutlich unter ein Einkommens-, Schutz- und soziales Integrationsniveau sinken, das in der Gegenwartsgesellschaft als Standard definiert wird“ (Brinkmann et al. 2006, S. 17). Entscheidend für prekäre Beschäftigungsformen ist neben der eher vertraglich induzierten materiellen Unsicherheit vor allem auch die subjektive Ebene: „Und prekär ist Erwerbsarbeit auch, sofern sie subjektiv mit Sinnverlusten, Anerkennungsdefiziten in einem Maß verbunden ist, das gesellschaftliche Standards deutlich zuungunsten der Beschäftigten korrigiert“ (ebd.). Für prekäre Beschäftigungsverhältnisse ist allen voran die „Gemengelage von objektiver Unsicherheit und subjektiver Verunsicherung“ (Nadai 2009, S. 56) charakteristisch. Diese Verwobenheit spiegelt sich beispielsweise in der Unterscheidung zweier „Typen“ der Prekarität von dem bekannten französischen Sozialwissenschaftler Serge Paugam wider: Während die „Prekarität der Beschäftigung“ sich auf ein unsicheres Beschäftigungsverhältnis bezieht – so beispielsweise auf die Situation einer permanent drohenden Kündigung –, bezeichnet Paugam als eine „Prekarität der Arbeit“ die persönliche Einschätzung des Arbeitnehmers oder der Arbeitnehmerin, dass seine bzw. ihre Arbeit wenig nützlich, im Vergleich zu anderen schlecht bezahlt und wenig anerkannt sei (Paugam 2008, S. 225). An dieser Stelle ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass sich solche Betrachtungen von Prekarität an Lohnarbeit orientieren und Nichterwerbsarbeit wie Haus- und Familienarbeit außen vor gelassen werden (für eine Kritik aus der Geschlechterperspektive siehe z. B. Aulenbacher 2009).

Wenngleich prekäre Lebenslagen oder Prekarität zum Teil als Arbeitslosigkeit übersetzt werden, ist Prekarität nicht gleichzusetzen mit vollständiger Ausgrenzung am Arbeitsmarkt oder Armut (Dörre 2010, S. 45). Prekarität kennzeichnet vielmehr „eine gesellschaftliche Tendenz zur Verallgemeinerung sozialer Unsicherheit, deren Ursprung vornehmlich

im ökonomischen und im Erwerbssystem der Gesellschaft zu verorten ist“ (ebd., S. 40). Um der Prozesshaftigkeit Ausdruck zu verleihen, spricht man auch von Prekarisierung. Diese Prekarisierungsprozesse sind nicht nur auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen begrenzt, zum Beispiel auf jene, die am Rand des Arbeitsmarkts stehen. Sie durchziehen im Gegenteil die gesamte Gesellschaft und gehen nach dem Soziologen Robert Castel, der in seiner Auseinandersetzung mit der Geschichte der Lohnarbeit die Diskussion zur „Rückkehr der Unsicherheit“ maßgeblich geprägt hat, gerade von dem Wandel der Lohnarbeit in der Mitte der Gesellschaft aus (Castel 2000, u. a. S. 385) und wirken auch auf diese zurück. In Anlehnung an Pierre Bourdieu weist Klaus Dörre darauf hin, dass Prekarisierung nicht nur Desintegrationspotenziale birgt, sondern auch gesamtgesellschaftlich diszipliniert, insofern Menschen zum Beispiel eher Konzessionen in einer bzw. für eine Erwerbsbeschäftigung hinnehmen und Erwerbsarbeit mehr und mehr als Privileg erscheint (Dörre 2008, S. 250). Prekarisierung produziert prekäre soziale Lagen, die von Unsicherheit in der Erwerbsarbeit, somit auch von biografischer Unsicherheit, sowie geringen materiellen und symbolischen Ressourcen geprägt sind. Castel siedelt derartige Lebenslagen in der gesellschaftlichen „Zone der Verwundbarkeit“ an: Hier bewegen sich Menschen, die noch im Arbeitsmarkt integriert sind, aber im nächsten Monat entlassen werden könnten, oder auch Personen, die zwischen staatlicher Fürsorge und Erwerbsarbeit wandeln bzw. einen Mix aus beidem haben. Man denke zum Beispiel an die sogenannten Aufstocker/innen, also Personen, die von dem Lohn aus ihrer Erwerbsarbeit nicht alleine leben können. Im Jahr 2009 waren ca. 1,37 Mio. Leistungsbezieher/innen erwerbstätig (Bundesagentur für Arbeit 2009). Weitere Kennzahlen können für die Ausdehnung prekärer, verwundbarer Lebenslagen in der Gesellschaft angeführt werden: Laut Statistischem Bundesamt ist die Zahl der Teilzeitbeschäftigten von 3,142 Mio. im Jahr 1993 auf ca. 5 Mio. im Jahr 2008 angewachsen (Bundesamt 2009, S. 90). Für die Zeit- bzw. Leiharbeit, die stückweise in ihrer zeitlichen Begrenzung aufgehoben wurde und mittlerweile auf Lebenszeit möglich ist, wird der Anstieg besonders eklatant sichtbar: Arbeiteten laut Bundesagentur für Arbeit 1976 ca. 17 000 Perso-

nen als Leiharbeiter/innen, waren es 1993 121 400 und im Jahr 2000 knapp 340 000. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts erfolgte ein rasanter Anstieg, sodass im Jahr 2009 bereits 609 720 Leiharbeiter/innen gezählt wurden. Während prekäre Beschäftigung sich in den letzten zwei Jahrzehnten ausbreitete, steht Deutschland im europäischen Vergleich hinsichtlich der Reallohnentwicklung für den Zeitraum 2000 bis 2008 hingegen als Schlusslicht da. Die Reallohnentwicklung ging in diesem Zeitraum um 0,8 Prozent zurück (Hans-Böckler-Stiftung 2008).

Um die „verwundbaren“ sozialen Lagen von Personen zu beschreiben, die dauerhaft keinen Fuß mehr auf den Arbeitsmarkt bekommen, sozial wenig eingebettet sind bzw. bei denen nur noch eine lose gesellschaftliche Bindung besteht, greift man häufig auf den zuspitzenden Begriff der Exklusion zurück. Auch Castel spricht von einer „Zone der Entkopplung“ oder auch von Exklusion, um extreme Verwundbarkeit und soziale Distanz zur Mitte zu kennzeichnen. Das Konzept der Exklusion, das heißt des Ausschlusses, das gewissermaßen ein Extrem von Prekarität markiert, erfuhr zeitlich einen ähnlichen Aufschwung wie der Begriff „prekär“ bzw. „Prekarität“. Zunächst wurde der Ausdruck „Exklusion“ von der Politik auf europäischer Ebene verwendet, dann erfuhr er – vor allem aufgrund seiner ihm anhaftenden Drastik – rasch Aufmerksamkeit und Verbreitung in der Öffentlichkeit und in der Forschung. Das Exklusionskonzept wird auf verschiedene Sachverhalte angewandt. In der Armutsforschung meint es zum Beispiel die Akkumulation von Nachteilen und die Überschreitung von Schwellenwerten bezüglich gesellschaftlicher Teilhabe (Bude 2008, S. 9). Auch der Exklusionsforscher Martin Kronauer betont neben dem Erwerbsstatus die Wichtigkeit der Partizipation an materiellem Wohlstand als auch an sozialen Beziehungen und politischen wie sozialen Bürgerrechten (Kronauer 2006). Mit Blick auf die Globalisierung versuchen Wissenschaftler wie Zygmunt Bauman mit dem Exklusionskonzept zu erfassen, dass Menschen in der weltweiten Arbeitsteilung vom kapitalistischen Verwertungsprozess ausgeschlossen sind und zu „Überflüssigen“ werden – er beschreibt dies plastisch mit dem Bild des „Mülls“: „Für überflüssig erklärt zu werden bedeutet, weggeworfen zu werden, weil

man ein Wegwerfartikel ist – wie eine leere Einwegflasche oder wie eine Einmalspritze, eine unattraktive Ware, für die sich kein Käufer findet [...]. ‚Überflüssigkeit‘ bewegt sich im gleichen semantischen Umfeld wie ‚Ausschussware‘, ‚fehlerhaftes Exemplar‘, ‚Müll‘ – wie *Abfall*. Die *Arbeitslosen* – die ‚industrielle Reservearmee‘ sollten noch ins aktive Erwerbsleben zurückgeholt werden. Der Bestimmungsort von Abfall ist die Abfallecke im Hinterhof, die Müllhalde“ (Hervorh. i. Original, Bauman 2005, S. 21).

Wie am letzten Beispiel zu sehen ist, kann die Erfassung von Exklusion ins Pejorative ableiten und arbeitet zum Teil mit starken Unterstellungen. In Beschreibungen des Überflüssigen von Heinz Bude und Andreas Willisch (Bude & Willisch 2008, S. 20 f.) wird beispielsweise ein Verlauf des „Überflüssigwerdens“ gezeichnet, an dem nach den Phasen der Verunsicherung, Rebellion und Anpassung am Ende dann – ähnlich wie bei der klassischen Studie zu den Arbeitslosen von Marienthal (Jahoda, Lazarsfeld & Zeisel 1933) – der resignative und passive Rückzug steht. Zu monieren wäre an dem Konzept auch (für eine Diskussion des Exklusionsbegriffs siehe z. B. Ludwig-Mayerhofer 2009), dass es im Unterschied zur Prekarisierung mit seiner binären Logik des Ein- und Ausschlusses verlockend eindeutig erscheint. Die binäre Perspektive erweist sich aber gerade als Trugschluss, denn sie verdeckt, dass es „niemanden außerhalb der Gesellschaft, sondern nur eine Gesamtheit von Positionen, deren Beziehungen zum Zentrum mehr oder weniger straff gespannt sind“, gibt (Castel 2000, S. 385). So vernachlässigt der Begriff zum einen den psychischen Mechanismus, der Ausgeschlossene demselben projektiven Mechanismus von Aggressionen unterstellt wie „Fremde“, und zum anderen verschleiert er den gesellschaftlich drohenden Zugriff bzw. „Einschluss“ eher, als dass er ihn offenlegt (Türcke 1996).

Verfechter/innen des Exklusionskonzepts wie Kronauer (Kronauer 2002) betonen aber vor allem eine Gleichzeitigkeit des Drinnen und Draußen, die bereits der Soziologe und Philosoph Georg Simmel zu Beginn des 20. Jahrhunderts eindrucksvoll in seinen Arbeiten zu dem „Armen“ oder

auch dem „Fremden“ in der Gesellschaft analysierte. So schreibt Simmel über die „Doppelheit der Position“: „Ich verglich den Armen [...] mit dem Fremden, der gleichfalls der Gruppe *gegenüber* steht – allein dieses Gegenüber bedeutet eine ganz bestimmte Beziehung, die ihn als ein Element in das Gruppenleben hineinzieht. So steht der Arme freilich *außerhalb* der Gruppe, indem er ein bloßes Objekt für Vornahmen der Gesamtheit mit ihm ist, aber dieses Außerhalb ist – kurz ausgedrückt – nur eine besondere Form des Innerhalb“ (Hervorh. i. Original; Simmel 1908, S. 546).

Sobald das Exklusionskonzept die Gleichzeitigkeit von Drinnen und Draußen und auch Prozesse des Ausschlusses mitberücksichtigt, scheint dessen Verwendung weniger problematisch. Allerdings bleibt fraglich, ob zum Beispiel die Bezeichnung „Ausgeschlossene“ Raum für die vielfältigen prekären sozialen Lagen und insbesondere den subjektiven Deutungen dieser Menschen lässt. Scheinen Personen vielleicht in Bezug auf „objektive“ Teilhabebereiche wie Erwerbsarbeit und Wohlstand als „exkludiert“, betrachten sich die Betroffenen selbst nicht unweigerlich als „Ausgeschlossene“. Im Vergleich zum Begriff „Exklusion“ hat der Ausdruck „prekär“ den Vorteil, dass er nicht eine binäre Logik suggeriert. Er verweist zudem auf die Mitte als Ausgangspunkt der Prekarisierung und ist nicht auf bestimmte gesellschaftliche Randgruppen wie Langzeitarbeitslose reduziert (Lehnert 2009, S. 111).

Abschließend wollen wir festhalten, dass Prekarisierungsprozesse eine allgemeine Ausbreitung von Unsicherheit in der Gesellschaft abbilden, die die Mitte und ihre Ränder nicht erst seit der jüngsten Weltwirtschaftskrise, sondern seit geraumer Zeit erfasst hat. Die sozialen Lagen sind unsicherer geworden, was mit dem Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft zusammenhängt. Die Arbeitswelt lässt sich nicht klar nach innen und außen abgrenzen (Lehnert 2009; Vogel 2009, S. 204), das heißt, die „Unterscheidung, Arbeit zu haben oder arbeitslos zu sein“ (Bude 1998, S. 367) ist fließend geworden. Die „Rückkehr der Unsicherheit“ hängt nicht nur mit dem Wandel der Ökonomie und des Arbeitsmarkts zusam-

men, sondern ist auch untrennbar mit den Veränderungen des sozialen Sicherungssystems verknüpft. Im folgenden Abschnitt sollen die Prekarisierungsprozesse vor dem Hintergrund des Umbaus bzw. Abbaus der sozialen Sicherung als Krise in der Mitte und (in) der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft diskutiert werden.

Die Arbeitsgesellschaft in der Krise

Seit den 1980er-Jahren und einer fortwährend hohen Arbeitslosigkeit ist das System sozialer Sicherung unter Finanzierungsdruck geraten. Infolgedessen wird gerade heute als Auswirkung der Weltwirtschaftskrise ein andauernder „Reformdruck“ und Sparzwang konstatiert. Eine Agenda zur Modernisierung des Sozialstaats mit der Forderung einer erhöhten Eigenverantwortung entstand bereits 1982, noch unter der sozialliberalen Koalition. Diese „Agenda 1990“ oder auch „Lahnstein“-Agenda, enthielt vieles, was erst später kommen sollte (Abelshauer 2004, S. 441). Nicht wie zu vermuten unter Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), sondern vor allem unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD) wurde die Liberalisierung der sozialen Sicherheit und des Arbeitsmarkts beschleunigt. Stellvertretend steht hierfür das Programm der „Agenda 2010“, das in seinen Leitlinien seit 2000 eine Fortsetzung auf europäischer Ebene im Lissabon-Prozess der EU zur Vereinheitlichung der sozialen Sicherungssysteme findet. Dass die angestrebte Vereinheitlichung vor allem diese Sicherungssysteme für die Wertschöpfung zugänglich machen soll, macht weitreichende Veränderungen im Alltag in den nächsten Jahren hoch wahrscheinlich. Der Wechsel zur aktivierenden Sozialpolitik wurde bereits vollzogen und die Individualisierung sozialer Sicherheit vorangetrieben. In dem aktivierenden Sozialstaatsregime wird stärker auf die Verantwortung der Bürger/innen gesetzt, zum Beispiel auf die Eigenvorsorge in Gesundheit oder die private Rentenabsicherung. Die Politik sieht sich hingegen in der Rolle des „enabling state“, des ermöglichenden Staats, der den Individuen diese Übernahme von Eigenverantwortung – durch Bereitstellung von Ressourcen, aber auch durch Druck – möglich machen soll. Im Zuge der sogenannten Hartz-Reformen zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurden solche grundlegenden Veränderungen einge-

leitet, die eingelebte soziale Zuordnungen neu definieren und die Unsicherheit in der Mitte und am Rand der Gesellschaft verstärkt haben. Sozial heterogene Akteure mit verschiedenen (erwerbs-)biografischen Verläufen geraten nun alle – sofern sie erwerbsfähig sind, jedoch kein Arbeitsverhältnis haben – nach gewisser Zeit in eine gemeinsame Kategorie, in ein „Hartz-IV-Sammelbecken“. Sie sind im Falle sozialstaatlicher Unterstützung verschärften Legitimationszwängen, insbesondere einer stärkeren Integrationsverpflichtung durch Ausweitung oder Aufnahme von Erwerbsarbeit oder Teilnahme an Maßnahmen wie Ein-Euro-Jobs ausgesetzt (Land & Willisich 2006, S. 81), dabei sind die Zumutbarkeitskriterien stark herabgesetzt worden. Eine Haltung, die Arbeitswilligkeit bezeugt, wird sozial gefordert und kontrolliert (Behrend 2008, S. 21; Nadai 2006). Wie stark damit die Gesellschaft in ihrem Fundament infrage gestellt ist, wird bereits in Ansätzen deutlich (Decker, Weissmann & Rothe 2009). Damit hat sich im aktivierenden Regime des Forderns und Förderns das Verhältnis zwischen Staat bzw. Gesellschaft einerseits und Hilfeempfänger/innen andererseits grundlegend geändert (Urban 2004; Lessenich 2006b). Im Kern geht es um die „Frage der moralischen Berechtigung auf Unterstützungsleistungen“ (Lødemel & Trickey 2002, S. XIII). Diese Veränderung manifestiert sich auch in verbreiteten gesellschaftlichen Zuschreibungen charakterlicher Mängel von Nichterwerbstätigen wie zum Beispiel Faulheit, die Verantwortung von Arbeitslosigkeit subjektivieren und moralisieren (Lessenich 2006a; Decker, Weißmann & Rothe 2009).

Trotz einer anhaltend strukturellen Arbeitslosigkeit und der Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse hält die Politik am traditionellen Konzept der Arbeitsgesellschaft fest: Bezahlte Arbeit, das heißt Erwerbsarbeit, bleibt weiterhin die zentrale Vergesellschaftungsinstanz und wesentliche Quelle der Anerkennung. Allerdings steht existenzsichernde Erwerbsarbeit nicht für alle erwerbsfähigen Menschen zur Verfügung, sodass viele in das Dilemma geraten, der gesellschaftlichen Norm gar nicht entsprechen zu können. Die Politik versucht dieser Tatsache mit der Verstärkung der Arbeitsgelegenheiten durch „Zusatzjobs“ (Ein-Euro-

Jobs) oder Bürgerarbeit entgegenzuwirken und so „zusätzliche Arbeit“ für Arbeitslose zu schaffen. Allerdings entfernen sich diese Art Jobs noch weiter vom „Normalarbeitsverhältnis“¹⁵, da ein regulärer Arbeitsvertrag fehlt und kein Lohn, sondern nur eine Aufwandsentschädigung bezahlt wird.

Gerade die Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse bei einer gleichzeitigen Verschärfung des gesellschaftlichen Drucks zur Erwerbsarbeit bedeuten eine Forcierung der Arbeitsgesellschaft (Weißmann, Bergelt & Krüger 2010). In dieser forcierten Arbeitsgesellschaft wird es für Menschen in der Mitte sowie am Rand der Gesellschaft immer schwieriger, alternative und über die Erwerbsarbeit hinausgehende Lebensziele wie Familie, Ehrenamt oder persönliche Selbstverwirklichung nach eigenen Vorstellungen zu verfolgen, insbesondere aufgrund der geringen gesellschaftlichen Anerkennung jenseits von bezahlter Tätigkeit (vgl. ebd.). Diese Entwicklungen sorgen dafür, dass ein prekäres gesamtgesellschaftliches Klima und gesellschaftlich prekäre Lagen bestehen bleiben bzw. sich weiter ausdehnen. Die Stabilität von Demokratien hängt zu einem nicht geringen Teil davon ab, in welchem Umfang sie ihre Legitimität nicht ausschließlich aus dem Wohlstand bzw. der Verfügungsmöglichkeiten über Waren beziehen.

15 Das „Normalarbeitsverhältnis“ (Mückenberger 1985) steht für das Idealbild eines bestimmten Beschäftigungsverhältnisses, das in den europäischen Industriegesellschaften entstanden ist. Es bezeichnet Lohnarbeit, die mit unbefristeten sowie vollzeitigen Arbeitsverträgen verbunden ist. Außerdem ist dieses Arbeitsverhältnis in ein enges Netz von tariflichen und rechtlichen Normen eingebettet. Diese Normalitätsvorstellungen orientieren sich am männlichen Familiennährermodell sowie einer Normalbiografie, die durch den Ablauf einer Ausbildungszeit, einer Phase der Aktivität ohne lange Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit und einer anschließenden Ruhephase charakterisiert ist.

3. Die Mitte in der Krise

In diesem Kapitel werden zu Beginn Methodik und Stichprobe unserer repräsentativen Datenerhebung 2010 beschrieben (Sample-Points, soziodemografische Merkmale etc.). Auch der eingesetzte Fragebogen wird vollständig dargestellt (Rechtsextremismusfragen und Antwortmöglichkeiten). Dann werden die aktuellen Ergebnisse zur Verbreitung rechtsextremer Einstellung vorgestellt, indem die Zustimmung nach verschiedenen Einstellungsdimensionen und soziodemografischen Merkmalen differenziert wird (Ost-/Westdeutschland, Bildung, Geschlecht, Erwerbsstatus, Alter, Partei-, Gewerkschafts- und Kirchenzugehörigkeit). Es folgt ein Vergleich der Ergebnisse von 2010 mit den Daten, die wir in den Jahren 2002, 2004, 2006 und 2008 erhoben haben, um Erkenntnisse über die rechtsextreme Einstellung im Zeitverlauf zu gewinnen. Dabei wird nach Einstellungsdimensionen sowie nach Ost- und Westdeutschland unterschieden. Bei der Auswertung liegt der Fokus auf den Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise auf die rechtsextreme Einstellung.

Beschreibung der Methodik und der Stichprobe

Die Erhebung, die den folgenden Ergebnissen und Berechnungen zugrunde liegt, wurde im Auftrag der Universität Leipzig durch das Meinungsforschungsinstitut USUMA (Berlin) 2010 durchgeführt. Dafür wurde zunächst eine Aufteilung der besiedelten Fläche der Bundesrepublik Deutschland in Stichprobenflächen (sog. Sample-Points) vorgenommen. Sichergestellt wurde eine überschneidungsfreie räumliche Definition der Stichproben-Points und eine Zuordnung der Menge der Haushalte und Einwohner/innen zu jedem Sample-Point mit der Anforderung, möglichst homogene, zumindest aber möglichst mengenmäßig gleichgroße

Sample-Points zu erreichen. Je Sample-Point sollten räumlich eng zusammenhängende Gebiete erfasst werden. Für dieses Vorgehen stehen die Stichproben der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Meinungsforschungsinstitute (ADM) zur Verfügung. Das Ziehungsverfahren ist dreistufig und lässt sich so beschreiben:

In der *ersten Stufe* (Sample-Point-Auswahl) wird eine Fläche ausgewählt. Dies erfolgt im Rahmen einer Stichprobenziehung. USUMA arbeitet bei der Face-to-Face durchgeführten Bus-Befragung mit deutschlandweit 258 Sample-Points, sodass je Point etwa zehn Interviews realisiert werden.

In der *zweiten Stufe* (Random-Route-Verfahren zur Haushaltsauswahl) wird innerhalb dieser Fläche auf Basis einer Begehung vor Ort eine Startadresse und eine Schrittweite für die Zufallsauswahl der Haushalte vorgegeben. Der/die Interviewer/in muss dazu alle Klingelschilder bis zu einer bestimmten Anzahl (in unserem Fall 14 bzw. um soviel mehr, wie qualitätsneutrale Ausfälle festgestellt werden) nach festgelegten Regeln auflisten. Diese aufgelisteten Haushalte sind dann für die Befragung ausgewählt.

In der *dritten Stufe* (Personenauswahl) muss der/die Interviewer/in dann in dem ausgewählten Haushalt alle Personen, die der Grundgesamtheit der Stichprobe entsprechen, ermitteln und nochmals per vorgegebenem Zufallsverfahren eine Zielperson auswählen, mit der die Befragung durchzuführen ist.

In den Studien wurde eine repräsentative ADM-Stichprobe mit insgesamt 258 Sample-Points eingesetzt. Davon lagen jeweils 210 Points in den alten Bundesländern und 48 Points in den neuen Bundesländern. Die Zielhaushalte wurden mittels Random-Route-Verfahren mit Startadressenvorgabe zufällig ausgewählt. Dazu erhielt der/die Interviewer/in im Point eine konkrete Straße und eine dazugehörige Starthausnummer vorgegeben. Dort beginnend wurde jeder dritte Haushalt ermittelt und in eine Adressenliste eingetragen. Anschließend wurden die ermittelten Haushalte mit dem Ziel kontaktiert, ein Interview zu führen.

Soziodemografische Beschreibung der Stichprobe (nur deutsche Staatsangehörige) Tabelle 3.1.1

	Gesamtgruppe (N = 2.411)		Westdeutsche (N = 1.907)		Ostdeutsche (N = 504)	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Repräsentativhebung 2010						
Alter (in Jahren)						
Mittelwert	51,0		49,9		55,2	
Standardabweichungen	18,6		18,8		17,3	
Spanne	14–90		14–90		14–89	
Altersgruppen						
bis 24 Jahre	227	9,4	204	10,7	23	4,6
25–34 Jahre	296	12,3	235	12,3	61	12,1
35–44 Jahre	392	16,3	331	17,4	61	12,1
45–54 Jahre	435	18,0	358	18,8	77	15,3
55–64 Jahre	378	15,7	285	14,9	93	18,5
65–74 Jahre	417	17,3	288	15,1	129	25,6
ab 75 Jahre	266	11,0	206	10,8	60	11,9
Geschlecht						
männlich	1113	46,2	861	45,2	252	50,0
weiblich	1298	53,8	1046	54,8	252	50,0
Familienstand						
verheiratet/zusammenlebend	1263	52,4	987	51,8	276	54,8
verheiratet/getrennt lebend	20	0,8	16	0,8	4	0,8
ledig	563	23,4	460	24,1	103	20,4
geschieden	231	9,6	178	9,3	53	10,5
verwitwet	334	13,9	266	14,0	68	13,5
Partnerschaft						
ja (leben mit Partner/in)	1448	60,1	1115	58,5	333	66,1
nein (leben ohne Partner/in)	963	39,9	792	41,5	171	33,9

Bildungsabschluss	ohne Abschluss	35	1,5	30	1,6	5	1,0
	Hauptschule/8. Klasse	1053	43,7	884	46,4	169	33,5
	mittlere Reife/Realschule	645	26,8	592	31,0	53	10,5
	POS 10. Klasse	194	8,1	35	1,8	159	31,6
	Fachschule	67	2,8	37	1,9	30	6,0
	Abitur/o. abgeschl. Studium	176	7,3	153	8,0	23	4,6
	abgeschl. Hochschul-/FH-Studium	165	6,8	1,4	5,4	61	12,1
	Schüler/in einer allg. Schule	76	3,2	72	3,8	4	0,8
Berufstätigkeit	Vollzeit mit > 35 h/Woche	909	37,7	750	39,3	159	31,6
	Teilzeit mit 15–35 h/Woche	197	8,2	171	9,0	26	5,2
	Teilzeit mit < 15 h/Woche	44	1,8	37	1,9	7	1,4
	Wehr-/Zivildienst oder Mutterschutz/Erziehungsurlaub	10	0,4	9	0,5	1	0,2
	arbeitslos/O-Kurzarbeit	143	5,9	88	4,6	55	10,9
	Rentner/in bzw. im Vorruhestand	784	32,5	546	28,6	238	47,2
	nicht berufstätig	171	7,1	166	8,7	5	1,0
	in Berufsausbildung	25	1,0	23	1,2	2	0,4
	in Schulausbildung	128	5,3	117	6,1	11	2,2
Hauseinkommen	weniger als 750 Euro/Monat	77	3,3	40	2,2	37	7,7
	750 bis < 1250 Euro/Monat	392	16,8	300	16,2	92	19,3
	1250 bis < 2000 Euro/Monat	763	32,8	550	29,7	213	44,6
	mehr als 2000 Euro/Monat	1096	47,1	960	51,9	136	28,5
Kirchenzugehörigkeit	nein	550	22,9	225	11,8	325	65,1
	ja	1851	77,1	1677	88,2	174	34,9

Im Feld wurden erfahrene und geschulte Interviewer/innen eingesetzt, die für dieses Projekt eine schriftliche Intervieweranweisung erhielten. Darin wurden neben den Angaben zur Startadresse (Postleitzahl, Ort und Straßename) Hinweise zur Vorgehensweise bei der Befragung und konkrete Erläuterungen zu besonders zu beachtenden Fragebogeninhalten gegeben. Während des Interviews wurde den Befragten ein strukturierter Fragebogen zum Selbstauffüllen übergeben. Zur Wahrung der Anonymität ihrer Angaben hatten die Befragten die Möglichkeit, den ausgefüllten Fragebogen in einem verschlossenen Umschlag an den/die Interviewer/in zurückzugeben. Diese Umschläge wurden erst im Institut geöffnet.

Die Feldphase gliederte sich in eine Haupt- und in eine Nachfasswelle zwischen dem 26. und 30. April 2010. In der Hauptwelle wurden alle Points der Stichprobe eingesetzt. Es konnte eine Ausschöpfungsquote von 56 % erreicht werden. Als Ausfälle gewertet wurden die Weigerung des Haushalts (12,8 %) und die Weigerung der Zielperson zur Auskunft (15,6 %), trotz dreimaliger Besuche des Haushalts niemanden angetroffen zu haben (11,1 %), sowie etwaige Krankheiten, Urlaub oder Abwesenheit der Zielperson.

3.1 Verbreitung rechtsextremer Einstellung

Der eingesetzte Fragebogen zum Rechtsextremismus ist im Folgenden vollständig dargestellt (vgl. Tabelle 3.1.2). Dabei sind Zustimmung, „teils/teils-Antworten“ und Ablehnung jeweils in Prozent nach der verwendeten Fünfer-Skala abzulesen. Wie auch in den vorangegangenen Studien sind nicht nur die teilweise hohen Zustimmungswerte zu den einzelnen Fragen beachtenswert, sondern auch der große Anteil an „teils/teils-Antworten“. Wir vermuten hinter diesen Antworten zumindest teilweise eine versteckte Zustimmung zu den vorgelegten Aussagen, die nicht geäußert wird, weil den Proband/innen die soziale Unerwünschtheit bewusst ist. In der auf der Studie „Vom Rand zur Mitte“ (Decker, Brähler & Geißler 2006) aufbauenden Gruppendiskussionsuntersuchung „Ein Blick in die Mitte“ konnten wir diese Vermutung bestätigen: Tatsächlich

Prozentwerte der Rechtsextremismusfragen

Tabelle 3.1.2

Rechtsextremismus	lehne völlig ab %	lehne über- wiegend ab %	stimme teils zu, teils nicht zu %	stimme über- wiegend zu %	stimme voll und ganz zu %
01 Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.	53	20,3	18	6,8	2
02 Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.	51	20,5	17,8	8,4	2,3
03 Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.	35,3	20	21	16,3	7,3
04 Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	51,9	18,9	15,9	9,5	3,7
05 Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	42,3	20,9	21,6	12,2	3
06 Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	17,3	17	31,4	20,5	13,8
07 Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	33,9	24	24,9	12,5	4,7
08 Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	16	13,9	32,5	25,7	11,9
09 Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.	41,4	22,5	22,7	10	3,3
10 Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	21,4	18,5	28,4	16,8	14,9



Rechtsextremismus		lehne völlig ab %	lehne über- wiegend ab %	stimme teils zu, teils nicht zu %	stimme über- wiegend zu %	stimme voll und ganz zu %
11	Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.	53,2	22,8	16,8	5,3	2
12	Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	21,9	16,2	31,3	21,6	9
13	Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	41	22,4	21,8	10,6	4,2
14	Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.	24,9	18,4	29,9	20	6,8
15	Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	58,4	14,1	16,8	7,2	3,6
16	Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	21	16	27,4	21,9	13,7
17	Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	40,2	20,9	24	10,7	4,2
18	Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	45,7	21,5	22,5	7,1	3,2

äußerten Teilnehmende, die im Fragebogen ablehnende oder „teils/teils-Antworten“ gegeben hatten, insbesondere ausländerfeindliche Positionen (Decker et al. 2008). Gerade unter Gesichtspunkten der politischen Aufklärungsarbeit sollte dies immer mitbedacht werden.

Bei der Interpretation der Tabelle 3.1.2 ist die Aufmerksamkeit nicht nur auf die Zustimmungswerte, sondern auch auf die „teils/teils-Antworten“ zu richten. Die Zustimmungswerte werden in den folgenden Grafiken noch einmal ausführlich thematisiert. Bemerkenswert sind hier allerdings schon die großen Gruppen der Unentschiedenen. Entlang der Forschungsergebnisse unserer Studie von 2008 (Decker et al. 2008) müssen diese „teils/teils-Antworten“ als ein Antwortverhalten im Sinne der sozialen Erwünschtheit interpretiert werden. Ein nicht näher zu beziffernder, aber auch ein kaum zu überschätzender Anteil dieser Antworten muss als verdeckte Zustimmung gewertet werden. Da diese Ergebnisse im Folgenden nicht in die Interpretation eingehen, wollen wir an dieser Stelle beispielhaft auf jene 15,9 % hinweisen, die sich nicht sicher sind, ob ein „Führer“ nicht doch das Beste wäre, oder auf jenes Viertel der Bevölkerung, das nicht genau sagen kann oder will, ob Juden „nicht so recht zu uns passen“.

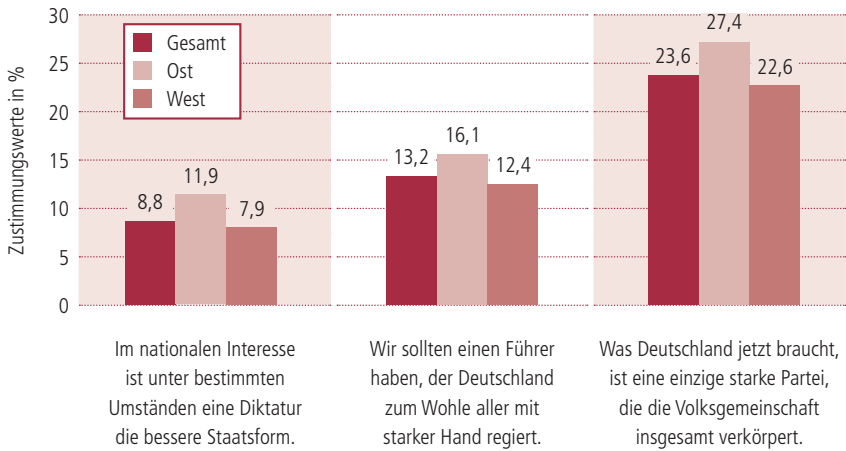
Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen in den Dimensionen

Die Aussagen rechtsextremen Inhalts, die den Proband/innen im Fragebogen vorgelegt wurden, werden nun den Dimensionen rechtsextremer Einstellung zugeordnet (vgl. Kapitel 2). Hierfür werden die beiden Antwortoptionen, mit denen die Befragten den Aussagen zustimmen konnten („stimme überwiegend zu“ und „stimme voll und ganz zu“), zusammengefasst.

Die antidemokratische Einstellung ist in Deutschland nicht gering ausgeprägt. Die höchsten Zustimmungen erfährt die Befürwortung einer Diktatur mit einer völkischen Begründung. Die Fiktion eines Volkes als Schicksalsgemeinschaft mit einem gemeinsamen Interesse, das von einer Partei verfolgt wird, findet Zustimmung bei gut einem Viertel der Deutschen. Einen Führer wünscht sich immerhin noch mehr als jeder zehnte Deutsche.

Zustimmung zu den Aussagen der Dimension „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur“ (in Prozent)

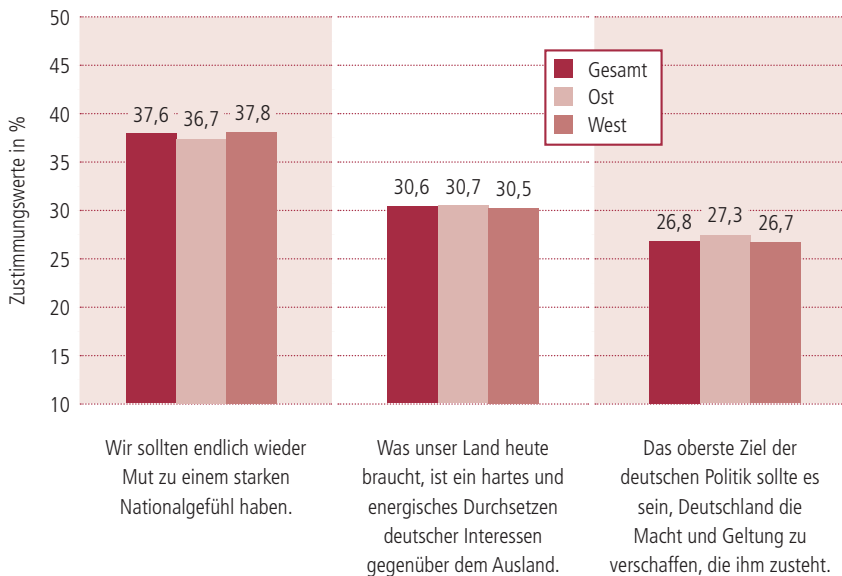
Grafik 3.1.1



Der Chauvinismus als eine Form übersteigerten Nationalgefühls mit gleichzeitiger Fremdadwertung ist in weiten Teilen der Bevölkerung zustimmungsfähig. Das starke Nationalgefühl wird dabei am häufigsten gewünscht. Die Vorstellung eines gemeinsamen Interesses aller Deutschen, die bereits bei der Befürwortung einer Diktatur mit völkischer Begründung zum Tragen kam, dient auch zur Begründung eines harten Auftretens gegenüber „dem Ausland“. Auch die von den Deutschen mit der geringsten Zustimmung versehene Forderung nach „Macht“ und „Geltung“ befürwortet immerhin noch mehr als ein Viertel der Bevölkerung.

Zustimmung zu den Aussagen der Dimension „Chauvinismus“ (in Prozent)

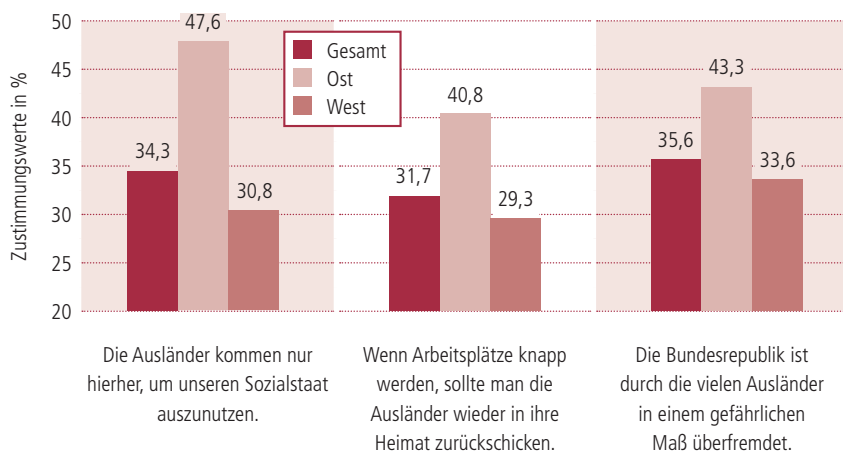
Grafik 3.1.2



Die Eigengruppenaufwertung als Deutsche findet ihre Entsprechung in der Abwertung der Fremdgruppen. In der Dimension „Ausländerfeindlichkeit“ finden wir konsequenterweise durchgängig hohe Zustimmungswerte. Hier sticht die extrem starke Befürwortung in Ostdeutschland ins Auge. Gut die Hälfte der ostdeutschen Befragten äußert die Ansicht, dass die „Ausländer“ den Sozialstaat ausnutzen und nur deshalb nach Deutschland kommen. Insgesamt bewegt sich die Zustimmung damit im Osten zwischen 40% und 50%, während sie im Westen nur geringfügig schwächer ausgeprägt ist und zwischen 30% und 34% liegt.

Zustimmung zu den Aussagen der Dimension „Ausländerfeindlichkeit“ (in Prozent)

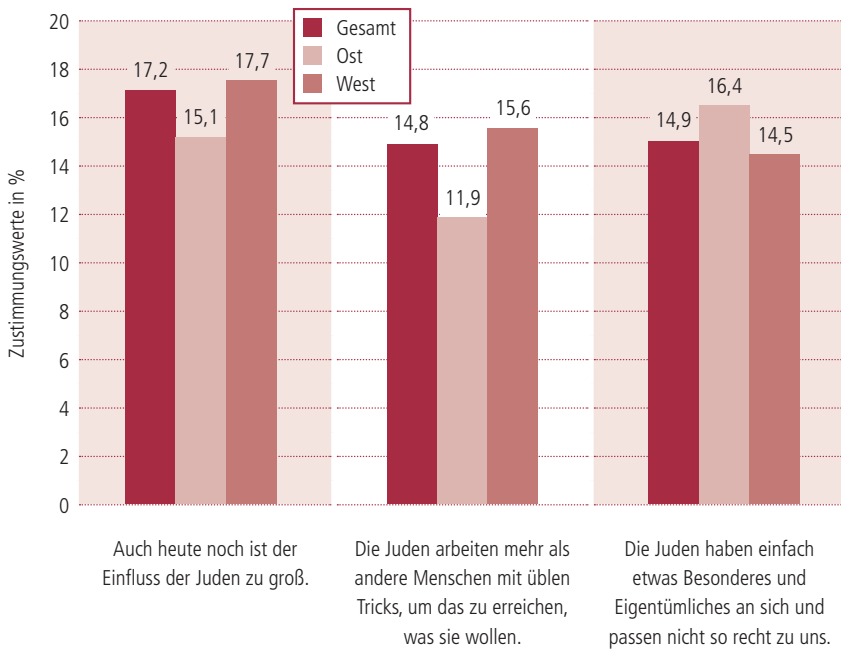
Grafik 3.1.3



Diese Fremdgruppenabwertung reicht in den Antisemitismus hinein, auch wenn dieser nicht dieselbe manifeste Zustimmung findet wie die Ausländerfeindlichkeit. Wir werden uns später noch mit der Frage des Antisemitismus in der sogenannten Kommunikationslatenz beschäftigen (vgl. Kapitel 4.3). Zunächst einmal fällt auf, dass mehr als jede/r zehnte Deutsche keine Scheu hat, antisemitischen Vorurteilen zuzustimmen. Das gilt auch für Ostdeutschland, wo bis vor einigen Jahren der Antisemitismus deutlich geringer ausgeprägt war und nun sogar mehr Befragte als in Westdeutschland Juden als fremd und „nicht zu uns passend“ ansehen.

Zustimmung zu den Aussagen der Dimension „Antisemitismus“ (in Prozent)

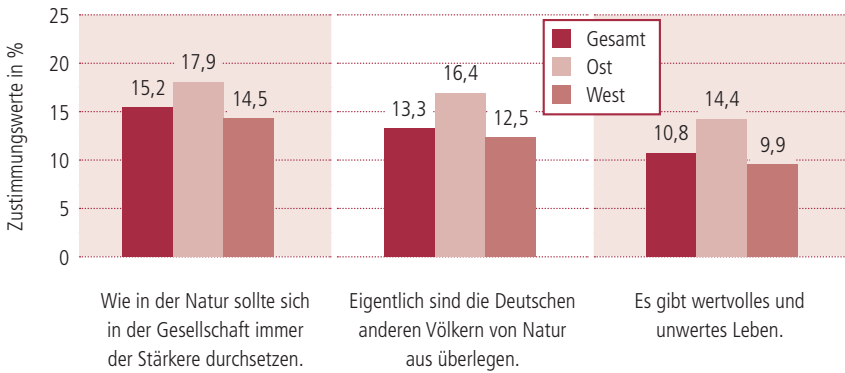
Grafik 3.1.4



Auch Aussagen sozialdarwinistischen Inhalts werden von mehr als jedem bzw. jeder zehnten Deutschen befürwortet. Die mit dem völkischen Denken aufs Engste verbundene Vorstellung eines wertvollen bzw. unwerten Lebens findet die geringste Zustimmung, bleibt aber im Zeitverlauf konstant auf diesem Niveau.

Zustimmung zu den Aussagen der Dimension „Sozialdarwinismus“ (in Prozent)

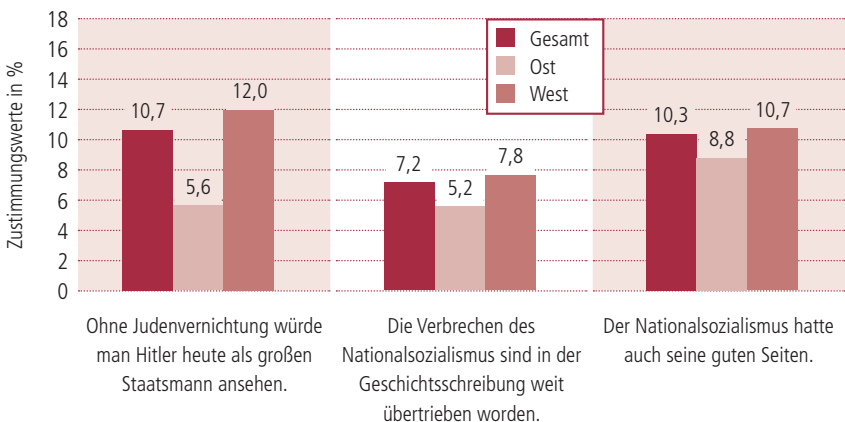
Grafik 3.1.5



In den Aussagen der bisher vorgestellten Dimensionen sind jeweils Veratzstücke der nationalsozialistischen Ideologie in die Formulierung der Items aufgenommen worden. Während diese teilweise sehr hohe Zustimmung erhielten, finden Statements, die Nazideutschland ausdrücklich relativieren, die geringste Zustimmung. Trotzdem können wir auch hier, vor allem im Westen, mehr als nur einen Bodensatz an Befragten finden, die sich ihnen anschließen.

Zustimmung zu den Aussagen der Dimension „Verharmlosung Nationalsozialismus“ (in Prozent)

Grafik 3.1.6



Rechtsextreme Einstellung und Soziodemografie

Nun werden die Zustimmungswerte nach soziodemografischen Merkmalen – also in Abhängigkeit des Wohnorts, Bildungsniveaus, Geschlechts, der Erwerbssituation und des Alters – aufgeschlüsselt (vgl. Tabellen 3.1.3 bis 3.1.10). Zwar schwanken die Werte zwischen den Bevölkerungsgruppen, doch wie auch schon in anderen Studien – zum Beispiel über Gewerkschaftsmitglieder (Stöss et al. 2005) – festgestellt wurde, ist keine gesellschaftliche Gruppe für die rechtsextreme Einstellung „immun“. In den Tabellen wurden die Zustimmungswerte zu den jeweils drei Fragen der Skalen zu einem Wert zusammengefasst. Angegeben ist in Prozent der Anteil der Befragten, der den jeweiligen drei Aussagen im Durchschnitt zustimmt. Mit dieser Zusammenfassung kann erreicht werden, dass die Zuverlässigkeit der Messung erhöht wird, da in diese Befunde nur noch diejenigen Befragten eingehen, die durchschnittlich allen drei Aussagen je Dimension zugestimmt haben.

Unterschiede zwischen Ost und West werden in der Literatur immer wieder dargestellt, doch konnten wir mit der Studie „Bewegung in der Mitte“ und dem darin durchgeführten Bundesländervergleich aufzeigen, dass die Unterschiede zwischen Ost und West kleiner sind als innerhalb der jeweiligen Gruppe und genauso Stadtstaaten und Flächenstaaten unterschieden werden können (Decker & Brähler 2008). Dennoch ist die höhere Zustimmung Ostdeutscher zu Ausländerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus und Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur signifikant. Die Zustimmungswerte zum Chauvinismus unterscheiden sich auf hohem Niveau nur um 0,2 Prozentpunkte zuungunsten der Ostdeutschen. Auf der anderen Seite stimmen Westdeutsche eher antisemitischen und den Nationalsozialismus verharmlosenden Aussagen zu.

Rechtsextreme Einstellungen in West- und Ostdeutschland, 2010

(in Prozent)

Tabelle 3.1.3

	Gesamt (N=2.411)	West (N= 1.907)	Ost (N= 504)
Befürwortung Diktatur	5,1	4,6	6,8
Chauvinismus	19,3	19,6	19,8
Ausländerfeindlichkeit**	24,7	21,9	35
Antisemitismus	9,7	9	7,7
Sozialdarwinismus**	4	3,4	6,2
Verharmlosung Nationalsozialismus*	3,3	3,7	1,8

Signifikante Unterschiede, Chi-Quadrat nach Pearson¹⁶, ** < ,01; * < ,05.

Der Einfluss von Bildung auf die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen ist ebenfalls aus der Forschung bekannt (Noack 2001; Rippl 2002). Diesen Befund bestätigt die vorliegende Studie ein weiteres Mal. Durchgängig sind die Zustimmungswerte der Proband/innen ohne Abitur zu den einzelnen Dimensionen beinahe doppelt so hoch wie bei der Gruppe mit mindestens Abitur (vgl. Tabelle 3.1.4).

Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit von der Bildung

(in Prozent)

Tabelle 3.1.4

	Abitur (N= 341)	kein Abitur (N= 2.070)
Befürwortung Diktatur*	2,4	5,5
Chauvinismus**	11,8	20,5
Ausländerfeindlichkeit**	13,9	26,4
Antisemitismus*	5,3	9,2
Sozialdarwinismus	3,2	4,1
Verharmlosung Nationalsozialismus*	1,2	3,6

Signifikante Unterschiede, Chi-Quadrat nach Pearson, ** < ,01; * < ,05.

16 Zur Erläuterung der teststatistischen Begriffe vgl. Glossar im Anhang.

Wie die Bildungseffekte sind auch die Geschlechtereffekte erwartungskonform ausgefallen (vgl. Tabelle 3.1.5). Zwar sind die Unterschiede bei Weitem nicht so deutlich, prinzipiell stimmen Männer aber dennoch signifikant öfter rechtsextremen Aussagen zu als Frauen.

Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit vom Geschlecht

(in Prozent)

Tabelle 3.1.5

	Männer (N = 1.113)	Frauen (N = 1.298)
Befürwortung Diktatur	5,6	4,6
Chauvinismus*	21,4	17,5
Ausländerfeindlichkeit	25,6	23,9
Antisemitismus	9,6	7,9
Sozialdarwinismus	4,2	3,7
Verharmlosung Nationalsozialismus	3,8	2,9

Signifikante Unterschiede, Chi-Quadrat nach Pearson, ** < ,01; * < ,05.

Auch der Erwerbsstatus hat einen deutlich sichtbaren Einfluss auf die Zustimmungswerte zu den verschiedenen Dimensionen der rechtsextremen Einstellung (vgl. Tabelle 3.1.6). Das Bild ist hier aber unübersichtlich. Zunächst ist festzustellen, dass Arbeitslose besonders häufig ausländerfeindlichen und chauvinistischen Aussagen zustimmen und eher eine Diktatur befürworten. Diese Beobachtungen haben unter anderem zur Desintegrations- bzw. Deprivationsthese als Auslöser oder Nährboden einer rechtsextremen Einstellung geführt. Zu diesem Thema werden in dieser Studie noch nähere Daten vorgestellt (vgl. Kapitel 4.2.2). Proband/innen im Ruhestand stechen vor allem beim Antisemitismus negativ hervor, zudem weisen sie generell hohe Zustimmungswerte auf. Dies könnte aber auf das höhere Alter zurückzuführen sein – wie auch die relativ niedrigeren Werte von Auszubildenden bzw. Wehr- oder Zivildienstleistenden auf das niedrigere Alter in dieser Gruppe.

Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit vom Erwerbsstatus

(in Prozent)

Tabelle 3.1.6

	Ausbildung/ Wehrdienst (N = 163)	Erwerbstätige (N = 1.150)	Arbeitslose (N = 143)	Hausfrau/ Hausmann (N = 171)	Ruhestand (N = 784)
Befürwortung Diktatur	3,1	5	7	3,5	5,6
Chauvinismus [*]	16,8	17	23,9	17,7	22,6
Ausländerfeindlichkeit ^{**}	18	21	28	25,2	30,7
Antisemitismus ^{**}	8,1	7,1	2,1	7,1	12,7
Sozialdarwinismus	1,9	4,9	2,1	3,5	3,5
Verharmlosung Nationalsozialismus	2,5	2,7	2,8	4,7	4,1

Signifikante Unterschiede, Chi-Quadrat nach Pearson, ** < ,01; * < ,05.

Differenziert wurde auch nach verschiedenen Altersgruppen (vgl. Tabelle 2.1.7). Proband/innen über 60 Jahre haben nur beim Sozialdarwinismus einen niedrigeren Zustimmungswert. Ansonsten sind die Werte zum Teil deutlich höher als bei den anderen Altersgruppen, etwa um die Hälfte bei der Ausländerfeindlichkeit, der Verharmlosung des Nationalsozialismus und dem Antisemitismus. Bei den übrigen beiden Dimensionen ist der Unterschied geringer, aber dennoch signifikant.

Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit vom Alter

(in Prozent)

Tabelle 3.1.7

	14–30 Jahre (N=413)	31–60 Jahre (N=1.185)	älter als 60 Jahre (N=813)
Befürwortung Diktatur	4,1	4,9	5,8
Chauvinismus [*]	19,9	16,6	22,8
Ausländerfeindlichkeit ^{**}	21,1	21,3	31,3
Antisemitismus ^{**}	4,9	7,1	12,9
Sozialdarwinismus	4,1	4,2	3,6
Verharmlosung Nationalsozialismus	2,4	2,9	4,3

Signifikante Unterschiede, Chi-Quadrat nach Pearson, ** < ,01; * < ,05.

In der Forschung wird zumeist zwischen Handlungs- und Einstellungsebene unterschieden (vgl. dazu u. a. Kapitel 1). Das Wahlverhalten wird dabei der Handlungsebene zugerechnet. Das durch unsere Studie abgefragte Wahlverhalten wird hier als handlungsbezogene Komponente bewertet. Wir haben die Proband/innen nach der Partei gefragt, die sie wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre („Sonntagsfrage“). Dabei ist zu bedenken, dass eine hohe Prozentzahl Rechtsextremer in einem Bundesland nicht unbedingt zur Wahl rechtsextremer Parteien führen muss – wenngleich das natürlich durchaus der Fall sein kann. Man vergleiche dazu exemplarisch die Länder Bayern und Mecklenburg-Vorpommern. Deshalb ist gerade im Ost-/West-Vergleich interessant, welche Parteien von Proband/innen mit rechtsextremer Einstellung bevorzugt werden (vgl. Tabellen 3.1.8a, 3.1.8b).

Anteil von Personen mit rechtsextremen Einstellungspotenzial unter den Parteianhänger/innen in Westdeutschland (in Prozent)

Tabelle 3.1.8 a

West	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	Rechtsextreme Parteien	Nichtwähler/innen
	N = 564	N = 571	N = 117	N = 158	N = 70	N = 18	N = 212
Befürwortung Diktatur	5	3,3	5,1	3,2	4,3	33,3	4,8
Chauvinismus	19,8	19,8	17,1	12,7	15,7	66,7	20,6
Ausländerfeindlichkeit	23,5	24,2	16,2	12,7	20	66,7	23,8
Antisemitismus	11,7	8,1	3,4	1,9	2,9	50	11
Sozialdarwinismus	3	3,2	3,4	3,8	1,4	27,8	4,3
Verharmlosung Nationalsozialismus	4,4	2,1	1	1	2,9	33,3	9,1

Hervorzuheben ist insbesondere die große Integrationskraft der sogenannten Volksparteien für rechtsextreme Einstellungen. Darüber hinaus zieht die Partei „Die Linke“ – von ihrem Selbstverständnis her – überr-

schend viele Personen mit ausländerfeindlicher Einstellung an und auch die als eher „liberal“ geltenden Grünen und die FDP sind keineswegs frei von rechtsextremen Anhänger/innen. Weniger überraschend ist die hohe Quote der Rechtsextremen unter den Wähler/innen der rechtsextremen Parteien in Ost und West. Diese können aber scheinbar bei Weitem nicht das gesamte rechtsextreme Potenzial abschöpfen.

Anteil von Personen mit rechtsextremen Einstellungspotenzial unter den Parteianhänger/innen in Ostdeutschland (in Prozent)

Tabelle 3.1.8 b

Ost	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	Rechtsextreme Parteien	Nichtwähler/innen
	N = 147	N = 88	N = 22	N = 25	N = 86	N = 10	N = 99
Befürwortung Diktatur	9,5	6,9	4,6	8	2,3	10	6,1
Chauvinismus	18,4	23	4,6	16	14	60	22,2
Ausländerfeindlichkeit	37,4	33,3	36,4	16	25,6	70	39,4
Antisemitismus	9,7	7	4,6	4	3,6	30	7,1
Sozialdarwinismus	9,5	5,8	4,6	–	2,3	10	5,1
Verharmlosung Nationalsozialismus	–	–	–	–	2,3	50	1

– = fehlende Werte

Es fällt auf, dass der Anteil derjenigen, die angeben, eine rechtsextreme Partei wählen zu wollen, sehr gering ist. Dies kann eine Erklärung in der sozialen Erwünschtheit finden, also darin, dass die Befragten die soziale Akzeptanz rechtsextremer Parteien niedrig einschätzen und sich deswegen auch nicht offen zu ihnen bekennen. Zwar greift diese Veränderung des Antwortverhaltens im Sinne der sozialen Erwünschtheit auch bei den Aussagen des Rechtsextremismusfragebogens – allerdings, die hohen Zustimmungswerte beachtend, nicht im selben Maße wie das Bekenntnis

zu rechtsextremen Parteien. Das deutet noch einmal daraufhin, dass die im Fragebogen formulierten Aussagen von einem großen Teil der Bevölkerung zum Common Sense gerechnet werden und man sich durchaus zu ihnen bekennen kann.

Bei der Frage des rechtsextremen Einstellungspotenzials bei Parteianhänger/innen wurde auf eine Berechnung der Signifikanzunterschiede aus zwei Gründen verzichtet: zum einen aufgrund der leeren Felder in der Dimension der Verharmlosung des Nationalsozialismus (vgl. Tabelle 3.1.8b), zum anderen lässt die relativ geringe Stichprobengröße in Ostdeutschland eine Verteilung auf diese Anzahl an Dimensionen eigentlich nicht zu, sodass die Befunde mit ausgesprochener Vorsicht wahrgenommen werden müssen.

Unter Gewerkschaftsmitgliedern ist eine rechtsextreme Einstellung in etwa im gleichen Maße vorzufinden wie in der Gesamtgesellschaft. Die den einzelnen Dimensionen vorliegenden Abweichungen sind zwar aussagekräftig, wie etwa die deutlich höhere Zustimmung zum Chauvinismus, aber nicht signifikant.

Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit von der Gewerkschaftszugehörigkeit (in Prozent)

Tabelle 3.1.9

	Mitglieder (N = 303)	Nicht-Mitglieder (N = 2.022)
Befürwortung Diktatur	4,6	5,2
Chauvinismus	22,2	18,9
Ausländerfeindlichkeit	26,8	24,1
Antisemitismus	8,6	8,6
Sozialdarwinismus	4,6	3,9
Verharmlosung Nationalsozialismus*	1,7	3,6

Signifikante Unterschiede, Chi-Quadrat nach Pearson, ** < ,01; * < ,05.

Befragt man die Angehörigen zweier großer gesellschaftlicher Institutionen, die gemeinhin eher mit versöhnlicher bzw. solidarischer Haltung assoziiert werden, dann wird man damit nicht nur die Spiegelthese des Politologen Richard Stöss bestätigt finden. Mit diesem Begriff erklärt er den häufigen Befund, dass sowohl Gewerkschafts- als auch Kirchenmitglieder keinesfalls eine geringere rechtsextreme Einstellung als Nichtgewerkschaftsmitglieder bzw. Nichtkirchenmitglieder zeigen. Wir haben sogar festgestellt, dass es bei manchen Dimensionen zu einer höheren Ausprägung kommt. Auch wenn sich die Zustimmungswerte bei Gewerkschafter/innen nicht teststatistisch unterscheiden, zeigt sich doch eine größere Zustimmung zu ausländerfeindlichen und chauvinistischen Aussagen. Nur neigen Gewerkschaftsmitglieder deutlich weniger dazu, den Nationalsozialismus zu verharmlosen, als Deutsche, die nicht in der Gewerkschaft sind.

Für Kirchenmitglieder kann die Spiegelthese nicht aufrechterhalten werden. Im Gegenteil: In allen sechs Dimensionen weisen Konfessionslose geringere Werte auf als Anhänger/innen der beiden großen Amtskirchen (evangelisch-lutherisch und römisch-katholisch) (vgl. Tabelle 3.1.10). Katholik/innen zeigen sich dabei antisemitischer und sozialdarwinistischer, während Protestant/innen eher chauvinistischen und ausländerfeindlichen Aussagen zuneigen.

Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit von der Kirchengliederung (in Prozent)

Tabelle 3.1.10

	evangelisch (N = 968)	katholisch (N = 823)	keine Religion (N = 550)
Befürwortung Diktatur**	5	6,2	3,8
Chauvinismus*	21,1	19,8	16,1
Ausländerfeindlichkeit**	25,8	24,8	22,9
Antisemitismus**	7,7	11,3	6,4
Sozialdarwinismus**	3,9	4,3	3,5
Verharmlosung Nationalsozialismus	3	4,3	2,4

Signifikante Unterschiede, Chi-Quadrat nach Pearson, ** < ,01; * < ,05.

Fazit

Die hier vorgestellten Befunde sind rein beschreibend. Sie illustrieren, dass die rechtsextreme Einstellung in allen gesellschaftlichen Gruppen, in allen Alterstufen, unabhängig vom Erwerbsstatus und Bildungsgrad und bei beiden Geschlechtern in hohem Maße zu finden ist. Diese Beschreibung – auch wenn sie auf teststatistisch bedeutsamen Ergebnissen beruht – ist jedoch keine Ursachenbeschreibung, darauf sei in aller Deutlichkeit hingewiesen. Im Anschluss an die Ergebnisdarstellung im Zeitverlauf soll der Versuch unternommen werden, einige Aspekte des Einflusses zu klären und eine Analyse der Befunde auf die Wirkfaktoren durchzuführen.

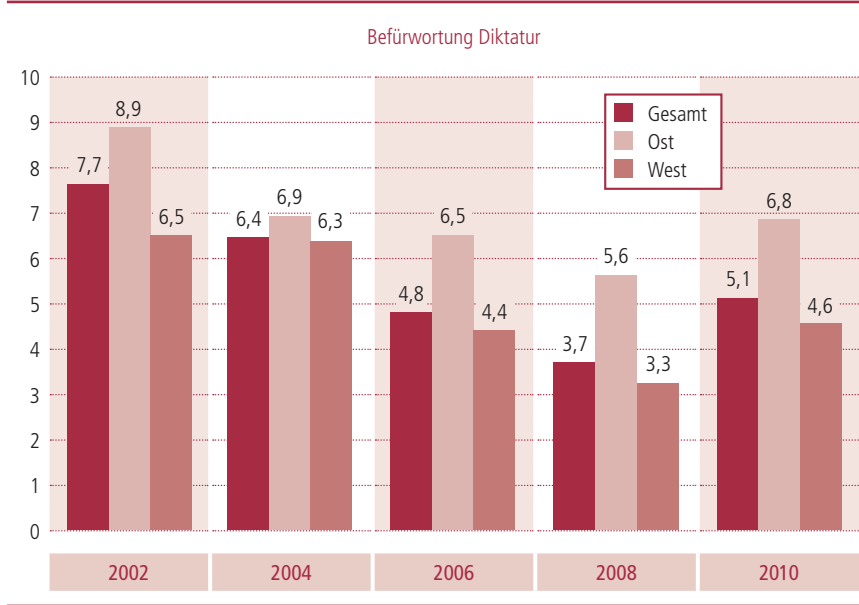
3.2 Rechtsextreme Einstellung im Zeitverlauf

Im Folgenden vergleichen wir die bisher vorgestellten Ergebnisse von 2010 mit den Daten, die wir in den Jahren 2002, 2004, 2006 und 2008 erhoben haben. Die Ergebnisse werden hierfür nach Dimensionen und unterteilt nach Ost- und Westdeutschland dargestellt.

Zunächst wird die Entwicklung der Zustimmungswerte für die Dimension „Befürwortung einer Diktatur“ dargestellt (vgl. Grafik 3.2.1). Bis 2008 konnten wir in Gesamtdeutschland einen Abwärtstrend beobachten, dann ist die Zustimmung von 2008 zu 2010 wieder signifikant von 3,7% auf 5,1% angestiegen. Der Ost-West-Unterschied ist dabei mit über zwei Prozentpunkten in etwa gleich geblieben.

Befürwortung einer Diktatur – Entwicklung im Zeitverlauf (in Prozent)

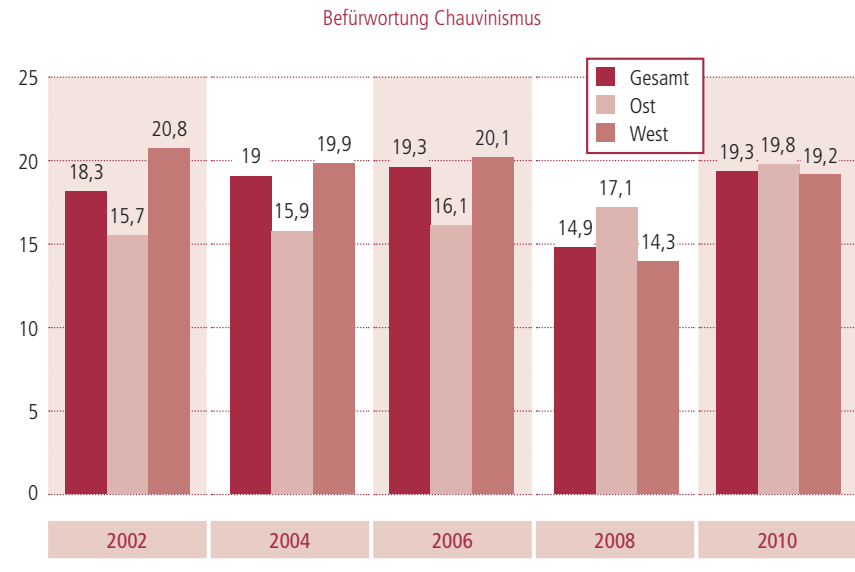
Grafik 3.2.1



Die Zustimmungswerte zum Chauvinismus haben sich zwischen Ost (19,8 %) und West (19,2%) dagegen angeglichen und sind beinahe gleich hoch (vgl. Grafik 3.2.2). In Gesamtdeutschland ist der Wert seit 2008 allerdings signifikant angestiegen. Nachdem er in jenem Jahr im Zeitverlauf einmalig niedrig bei 14,9% lag, beträgt er 2010 über vier Prozentpunkte mehr.

Chauvinismus – Entwicklung im Zeitverlauf (in Prozent)

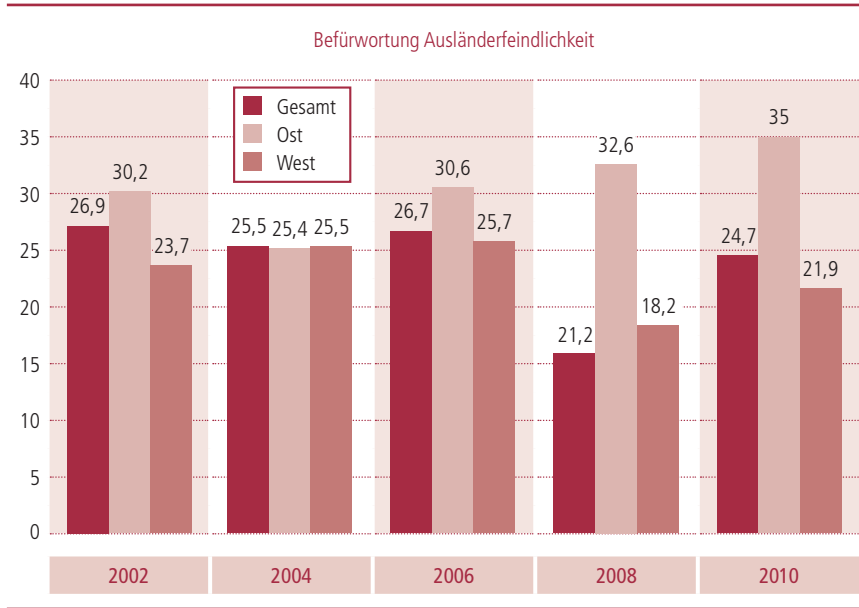
Grafik 3.2.2



Auch die Ausländerfeindlichkeit hat sich in Gesamtdeutschland von 2008 zu 2010 – ebenfalls signifikant – nach oben entwickelt (von 21,2% zu 24,7%) und ist damit wieder fast so hoch wie in den älteren Studien. Der Ost-West-Unterschied von deutlich über zehn Prozentpunkten ist dabei im Vergleich zu 2008 in etwa gleich geblieben, da sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland die Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen gestiegen ist. Bemerkenswert ist aber der sich abzeichnende Aufwärtstrend in Ostdeutschland, dem Auf- und Abwärtsbewegungen in Westdeutschland gegenüberstehen.

Ausländerfeindlichkeit – Entwicklung im Zeitverlauf (in Prozent)

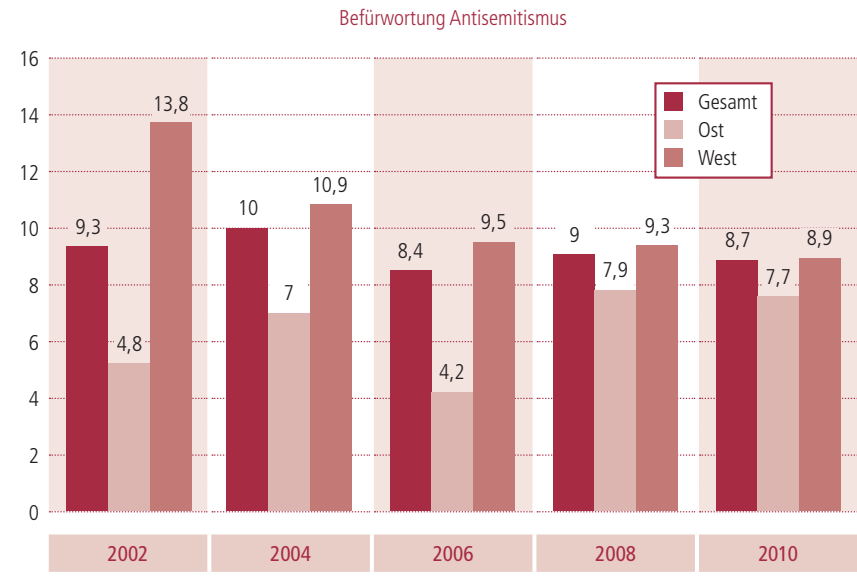
Grafik 3.2.3



Ein anderes Bild zeigt sich beim Antisemitismus (vgl. Grafik 3.2.4). In Gesamtdeutschland ist zwischen 2008 und 2010 ein nur leichter Rückgang von 9% auf 8,7% festzustellen, der allerdings statistisch nicht signifikant ist. Insgesamt pendelt der Wert seit 2002 zwischen mindestens 8,4% und höchstens 10%. Auch der Ost-West-Unterschied ist beinahe gleich geblieben, wobei er – relativ zu den früheren Studien von 2002 bis 2006 – geringer ist. Hier haben sich Ost und West, sollte der Trend anhalten, sichtbar angeglichen.

Antisemitismus – Entwicklung im Zeitverlauf (in Prozent)

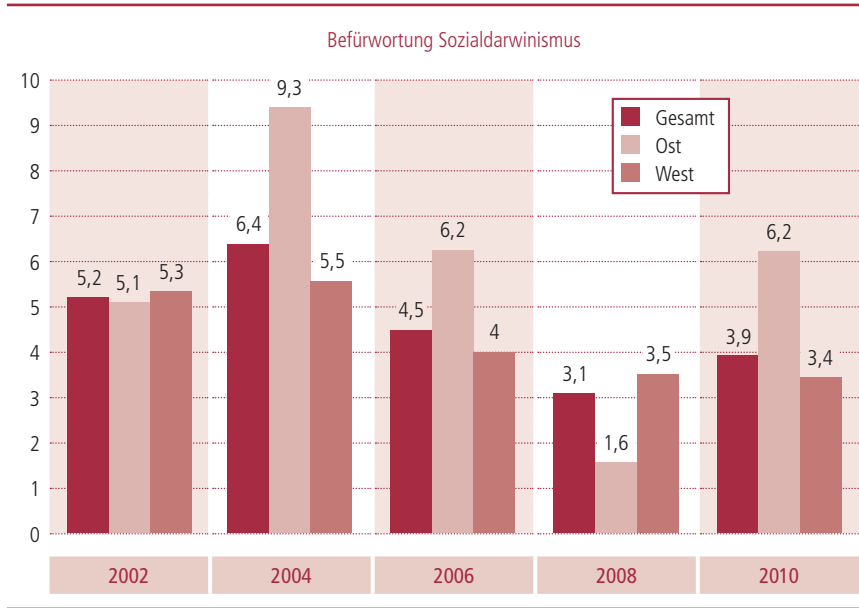
Grafik 3.2.4



Bei der Zustimmung zum Sozialdarwinismus ist der Anstieg von 2008 zu 2010 ebenfalls nicht signifikant (vgl. Grafik 3.2.5). Der starke Rückgang der Zustimmung von Ostdeutschen, den wir zwischen 2006 (6,2%) und 2008 (1,6%) beobachten konnten, hat sich allerdings aufgehoben, und der Wert liegt wieder bei 6,2%.

Sozialdarwinismus – Entwicklung im Zeitverlauf (in Prozent)

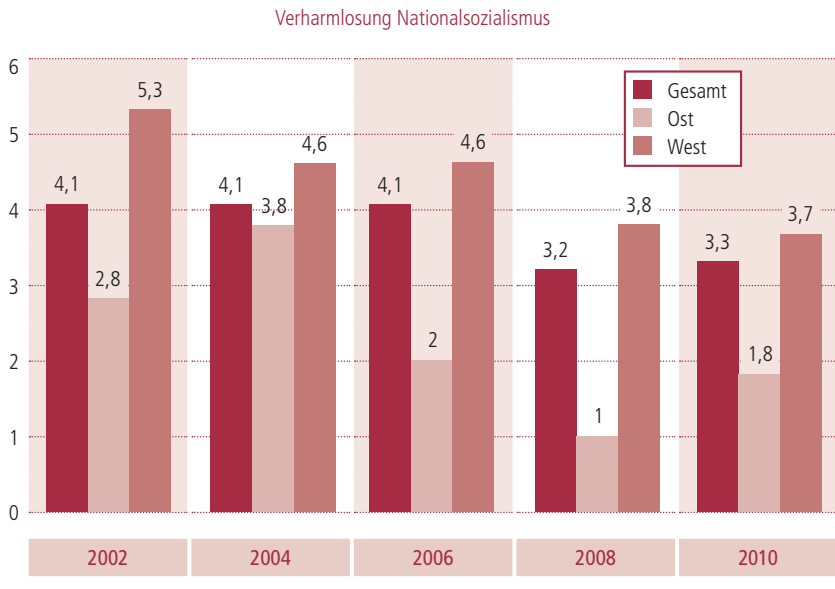
Grafik 3.2.5



Bei der Dimension „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ zeigen sich im Zeitverlauf nur geringe Veränderungen (vgl. Grafik 3.2.6). Die Zustimmungswerte haben sich hier zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland etwas angeglichen, bleiben in Westdeutschland aber etwa doppelt so hoch. Der Anstieg von 2008 zu 2010 auf jetzt 3,3 % Zustimmung in Gesamtdeutschland ist ebenfalls nicht signifikant, der Wert ist – relativ zu 2002 bis 2006 – knapp einen Prozentpunkt niedriger.

Verharmlosung des Nationalsozialismus – Entwicklung im Zeitverlauf (in Prozent)

Grafik 3.2.6



Die wieder zunehmende Zustimmung zu diktatorischen, chauvinistischen und ausländerfeindlichen Aussagen im Jahr 2010 kann als erste Reaktion auf die wirtschaftliche Krise verstanden werden. Verharmlosung des Nationalsozialismus und auch Sozialdarwinismus spielen in diesem Zusammenhang offensichtlich eine geringere Rolle. Die gleich bleibenden Werte bei der antisemitischen Einstellung wirken zunächst beruhigend, da ein Aspekt des Gerüchts über die Juden vor allen Dingen die wahnhaft verzerrte Wahrnehmung ihres wirtschaftlichen Einflusses ist. Wenn in Zeiten immer deutlich werdender wirtschaftlicher Krisenentwicklung der Antisemitismus nicht zuzunehmen scheint, kann das zunächst beruhigen.

Geschlossenes Rechtsextrem Weltbild von 2002-2010

(in Prozent)

Tabelle 3.1.11

Geschlossenes rechtsextremes Weltbild	2002	2004	2006	2008	2010
Gesamt	9,7	9,8	8,6	7,6	8,2
Ost	8,1	8,3	6,6	7,9	10,5
West	11,3	10,1	9,1	7,5	7,6

Geschlossenes rechtsextremes Weltbild Antworten im Fragebogen > 63

Wie bereits bei den Dimensionen fällt die stetige Abnahme des Anteils in der Bevölkerung auf, die sich auf allen Dimensionen des Rechtsextremismus-Fragebogens zustimmend äußern. Und wie in den Dimensionen, so dreht sich auch hier der Trend 2010 um. Deutlich wird, dass die Zunahme im Wesentlichen in Ostdeutschland begründet liegt, wo das geschlossene rechtsextreme Weltbild 2010 bei über 10% der Bevölkerung anzutreffen ist. In Westdeutschland kann hinsichtlich des geschlossenen rechtsextremen Weltbilds von einer Stagnation nach jahrelangem Rückgang gesprochen werden. Bundesweit bewegt sich der Anteil damit konstant – mal mehr, mal weniger deutlich ausgeprägt – nahe an der 10%-Marke.

4. Politik und Leben in Deutschland 2010

In diesem Kapitel liegt ein Schwerpunkt auf der Frage, welche sozio-ökonomischen Faktoren die rechtsextreme Einstellung beeinflussen. Dazu gehört, wie die Einzelnen ihre eigene wirtschaftliche Lage und die allgemeine ökonomische Lage Deutschlands einschätzen. Zudem werden die aktuellen Daten zur subjektiven politischen, wirtschaftlichen und sozialen Deprivation dargestellt. Erhoben wurden Faktoren wie Lebenszufriedenheit, Arbeitslosigkeit und Sorge um den Arbeitsplatz sowie Zustimmung zur Demokratie. Dann folgt eine genauere Betrachtung des Zusammenhangs von Ökonomie und rechtsextremer Einstellung. Zunächst wird der Zusammenhang zwischen Einkommen und rechtsextremer Einstellung analysiert, dann werden weitere sozioökonomische Merkmale (Geschlecht, Bildung, Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit, Alter etc.) als Einflussfaktoren auf die rechtsextreme Einstellung untersucht. Schließlich wird der Frage nachgegangen, inwiefern andere politische Einstellungen (Antiamerikanismus, Globalisierung, Antikapitalismus, Islamfeindlichkeit) mit rechtsextremer Einstellung zusammenhängen.

4.1 Deprivation, Lebenszufriedenheit, Arbeitslosigkeit und Demokratie

Politische und soziale Deprivation

Als Deprivation wird in der Literatur die Verlusterfahrung von etwas Vertrautem benannt. Es wird ein Zusammenhang zwischen bestimmten drohenden oder realen Deprivationserfahrungen und Rechtsextremismus angenommen. Zur Analyse der sozialen, politischen und ökonomi-

schen Deprivation wurden in dieser Erhebung wie schon 2006 Fragen von Rippl und Baier verwendet (Rippl & Baier 2005).

Die politische Deprivation wurde anhand der Aussagen „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ und „Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren“ erfasst. Die Befragten konnten vierstufig antworten (von „trifft überhaupt nicht zu“ über „trifft eher nicht zu“ bzw. „trifft eher zu“ bis „trifft völlig zu“).

Die soziale Deprivation wurde mittels der Aussagen „In meiner unmittelbaren Umgebung gibt es nicht genügend Menschen, die mich so nehmen, wie ich bin“ und „In meiner unmittelbaren Umgebung fühle ich mich nicht wohl und sicher“ erhoben. Auch hier waren die Antworten vierstufig skaliert (von „trifft überhaupt nicht zu“ bis „trifft völlig zu“).

**Soziale und politische Deprivation –
im Zeitvergleich 2006 und 2010 (in Prozent)**

Tabelle 4.1.1

	Gesamt		West		Ost	
	2006	2010	2006	2010	2006	2010
Zustimmung						
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	94,4	94	93,9	93,9	96,5	94,4
Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.	90,6	90,4	89,9	89,7	93,5	93,2
In meiner unmittelbaren Umgebung gibt es nicht genügend Menschen, die mich so nehmen, wie ich bin.	56,1	54,8	56,3	54,1	55,6	57,6
In meiner unmittelbaren Umgebung fühle ich mich nicht wohl und sicher.	38,9	39,1	38,7	38,2	39,9	42,6

Die soziale Deprivation weist weiterhin sehr hohe Werte auf. Der Anteil derjenigen, die den Eindruck haben, von den Menschen in ihrer Umgebung so genommen zu werden, wie sie sind, ist geringfügig angestiegen. Dem steht ein leichter Anstieg des Unsicherheitsgefühls gegenüber. So fühlen sich knapp 40% der Bevölkerung in ihrer Umgebung nicht wohl und sicher und eine große Gruppe von knapp 55% fühlt sich von ihrer Umgebung nicht grundsätzlich akzeptiert. Im Osten hat diese Gruppe

leicht zugenommen. Ingesamt weisen die Ergebnisse – umgangssprachlich formuliert – tendenziell auf eine Vereinsamung und gesellschaftliche „Kälte“ im Alltag der Menschen hin.

Die politische Deprivation bleibt auf sehr hohem Niveau. Bei einer minimalen Schwankung kann davon gesprochen werden, dass die Werte seit 2006 unverändert hoch sind. Das ist alles andere als beruhigend, da faktisch gerade mal jede/r Zehnte es für lohnend hält, sich politisch zu engagieren, und alle anderen Deutschen politisches Engagement weder für lohnenswert noch für erwünscht halten. Das hat nicht nur große Bedeutung für den Ausbau des ehrenamtlichen Engagements oder anderer Alternativen zur Arbeitsgesellschaft. Wir haben diesen Befund in der Studie „Ein Blick in die Mitte“ (Decker et al. 2008) als deutliches Defizit im demokratischen Verständnis der bundesdeutschen Bevölkerung beschrieben. Allerdings spiegeln diese Ergebnisse weniger eine Reaktion auf aktuelle politische Einflusslosigkeit wider als vielmehr ein grundsätzliches Unverständnis gegenüber der Funktionsweise der Demokratie. Die Diskussion um die Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger wird immer wieder geführt. Auch von uns ist nach dem Ergebnis aus der Untersuchung von 2006 ein stärkerer Einbezug der Bevölkerung in die politische Entscheidungsfindung gefordert worden. Doch die seither gewonnenen Erkenntnisse lassen den Erfolg einer stärkeren Beteiligung der Bevölkerung am demokratischen Gemeinwesen – wenn nur die Möglichkeiten erweitert werden – eher zweifelhaft erscheinen, da es offenbar – wie in der Studie „Ein Blick in die Mitte“ nachgewiesen – am demokratischen Grundverständnis mangelt. Auch die bisherigen Befunde in 2010 deuten mit der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur (vgl. Grafik 3.1.1) eher darauf hin, dass diktatorische Regierungsformen auch weiterhin keine geringe Zustimmung finden würden.

Zustimmung zur Demokratie

Zur Idee der Demokratie konnte auf sechs Stufen Stellung genommen werden (von „sehr dafür“ bis „sehr dagegen“; in der Tabelle wurden alle zustimmenden Antworten zusammengefasst), zur Verfassungsnorm und zur Verfassungsrealität auf jeweils sechs Stufen (von „sehr zufrieden“ bis „sehr unzufrieden“; in der Tabelle wurden die Unzufriedenen zusammengefasst).

Auch wenn die grundsätzliche Übereinstimmung mit der Demokratie als Staatsform und auch mit der bundesrepublikanischen Verfassung hoch ist: Mit dem Funktionieren der Demokratie zeigte sich ein großer Teil der Proband/innen nicht zufrieden. Erfreulich ist die Zunahme der Akzeptanz der konkreten Ausgestaltung der Demokratie in Ostdeutschland, wenn auch der insgesamt niedrige Wert für Ost und West deutlich macht, wie wenig die Menschen die Demokratie als ihr eigenes Projekt begreifen.

Einstellung zur Demokratie in Deutschland – im Zeitvergleich 2006 und 2010 (in Prozent)

Tabelle 4.1.2

	Gesamt		West		Ost	
	2006	2010	2006	2010	2006	2010
Zur Idee der Demokratie	94,5	93,2	95,1	94,5	92	88,4
Zur Demokratie in der BRD, wie sie in der Verfassung festgelegt ist	71,2	73,6	74,8	78,4	57,2	55,3
Zur Demokratie in der BRD, wie sie funktioniert	46	46,1	50,8	49,8	27,3	32,1

Wirtschaftliche Deprivation

Die oben geschilderte starke Ausprägung des sozialen Deprivationserlebens über einen längeren Zeitraum spricht für eine Verunsicherung vieler Menschen, die sich vor allem im persönlichen Nah- bzw. Intimbereich äußert oder erfahren wird. Das ist auch deshalb relevant, weil der Bereich, in dem weitreichende soziale Strukturveränderungen ebenfalls Spuren hinterlassen haben, nicht als Ort wachsender Deprivation erlebt

zu werden scheint: Das wirtschaftliche Deprivationserleben hat bundesweit deutlich abgenommen (vgl. Tabelle 4.1.3). Bei der Frage, wie man die eigene wirtschaftliche Lage heute und in einem Jahr beurteilt, konnten die Befragten fünfstufig antworten (von „sehr gut“ bis „sehr schlecht“ bzw. von „wesentlich besser als heute“ bis „wesentlich schlechter als heute“; die beiden Pole wurden für die Darstellung jeweils zusammengefasst).

**Wirtschaftliche Deprivation und Zukunftserwartung –
im Zeitvergleich 2006 und 2010** (in Prozent)

Tabelle 4.1.3

	Gesamt		West		Ost	
	2006	2010	2006	2010	2006	2010
Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage heute?						
sehr gut / gut	38,5	41,3	39,5	42,6	34,4	36,7
teils gut / teils schlecht	43,9	40,6	43,8	39,7	44,2	44,2
schlecht / sehr schlecht	17,6	18,1	16,6	17,8	21,3	19,1
Und wie wird Ihre eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr sein?						
wesentlich / besser als heute	13,7	15,5	14,4	16,8	10,9	10,3
gleichbleibend	60,4	67,5	61,2	67,4	57,5	67,9
etwas / wesentlich schlechter als heute	25,9	17	24,4	15,8	31,5	21,8

Lebenszufriedenheit

Dieser Kontrast zeigt sich auch in der berichteten Lebenszufriedenheit. Gefragt wurde nach der Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen (vgl. Tabelle 4.1.4), geantwortet werden konnte auf einer fünfstufigen Skala (von „unzufrieden“ bis „sehr zufrieden“; alle Antworten über der Skalenmitte wurden als Zustimmung dargestellt). Insgesamt befindet sich die Lebenszufriedenheit der Bevölkerung auf einem hohen Niveau. Die Differenzen zwischen imponierend hohen Werten der Zufriedenheit in den verschiedenen Lebensbereichen werden daher vornehmlich zu interpretieren sein. Hier wird noch einmal bestätigt, was oben bereits deutlich wurde.

Die Zufriedenheit mit der beruflichen Situation nimmt zwischen 2006 und 2010 mit vier Prozentpunkten deutlich zu – allerdings ist dieser Effekt nur durch den Anstieg in Westdeutschland begründet. In Ostdeutschland ist die Unzufriedenheit der Erwerbstätigen mit ihrer beruflichen Tätigkeit angestiegen: Im Vergleich zu 2006 sind es über drei Prozent mehr, die ihren Beruf bzw. ihre Arbeit als nicht befriedigend empfinden. Werden alle Befragten, ob berufstätig oder nicht, in die Rechnung einbezogen, stellt sich ein gegenläufiger Befund ein: In 2006 erleben 83,6% und in 2010 83,2% ihre berufliche Situation als zufriedenstellend. Bei allen Westdeutschen, ob mit oder ohne Erwerbsarbeit, kann ein leichter Rückgang der beruflichen Zufriedenheit festgestellt werden (von 86,5% in 2006 auf 84,7% in 2010) und im Gegensatz dazu bei allen Ostdeutschen eine deutliche Zunahme (von 72,1% in 2006 auf 77,2% in 2010). Es könnte sein, dass sich hier die Rentenanpassung in Ostdeutschland bemerkbar macht, ebenso wie bei folgendem Trend: Die Zufriedenheit mit dem Einkommen hat seit 2006 zugenommen – gegenläufig zur realen Einkommensentwicklung (vgl. Kapitel 4.2). Im Unterschied dazu sinkt die Zufriedenheit mit dem privaten Lebensbereich stetig, insbesondere mit der Gesundheit und dem Familienleben. Die Zufriedenheit mit der Partnerschaft ist zwar insgesamt gestiegen (von 76% auf 78%), doch wenn alle Deutschen berücksichtigt werden, ob mit oder ohne Partnerschaft, zeigt sich, dass die Zufriedenheitswerte im Bereich Partnerschaft deutlich abgenommen haben, nicht aber in Ostdeutschland (Gesamtdeutschland: 83,2% in 2006 gegenüber 80,4% in 2010; West: 83,7% in 2006; 80,1% in 2010; Ost: 81,1% in 2006; 81,9% in 2010). Bei den Ostdeutschen in einer bestehenden Partnerschaft (wie in Tabelle 4.1.4 dargestellt) hat die Zufriedenheit in diesem Lebensbereich klar abgenommen.

Die Befragungsergebnisse zur Lebenszufriedenheit bestätigen einerseits den Befund zur sozialen Deprivation, andererseits sprechen sie dafür, dass sich die wirtschaftliche Krise sehr wohl gesellschaftlich auswirkt, ganz besonders in Ostdeutschland. Allerdings steigt die Unzufriedenheit vor allem in den intimen Lebensbereichen.

**Lebenszufriedenheit nach verschiedenen Bereichen –
im Zeitvergleich 2006 und 2010 (in Prozent)**

Tabelle 4.1.4

	Gesamt		West		Ost	
	2006	2010	2006	2010	2006	2010
Zustimmung						
Zufriedenheit mit Freunden	96,3	95,6	96,9	95,8	94,2	94,6
Zufriedenheit mit Freizeit	93,2	93,6	93,6	93,9	91,4	92,6
Zufriedenheit mit Gesundheit	90,8	88,6	91,7	89,9	87,3	83,7
Zufriedenheit mit Einkommen	81,2	81,9	83,5	83,1	72,1	77,2
Zufriedenheit mit Beruf/Arbeit (nur bei Erwerbstätigkeit)	65,1	69,2	65,2	70,8	64,7	61,3
Zufriedenheit mit Wohnsituation	95,9	95,9	95,6	95,6	97,1	97,2
Zufriedenheit mit Familienleben / Kindern	92,3	90,4	92,2	90,6	92,5	89,6
Zufriedenheit mit Partnerschaft (nur bei bestehender Partnerschaft)	76	78	75,2	78,3	78,9	76,9

Arbeitslosigkeit und Sorge um den Arbeitsplatz

Im Bereich „Einkommen“ hat sich gezeigt, dass die Zufriedenheit der Deutschen hier gestiegen ist – trotz objektiv gegenläufiger Entwicklung (sinkende bzw. stagnierende Realeinkommen). Dieses Bild einer zur wirtschaftlichen Lage gegenläufigen subjektiven Bewertung setzt sich fort bei der Frage, ob Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit gemacht wurden und ob eine Sorge um den Arbeitsplatz besteht. In Ostdeutschland war schon deutlich mehr als ein Drittel der Bevölkerung mehr als einmal arbeitslos, auch im Westen ist die Zahl seit 2006 merklich angestiegen, doch schlägt sich diese Erfahrung in der Sorge um den Arbeitsplatz nicht nieder.

**Erfahrung von Arbeitslosigkeit und Sorge um den Arbeitsplatz –
im Zeitvergleich 2006 und 2010**

(in Prozent bzw. in Monaten der Arbeitslosigkeit in der letzten Zeile)

Tabelle 4.1.5

	Gesamt		West		Ost	
	2006	2010	2006	2010	2006	2010
bereits arbeitslos gewesen	30,1	33,5	26,9	31,1	42,3	42,2
Sorge um den Arbeitsplatz	19,8	16,4	17,2	14,7	30	23
Monate arbeitslos (Mittelwert)	23,7	22,5	19,7	19	33,7	32,1

Diese Ergebnisse lassen verschiedene Möglichkeiten der Interpretation zu. Zum einen scheint sich die objektive, individuelle wirtschaftliche Lage nicht direkt auf die subjektive Wahrnehmung auszuwirken. Zum anderen machen sich Einschränkungen in Lebensbereichen bemerkbar, die nicht unmittelbar mit ökonomischem Wohlstand verbunden sind. Diese Diskontinuität kann als eine verschobene Reaktion auf die gesellschaftlichen Veränderungen interpretiert werden, deren Verrechnungskosten nicht am Ort des Geschehens, dafür aber im privaten Lebensbereich bezahlt werden.

An dieser Stelle möchten wir zur Frage des Zusammenhangs von rechts-extremer Einstellung und objektiver wirtschaftlicher Deprivationserfahrung übergehen. Wenn auch die Sorge um den Arbeitsplatz nicht mit der zunehmenden Erfahrung der Arbeitslosigkeit steigt, bei Proband/innen mit längerer Arbeitslosigkeit finden wir mehr Menschen, die den rechts-extremen Aussagen zustimmen (vgl. Tabelle 4.1.6).

Arbeitslosigkeitserfahrung führt zu einem kontinuierlichen Anstieg der rechtsextremen Einstellung. Während Jüngere unter 31 Jahren die niedrigsten Werte aufweisen, wenn sie noch nicht arbeitslos waren,

Rechtsextreme Einstellung in Abhängigkeit von der Arbeitslosigkeit 2010
(in Prozent)

Tabelle 4.1.6

Deutsche	nie arbeitslos			einmal arbeitslos			mehrmals arbeitslos		
	bis 30 Jahre	31–60 Jahre	ab 61 Jahre	bis 30 Jahre	31–60 Jahre	ab 61 Jahre	bis 30 Jahre	31–60 Jahre	ab 61 Jahre
Befürwortung Diktatur	3,8	4,2	5	4,1	3,7	6,2	12,7	8	8,1
Chauvinismus	15,7	18	22,2	21,7	16,1	22,3	21,4	21,2	23,8
Ausländerfeindlichkeit	19,9	22,4	32,7	32,1	20,5	29,2	23	32,1	32
Antisemitismus	6	7,7	11,2	8,2	6,4	10,5	7,1	8,9	11,7
Sozialdarwinismus	3	4,8	4,6	4,1	3,8	4,3	8,7	3,3	5,8
Verharmlosung Nationalsozialismus	1,8	3,5	4,4	5	3,1	3,6	8,7	4,9	7,6
Geschlossenes rechtsextremes Weltbild	4,6	7,5	10,7	10,1	5,5	11,5	14,3	10,7	12,3

(Geschlossenes rechtsextremes Weltbild: Zustimmung im Fragebogen > 63)

ändert sich dieses Bild mit der Erfahrung der Arbeitslosigkeit. In der Gruppe derjenigen mit Arbeitslosigkeitserfahrung, ob einmalig oder wiederholt, erreichen die über 60-Jährigen die höchsten Werte, während die Gruppe der 31- bis 60-Jährigen dann geringere Werte als die beiden anderen Altersgruppen aufweisen. Im Hintergrund ist mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls ein Bildungseffekt wirksam, da auch nach jüngsten OECD-Befunden das Risiko der Arbeitslosigkeit für diejenigen am höchsten ist, die einen niedrigeren Bildungsabschluss haben, in der Gruppe derjenigen mit Studium aber am geringsten.

Nach der Darstellung der Ergebnisse vor allem zur subjektiven wirtschaftlichen, sozialen und politischen Deprivation werden im Folgenden diese Daten – und die darin dokumentierten Veränderungen – in ihren Auswirkungen auf die rechtsextreme Einstellung untersucht.

4.2 Ökonomie und rechtsextreme Einstellung

Bei der obigen Auswertung fiel auf, dass die Deutschen ihre Einkommenssituation im Jahr 2010 – trotz objektiv gegenläufiger Entwicklung – subjektiv positiv wahrnehmen. Sie scheinen die wirtschaftliche Krise anders aufzunehmen als es in der öffentlichen Diskussion der Fall ist. Eine deutliche Veränderung seit 2006 zeigt sich nur in einer höheren Unzufriedenheit mit der familiären und privaten Situation.

4.2.1 Einkommenschichten und rechtsextreme Einstellung im Zeitverlauf 2002–2010

In Kapitel 2.2 wurde „die Mitte“ als soziologischer und politischer Begriff vorgestellt. Dass die gesellschaftliche Mitte als „Maß“ und „Mäßigung“ eine Integrationskraft entwickeln kann, hängt mit ihrer Mittelposition zusammen: Sie ist der Nachweis individueller sozialer Mobilität, also der Möglichkeit, in der Gesellschaft aufzusteigen. Gleichzeitig ist sie aber auch – mit den Worten des Soziologen Theodor Geigers – als Hort der

„Panik“ und „Verwirrung“ bezeichnet worden, wenn nicht der Aufstieg, sondern der wirtschaftliche Abstieg die vorgegebene Richtung Vieler ist. Der Zusammenhang dieser Panik mit der Freisetzung antidemokratischer Einstellung ist gut belegt. Vor dem Hintergrund einer Polarisierung der deutschen Gesellschaft, wie sie vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) dokumentiert und beschrieben worden ist, soll im Folgenden dieser Zusammenhang mit den Daten unserer Erhebung dargestellt werden.

Für diese Untersuchung konnten wir Daten unserer Erhebungen aus den Jahren 2002, 2004, 2006, 2008 und 2010 heranziehen. Eingang fanden neben einem Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung auch Fragen zur sozioökonomischen Lage der Proband/innen. Diese Querschnittsuntersuchungen im Zeitverlauf stehen zur Verfügung, um eine Tendenz bis zum Eintritt der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 abzubilden und damit die Frage nach dem Zusammenhang von ökonomischer Polarisierung durch das Schrumpfen der Mittelschicht und einer politischen Polarisierung in der Bevölkerung zu analysieren.

Methodisches Vorgehen

Zur besseren Vergleichbarkeit der Einkommenssituation von Personen in Haushalten unterschiedlicher Größe haben wir ein Äquivalenzeinkommen errechnet, das sich an der OECD-Äquivalenzskala orientiert. Hierfür wurden zunächst aus den – in unseren Befragungen als Einkommensklassen – vorliegenden Angaben zum Haushaltseinkommen Mittelwerte gebildet, um einen metrischen Wert zu erreichen. Anschließend wurden die Angaben zu den im Haushalt lebenden Personen herangezogen, um ein bedarfsgewichtetes Äquivalenzeinkommen zu ermitteln. Der ersten im Haushalt lebenden Person wurde der Faktor 1, der zweiten der Faktor 0,5 und jeder weiteren Person der Faktor 0,3 zugewiesen, um das Pro-Kopf-Nettoeinkommen in Abhängigkeit von den im Haushalt lebenden Personen zu bestimmen. So ergibt sich etwa bei einem Vier-Personen-Haushalt ein Faktor von 2,4, der als Nenner das zur Verfügung stehende Haushaltseinkommen in einem Pro-Kopf-Äquivalenzeinkommen ausdrückt.

Im nächsten Schritt wurde der Median der Einkommensverteilung berechnet – jener Wert, der die Einkommen in zwei gleich große Gruppen teilt –, um die Relation der Äquivalenzeinkommen und von diesem Wert aus die Einkommenschichtverteilung bestimmen zu können. Während der Mittelwert des Einkommens auch bei größter Polarisierung stabil bleiben kann, bildet der Median der Verteilung diese Veränderungen sensibler ab. Als erstes Ergebnis lässt sich festhalten, dass der Median des Nettoeinkommens im Untersuchungszeitraum leicht anstieg. Pro Monat lag er 2002 bei 1.075 €, 2004 bei 1.167 €, 2006 bei 1.200 €, 2008 bei 1.250 € und 2010 bei 1.375 €. Der Median konnte dann als Referenzeinkommen zur Unterteilung der Befragten in ökonomische Schichten dienen. So haben wir sechs Einkommensgruppen aus den Äquivalenzeinkommen gebildet.

Wir wissen um die Schwierigkeit der Bevölkerungsschichtung, zumal wenn dies nur entlang eines Merkmals geschieht. Doch haben wir diese Zuordnung vorgenommen, um in einem ersten Schritt die ökonomische Schichtung beschreiben zu können und im zweiten Schritt das Vorkommen von rechtsextremer Einstellung in den jeweiligen Schichten zu erfassen.

Einkommensgruppen nach gewichtetem Einkommen

Einkommensgruppe	Einkommen (in Prozent des Medians)
prekarierte Unterschicht	unterhalb von 70 %
Unterschicht	70 % bis unter 90 %
untere Mittelschicht	90 % bis unter 110 %
mittlere Mittelschicht	110 % bis unter 130 %
obere Mittelschicht	130 % bis unter 150 %
Oberschicht	über 150 %

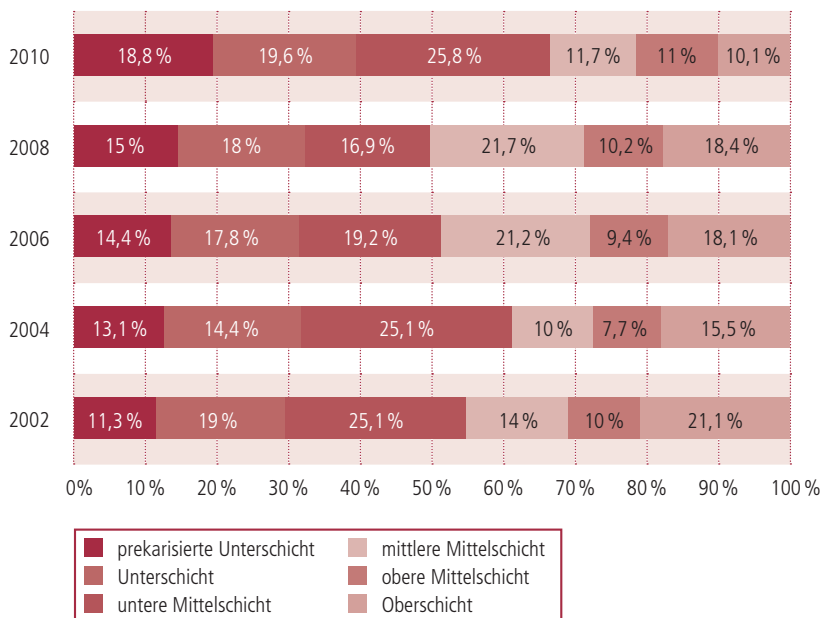
Ergebnisse: Einkommensverschiebung

Über den Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2010 ergibt sich – nach Ost- und Westdeutschland getrennt – folgendes Bild: Während in Westdeutschland 13,6% der Bevölkerung im langjährigen Mittel der prekarierten Unterschicht zuzurechnen sind, beträgt deren Anteil im Osten 27,3%. Die Oberschicht mit einem Einkommen von mehr als 150 % des Referenzeinkommens ist im Westen mit 18% ebenfalls deutlich häufiger anzutreffen als im Osten mit 6,2% der Bevölkerung. Auch für die Mittelschicht ist ein Ost-West-Gefälle festzustellen, betrachtet man die drei Einkommensgruppen der Mittelschicht (vgl. Grafik 4.2.1.1 und Grafik 4.2.1.2).

Im Westen (vgl. Grafik 4.2.1.1) sind die einkommensstarken Gruppen in der Mittelschicht deutlich häufiger vertreten als im Osten, wo die Ein-

Einkommensstrukturentwicklung in Westdeutschland 2002–2010

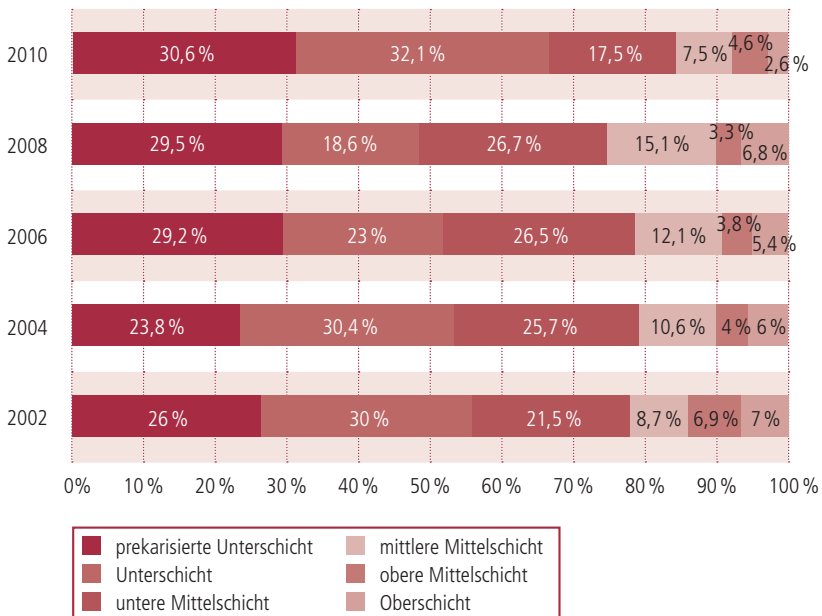
Grafik 4.2.1.1



kommensgruppen der unteren Mittelschicht dominieren. Während bis 2008 eine relative Stabilität der mittleren Einkommensgruppen im Westen festgestellt werden konnte, ist der bereits in diesen Jahren zu beobachtende Trend einer Zunahme der prekarierten Einkommensgruppen (unter 70% des Medians) und derjenigen, die von Prekarisierung bedroht sind (unter 90% des Medians) nun deutlicher zu verzeichnen. Gleichzeitig – und damit im Zusammenhang stehend – schmelzen die oberen Einkommensgruppen ab. Es findet eine Verschiebung statt, die zu einem Anstieg der unteren Mittelschicht führt, allerdings auf Kosten der mittleren Mittelschicht und zum Teil der einkommensstarken oberen Mittelschicht und der Oberschicht. Im Jahresvergleich ist für den Osten (vgl. Grafik 4.2.1.2) ein deutlicher Zuwachs bei denjenigen Gruppen festzustellen, die nach ihrem Einkommen der Unterschicht zugeordnet werden müssen.

Einkommensstrukturentwicklung in Ostdeutschland 2002–2010

Grafik 4.2.1.2



Fast ein Drittel der Bevölkerung in Ostdeutschland gehörte 2010 der prekarierten Unterschicht an, während 2002 nur ein Viertel der Bevölkerung dazu zählte. Die Gruppe derjenigen, die mit einem Einkommen von 70% bis 90% des Medians der Unterschicht zuzuordnen sind, war im selben Zeitraum starken Schwankungen unterworfen, hat aber 2010 den Anteil von 2002 erreicht. In 2010 verschob sich das Verhältnis auf Kosten der Gruppe mit einem Einkommen der unteren Mittelschicht, die nun nur noch 17,5% der ostdeutschen Bevölkerung ausmacht. Selbst der Anteil der einkommensstarken Oberschicht blieb im Osten nicht stabil und auch die obere Mittelschicht hat abgenommen. Zugleich kam es am unteren Ende zu einer deutlichen Abnahme der Einkommen. Während auch im Westen die Einkommen – trotz einer Abnahme der Oberschicht – relativ stabil geblieben sind, fand eine Bewegung vor allem in der Mitte statt. Bei einer deutlichen Zunahme der beiden Gruppen der Unterschicht und Schwankungen in der unteren Mittelschicht kann nicht mehr von einer weitestgehenden Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand entlang der Einkommen gesprochen werden.

Die beschriebenen Veränderungen in der Sozialstruktur entsprechen dem allgemeinen Trend, wie er in anderen Untersuchungen abgebildet worden ist. Während für Westdeutschland die Differenzierung des Mittelstandes noch relativ stabil erscheint, können wir den DIW-Befund der Polarisierung bestätigt finden – wenn der Blick für ein deutliches Ost-West-Gefälle geschärft wird.

Ergebnisse: Einkommensschichten und rechtsextreme Einstellung

Betrachtet man die Zustimmungswerte im Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung im selben Zeitraum getrennt nach Ost- und Westdeutschland, so fallen im Überblick zunächst deutliche Unterschiede auf. In Westdeutschland sind die Zustimmungswerte im Mittel fast durchgängig höher und – was mit Blick auf die Untersuchungsfrage ins Auge springt – sie sind auch in allen Gruppen gleichermaßen ausgeprägt (vgl. Grafik 4.2.1.3). Die Zustimmungsfähigkeit zu Aussagen rechtsextremen Inhalts ist zwar in der Gruppe der Oberschicht und der oberen Mittelschicht geringer als in den Gruppen der Unterschicht und den einkom-

mensschwachen Gruppen der Mittelschicht, trotzdem lässt sich ein Zusammenhang zwischen Schicht und politischer Einstellung auch teststatistisch nicht realisieren. Ein Mittelwertvergleich der Zustimmung im Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung über die Schichten mittels Varianzanalyse (Oneway Anova¹⁷) brachte nur für das Jahr 2006 einen signifikanten Unterschied im Antwortverhalten: Die Einkommensgruppen ab der mittleren Mittelschicht abwärts äußerten in diesem Jahr eine deutlich größere Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen als Angehörige der Oberschicht.

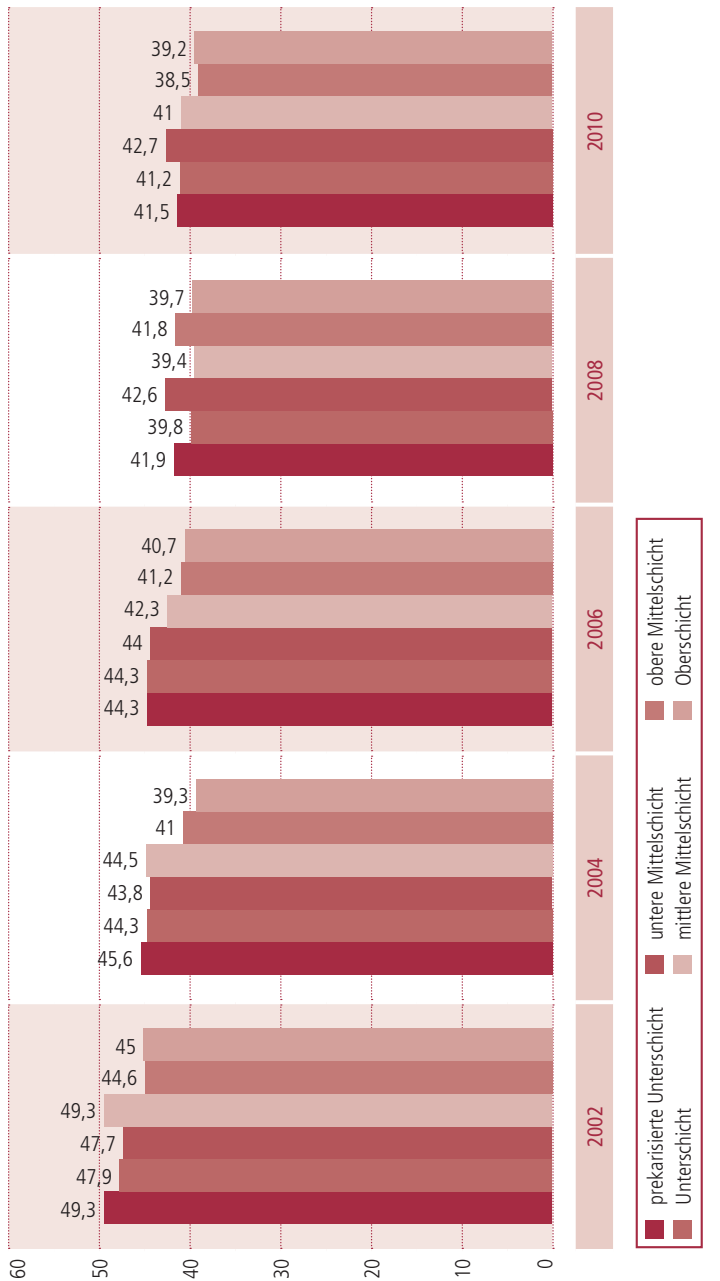
In Ostdeutschland zeigen sich dagegen zunächst deutlich geringere Zustimmungswerte zu rechtsextremen Aussagen im Vergleich zu Westdeutschland (vgl. Grafik 4.2.1.4). Auch zeichnet sich ein deutlicher Zusammenhang von Schicht und politischer Einstellung ab. Je niedriger das Einkommen, desto höher ist die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen. Interessant ist jedoch, dass die noch nicht prekarierte Unterschicht in den Jahren 2002 und 2004 stärker noch als die Angehörigen der prekarierten Unterschicht im Schnitt rechtsextremen Aussagen zustimmt. Diese Gruppe unterscheidet sich bei der Zustimmung im Mittelwertvergleich 2002 von allen Gruppen der Mittel- und Oberschicht signifikant und 2004 sowie 2006 weisen die drei unteren Einkommensgruppen eine signifikant höhere Zustimmung auf als die Angehörigen der Oberschicht (Varianzanalyse, Oneway-Anova). Dies fällt vor allem ins Auge, weil damit auch die Gruppe der Einkommensbezieher/innen der unteren Mittelschicht 2004 rechtsextremen Aussagen häufiger zuneigen als die Angehörigen der prekarierten Unterschicht mit weniger als 70 % des Referenzeinkommens. Nur in der Untersuchung von 2008 weist die auf nunmehr 30 % der Bevölkerung angewachsene prekarierte Unterschicht (vgl. Grafik 4.2.1.2) einen deutlich höheren Zustimmungswert zu rechtsextremen Aussagen auf als die anderen Gruppen.

17 Zur Erläuterung der teststatistischen Begriffe und Verfahren sei auf das Glossar verwiesen.

Rechtsextremismus und Einkommensgruppen in Westdeutschland 2002–2010

Grafik 4.2.1.3

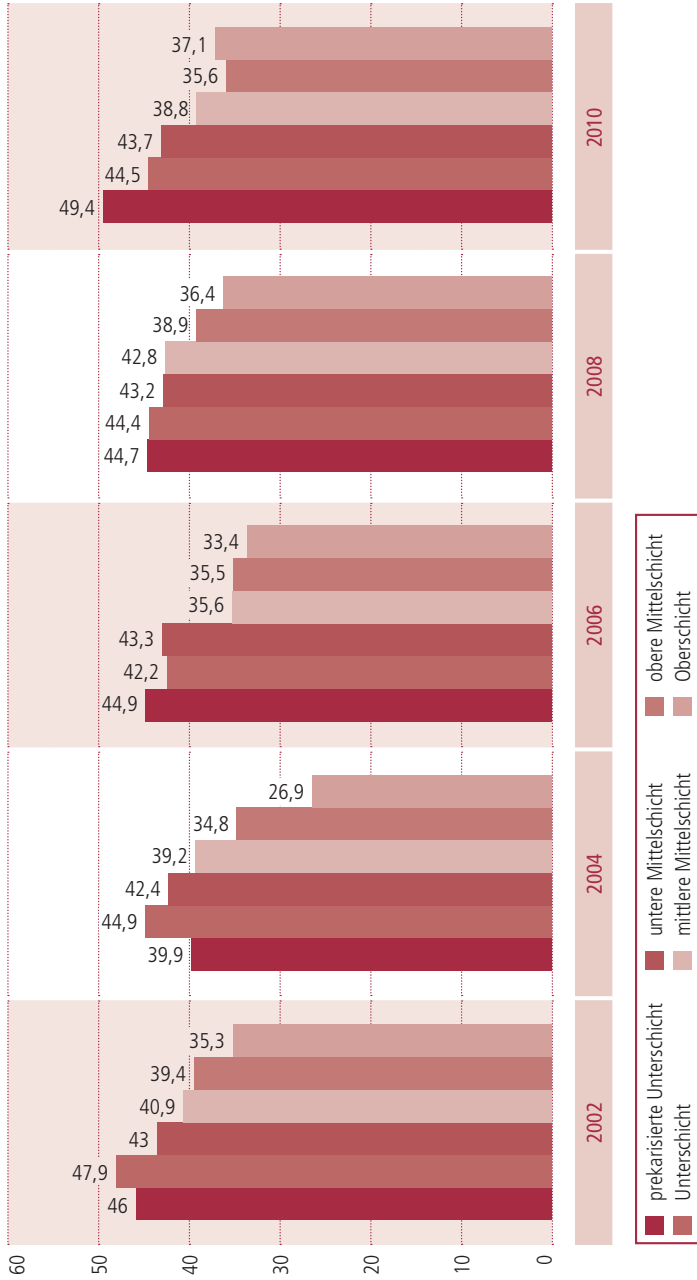
Zustimmung im Rechtsextremismusfragebogen – West
 Mittelwert je Gruppe (min. Wert 18 „lehne alle Aussagen voll und ganz ab“, max. Wert 90 „stimme allen Aussagen voll und zu“)



Rechtsextremismus und Einkommensgruppen in Ostdeutschland 2002–2010

Grafik 4.2.1.4

Zustimmung im Rechtsextremismusfragebogen – Ost
 Mittelwert je Gruppe (min. Wert 18 „lehne alle Aussagen voll und ganz ab“, max. Wert 90 „stimme allen Aussagen voll und zu“)



Bis zum Jahr 2010 zeichnet sich zwar eine durchgängige Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen in allen sozialen Schichten der Bevölkerung ab, allerdings kann zumindest für Westdeutschland ein leichter Rückgang verzeichnet werden. Prognosen über die weitere Entwicklung können aber nur schwer gegeben werden.

4.2.2 Objektive und subjektive wirtschaftliche Situation – was beeinflusst die rechtsextreme Einstellung?

Nachdem der Zusammenhang zwischen Einkommen und rechtsextremer Einstellung für verschiedene Einkommensgruppen diskutiert wurde, schließen wir in der folgenden Analyse auch Merkmale ein, die die subjektive Wahrnehmung der wirtschaftlichen Situation betreffen. Während bisher die Betrachtung von einzelnen Merkmalen und der Zustimmung zu den sechs Dimensionen der rechtsextremen Einstellung im Vordergrund stand, werden nun mehrere Merkmale und ihr Einfluss auf eine rechtsextreme Einstellung in die Analyse eingehen. Dafür werden Regressionsmodelle¹⁸ berechnet. Diese verhelfen dazu, den Einfluss verschiedener Merkmale unter gleichzeitiger Kontrolle von anderen Merkmalen auf die Ausprägung der rechtsextremen Einstellung zu prüfen. So kann beispielsweise festgestellt werden, ob der Zusammenhang zwischen Geschlecht und rechtsextremer Einstellung nicht durch das Hinzunehmen anderer Variablen wie zum Beispiel Bildung überdeckt wird und damit ein Bildungseffekt den scheinbaren Unterschied in der Zustimmung bei den beiden Geschlechtern aufklärt.

Die Einflussfaktoren werden auch auf geringe Ausprägungen hin untersucht. Denn die Analyse bezieht sich auf die rechtsextreme Einstellung mit allen sechs Dimensionen und wird für die gesamte Stichprobe durchgeführt, das heißt, es werden auch Personen aufgenommen, die den Dimensionen des Rechtsextremismusfragebogens teilweise zustimmen oder nicht in allen Bereichen hohe Zustimmung zeigen.

18 Zur Regressionsmethode vgl. Glossar.

Grundannahmen und Fragestellung

In den berechneten Modellen stehen insbesondere unsere Thesen zum Einfluss der wirtschaftlichen Situation auf die rechtsextreme Einstellung, dem Wirken der „narzisstischen Plombe“, im Vordergrund (vgl. Kapitel 2.3). Wir gehen davon aus, dass die rechtsextreme Einstellung begünstigt wird, wenn die wirtschaftliche Situation – sowohl objektiv (Einkommen) als auch in der subjektiven Wahrnehmung – schlechter wird. Diese Hypothese gilt nicht nur für die individuelle subjektive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation, sondern auch für die Einschätzung des Wohlstandes in Deutschland insgesamt. Das hat den bereits detaillierter erörterten theoretischen Hintergrund, dass – so die Annahme – nach Nazi-Deutschland die Identifizierung mit Wohlstand und starker Ökonomie die Identifizierung mit „Hitler“ als Objekt der Selbstaufwertung ablöste. Als neues Objekt der Selbstaufwertung bot sich die Ökonomie auch deshalb an, weil die Warenwelt im Kapitalismus ein in der europäischen Kulturgeschichte der Säkularisierung notwendiges Moment der Rückversicherung wurde, das heißt, der Mensch versichert sich mit dem individuellen Wohlstand seiner Erwähltheit und mit der Ökonomie als Objekt der Identifizierung eigener Größe und Macht (vgl. Kapitel 2.3). Diese zwei Aspekte der narzisstischen Plombe hängen miteinander zusammen, haben aber eine unterschiedliche Funktion. Die bisherige Datenanalyse (vgl. Kapitel 3.1) deutet darauf hin, dass der individuelle objektive Wohlstandsverlust subjektiv nicht wahrgenommen wird.

Vorgehen

Um die subjektive Einschätzung der wirtschaftlichen Situation zu erfassen, gehen in die Analyse die individuelle wirtschaftliche Deprivation (d.h. die Verlusterfahrung in Bezug auf den eigenen aktuellen Wohlstand) sowie die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz ein. Die individuelle wirtschaftliche Deprivation wurde, wie bereits beschrieben (vgl. Kapitel 4.1), anhand der Selbsteinschätzungsfrage für die eigene wirtschaftliche Lage gemessen. Für die objektive wirtschaftliche Situation ziehen wir die Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit sowie das Einkommen heran. Die subjektive Bewertung der aktuellen gesamtgesellschaftlichen Lage in Deutsch-

land wird als Indikator für eine wahrgenommene wirtschaftliche Deprivation bzw. Schwäche auf kollektiver Ebene gewählt.

Die individuelle wirtschaftliche Deprivation geht oft einher mit Verlust Erfahrungen im Sozialleben, weshalb wir dieses Merkmal ebenso in unsere Analyse einbeziehen. Außerdem testen wir den Einfluss der politischen Deprivation, das heißt der geäußerten Machtlosigkeit, Demokratie zu beeinflussen bzw. zu gestalten. Den hohen Einfluss dieser Deprivatationen konnten wir bereits in Untersuchungen aus dem Jahr 2006 feststellen (vgl. Decker, Brähler & Geißler 2006, S. 122–127). Es stellt sich jedoch die Frage, wie sich dieser Einfluss heute, also im Jahr 2010 und zum Zeitpunkt der ökonomischen Krise, darstellt – insbesondere vor dem Hintergrund, dass bei der aktuellen Analyse gegenüber 2006 andere Größen berücksichtigt werden.

Wir haben zwei Regressionsmodelle berechnet. Im ersten Modell wurden Merkmale der ökonomischen Situation sowie die soziale und politische Deprivation eingebunden. In einem zweiten Schritt wurden die Merkmale Bildung, Alter und Geschlecht als sozialstrukturelle Größen hinzugenommen, um mögliche Veränderungen in den Effekten des ersten Modells und in deren statistischer Erklärungskraft hinsichtlich der rechtsextremen Einstellung zu testen.

Ergebnisse: Deprivation und rechtsextreme Einstellungen

Das erste Modell zeigt im Hinblick auf den Einfluss der ökonomischen Situation Überraschendes: Die individuelle wirtschaftliche Situation hat keinen signifikanten Einfluss auf die Ausprägung einer rechtsextremen Einstellung, das heißt, dem Zusammenhang kommt mit großer Wahrscheinlichkeit nicht alleinige Erklärungskraft zu, sondern er wird durch andere Faktoren moderiert. Hat sie für sich alleine genommen noch Einfluss (nicht als Abbildung dargestellt), schwindet die Relevanz, sobald die anderen Indikatoren der ökonomischen, sozialen und politischen Deprivation hinzugefügt bzw. damit kontrolliert werden. Jedoch wird im

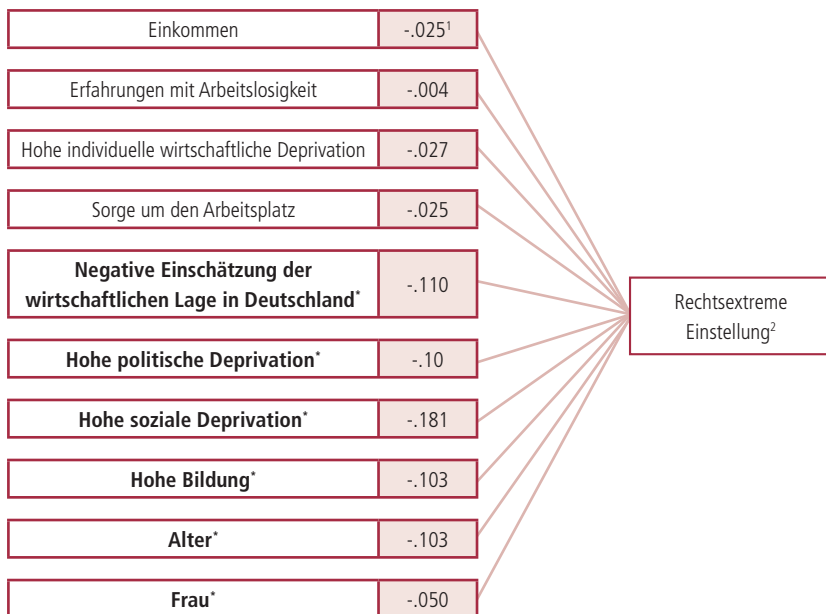
ersten Modell ein signifikanter Einfluss der Einschätzung der ökonomischen Lage deutlich, und zwar in Bezug auf die gesamtdeutsche Wirtschaft. Wer sie schlechter einschätzt, hat eine stärker ausgeprägte rechtsextreme Einstellung.

Der signifikante Einfluss der „allgemeinen wirtschaftlichen Deprivation“ bleibt auch im zweiten Modell (vgl. Grafik 4.2.2) bestehen, in dem wir den Einfluss von drei sozialstrukturellen Merkmalen kontrolliert haben. In diesem Modell erhöht sich im Übrigen – durch die eingegangenen Variablen – die Erklärungskraft für die Vorhersage einer rechtsextremen Einstellung von 7,8% auf 10,2%, weshalb wir uns im Folgenden hauptsächlich auf dieses zweite Modell konzentrieren.

Zunächst ist zu erkennen, dass die drei sozialstrukturellen Variablen (Bildung, Alter, Geschlecht) je einen signifikanten Einfluss auf die Ausprägung einer rechtsextremen Einstellung haben (vgl. Grafik 4.2.2). Die bereits dokumentierten Zusammenhänge zwischen Bildung, Alter und Geschlecht und rechtsextremer Einstellung (vgl. Kapitel 3.1) bestätigen sich auch in dem multivariaten Analyseverfahren, das heißt bei Einbeziehung mehrerer Variablen, als relevante Einflussfaktoren auch im Vergleich mit anderen Determinanten. Höhere Bildung verringert die Ausprägung rechtsextremer Einstellung, Alter hingegen erhöht sie. Der Geschlechtereffekt bleibt bestehen, auch wenn andere Merkmale der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Deprivation kontrolliert werden, das heißt, es bestätigt sich, dass Frauen im Vergleich zu Männern eher eine geringe Zustimmung zu rechtsextremer Einstellung haben.

Einflussfaktoren auf die rechtsextreme Einstellung für die Gesamtstichprobe (N = 2.275)

Grafik 4.2.2



¹ Bei den Werten handelt es sich um standardisierte Regressionskoeffizienten, die einen Vergleich der Effektstärken von allen Variablen ermöglichen. Zu ihrer Interpretation: Je größer der Betrag, desto höher ist der Effekt der Einflussgröße. Ein positives Vorzeichen bedeutet in diesem Modell durchgehend eine Erhöhung der Ausprägung der rechtsextremen Einstellung, ein negatives Vorzeichen eine Senkung.

² Alle sechs Dimensionen der rechtsextremen Einstellung wurden berücksichtigt.

* Die fettgedruckten Regressionskoeffizienten verweisen auf signifikante Effekte (bei einem Signifikanzniveau von 5 %), das heißt auf Effekte, die mit großer Sicherheit nicht zufällig sind.

Betrachten wir noch einmal genauer die einzelnen Variablen zur objektiven und subjektiven wirtschaftlichen Situation. Deutlich wird, dass – trotz der Unterschiede im Gruppenvergleich – die Faktoren „Einkommen“ und „Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit“ keinen signifikanten Einfluss auf die Ausprägung der rechtsextremen Einstellung haben. Ebenso zeigt sich in der Regressionsanalyse kein statistisch signifikanter Einfluss der subjektiven Bewertung der eigenen ökonomischen Situation auf rechtsextreme Einstellungen. Damit wirken sich weder das Gefühl per-

sönlicher wirtschaftlicher Deprivation noch die Sorge um den Arbeitsplatz auf die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen aus. Wenn wir berücksichtigen, dass die individuelle wirtschaftliche Lage im Vergleich zu 2006 subjektiv – und gegen die objektiven Daten – als verbessert wahrgenommen wird, überrascht das Ergebnis nicht. Allerdings lässt sich erkennen, dass eine gefühlte Deprivation für die gesamte Wirtschaft Deutschlands die rechtsextreme Einstellung signifikant erhöht. Dass alle drei Variablen zur individuellen wirtschaftlichen Lage im Verhältnis zur subjektiven Einschätzung der kollektiven wirtschaftlichen Lage als weniger bedeutsam erscheinen, ist ein aufschlussreiches Ergebnis. Somit scheint die Wahrnehmung eines Verlustes des Wohlstandes auf der nationalen Ebene Deutschlands relevanter zu sein als Verluste auf individueller Ebene. Dieser Befund deckt sich mit den Ergebnissen der Analyse der Einflussfaktoren ethnozentrischer Einstellungen von Rippl & Baier, nach denen ebenso „Gefühle der Deprivation auf der Gruppenebene, die auch unabhängig von individueller Deprivation bestehen, [...] von dominanter Bedeutung“ sind (Rippl & Baier 2005, S. 662).

Kommen wir auf den Einfluss der ökonomischen Größe des Einkommens zurück: Während sich der Einfluss des Einkommens nicht als signifikant erweist (vgl. Grafik 4.2.2), ist dessen Einfluss interessanterweise im ersten (nicht dargestellten) Modell, das die sozialstrukturellen Variablen Alter, Geschlecht und Bildung nicht beinhaltet, statistisch noch signifikant bedeutsam. Der im ersten Modell vorgefundene Effekt, dass höheres Einkommen die Ausprägung einer rechtsextremen Einstellung verringert, verschwindet also im zweiten Modell. Dieser Befund verweist darauf, dass der Einkommenseffekt von anderen Einflüssen überdeckt wird. Vermutlich lässt sich dies durch das hinzugenommene Merkmal der Bildung erklären. Einkommen und Bildung hängen stark miteinander zusammen. Im Ergebnis ist der Bildungseffekt für die gesamtdeutsche Bevölkerung also statistisch bedeutsamer als der Einkommenseffekt.

Einen ähnlich hohen Effekt wie die geäußerte kollektive wirtschaftliche Deprivation hat auch die politische Deprivation. Ein fatalistisches Welt-

bild zu haben, nach dem der Einzelne keinerlei Einfluss auf die Politik hat, ist nach unserem Modell eine bedeutsame Determinante der rechtsextremen Einstellung. Einen noch höheren Einfluss – und sogar den höchsten im Vergleich zu den anderen eingegangenen Untersuchungsgrößen – hat die soziale Deprivation. Gerade ein hohes wahrgenommenes Manko an sozialer Einbettung, an Akzeptanz in der sozialen Umgebung und guter Einbindung in Netzwerke wirkt sich negativ auf eine demokratische Einstellung aus.

Fazit

Trotz wichtiger Befunde müssen die Möglichkeiten und Grenzen der vorgestellten Analysen klar gesehen werden: Das Regressionsmodell konnte dazu verhelfen, Einflüsse systematisch zu überprüfen. Für Gesamtdeutschland konnten wir durch die Analysen feststellen, dass nicht die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage, wie der Sorge um den Arbeitsplatz, sondern vielmehr die Wahrnehmung des Verlustes des wirtschaftlichen Wohlstandes in Deutschland eine entscheidende Determinante der rechtsextremen Einstellung ist. Eine stärkere Wahrnehmung dieses Verlustes begünstigt eine rechtsextreme Einstellung. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass neben den untersuchten und gezeigten Einflüssen weitere Faktoren auf die rechtsextreme Einstellung wirken. Beispielsweise ist an die Wichtigkeit von Persönlichkeitsmerkmalen, aber auch das Erziehungsklima zu denken (Decker et al. 2006), die in diese Analyse nicht einbezogen wurden.

Ein weiterer interessanter Befund hat sich durch eine getrennte Berechnung der Modelle für Ost- und Westdeutschland ergeben (ohne Abbildung). Zunächst erhöht sich die besagte Erklärungskraft für Ostdeutschland mit den oben abgebildeten Variablen des Modells auf das Doppelte, das heißt auf 20%. Nicht nur die Erklärungskraft des Modells, sondern auch die Signifikanzen verschieben sich in dieser getrennten Betrachtung. Während sich für die westlichen Bundesländer die signifikanten Einflüsse ähnlich dem Gesamtmodell (vgl. Grafik 4.2.2) zeigen, hat das individuelle Einkommen in Ostdeutschland einen höchst signifikanten

Einfluss; auch die Erfahrung mit Arbeitslosigkeit und die Sorge um den Arbeitsplatz erreichen fast die Schwelle der Signifikanz, das heißt der Überzufälligkeit.

Somit entsteht der Eindruck, dass tendenziell der Einfluss der individuellen wirtschaftlichen Situation – ganz deutlich für die objektive Einkommenssituation – in Ostdeutschland schwerer wiegt als in Westdeutschland. Ein wichtiger Grund könnte sein, dass der ostdeutsche Arbeitsmarkt in größerem Maße von ökonomischer Unsicherheit, insbesondere hoher Arbeitslosigkeit geprägt ist. Bemerkenswerterweise ist es aber im Unterschied zum gesamtdeutschen Modell gerade nicht die Wahrnehmung der strukturellen wirtschaftlichen Situation, die einen signifikanten Einfluss zeigt. In der Betrachtung des Modells für die ostdeutsche Bevölkerung verschwindet der Einfluss der kollektiven wirtschaftlichen Deprivation. Wir können somit die These aufstellen, dass in Ostdeutschland die individuelle wirtschaftliche Lage eine größere Rolle spielt als in Westdeutschland. Die Teilhabe am Wohlstand war zwar ein individueller Wunsch in Ostdeutschland, doch ist das regulative Moment einer kollektiven Identifikation mit Stärke und Macht, die ihr Objekt in der Wirtschaft im Allgemeinen findet, stärker im Westen ausgeprägt. Die zwei Seiten der narzisstischen Plombe stellen sich in Ost- und Westdeutschland ungleich verteilt dar. Während die Verfügung über Güter, also der individuelle Wohlstand, im Osten stärker mit der Gesellschaft verbindet, ist es im Westen die Identifikation mit dem funktionierenden Wirtschaftssystem. Möglicherweise ist in Ostdeutschland noch eine größere Distanz gegenüber dem Wirtschaftssystem vorhanden, dafür aber die protestantische Ethik im Sinne Max Webers im protestantischen (westdeutschen) Kerngebiet stärker von Bedeutung. Zudem kommt in Westdeutschland die Nachkriegsidentifikation mit der „harten D-Mark“ auch noch in einer allgemeinen wirtschaftlichen Krise zum Tragen. Dass alltagskulturelle Unterschiede, auch bei weitestgehender Konfessionslosigkeit, durch solche historischen Linien mitbestimmt werden, ist bereits aus den frühesten Untersuchungen zur Wirkung der Konfession auf die sozialisatorische Individuation bekannt (Durkheim 1897, S. 164). Nach den Er-

gebnissen unserer Untersuchungen sind sie auch bei der Ausbildung antidemokratischer Einstellung relevant.

Mit dem Einfluss der wirtschaftlichen Situation – sowohl der individuellen, als auch der allgemeinen – kann der Stellenwert der oben formulierten fortgesetzten Identifikation mit einer Autorität – und sei sie auch abstrakt, wie etwa die Idee eines Wirtschaftssystems –, bestätigt werden.

4.3 Antiamerikanismus, Globalisierung, Antikapitalismus, Islamfeindlichkeit und rechtsextreme Einstellung

Dieser Abschnitt ist weiteren Aspekten politischer Einstellungen gewidmet. Zum einen wollen wir der Frage nachgehen, inwiefern rechtsextreme Einstellung mit anderen politischen Einstellungen zusammenhängt. Zum anderen soll in diesem Zusammenhang überprüft werden, ob sich eine Kommunikationslatenz bei den Antworten zum Antisemitismus zeigt und damit auch Auskunft über das Antwortverhalten im Rechtsextremismusfragebogen erlangt werden kann.

Die Beständigkeit eines Ressentiments gegenüber den USA ist in Europa sowohl von „links“ als auch von „rechts“ offensichtlich – und historisch verbürgt (Claussen 2007). Demgegenüber gilt eine Kapitalismuskritik immer noch als Alleinstellungsmerkmal der Linken – zu Unrecht, wie bereits Richard Stöss empirisch zeigen konnte (Stöss 2008). Uns beschäftigen hier nur die rechtsextrem motivierten Vorurteile, die mit Blick auf die USA bereits in vorangegangenen Studien Thema geworden sind (Brähler & Decker 2003), sowie der Zusammenhang von Antikapitalismus und Globalisierung.

Die Schwierigkeit, zwischen Antiamerikanismus und berechtigter Kritik, etwa an konkreten Regierungsentscheidungen, zu differenzieren, liegt auf der Hand. Allerdings: „Wie der Teufel vor dem Weihwasser, scheuen die meisten Teilnehmer dieser Diskussion vor einer präzisen Definition

des Anti-Amerikanismus zurück“¹⁹ (Claussen 2007, S. 75). Das deutet nicht nur auf ein formales oder inhaltliches Definitionsproblem des Antiamerikanismus hin, sondern auf ein der autoritären Reaktion verwandtes Muster. Wenn wir von einer Funktion des Antiamerikanismus ausgehen, der – ähnlich wie bei anderen alltagsreligiösen (Baethge et al. 2010) und manichäischen Denkfiguren²⁰ – gesellschaftliche Phänomene und insbesondere die von der sozioökonomischen Struktur ausgehenden Widersprüche der Gesellschaft (Knappertsbusch & Kelle 2010) zur Personalisierung bzw. Eigenschaftszuschreibung zu Fremdgruppen nutzt, können wir eine für die hier vorliegenden Zwecke ausreichende Definition des Antiamerikanismus bei dem Politikwissenschaftler James W. Ceaser finden. Ceaser, der die tiefe Verankerung des Antiamerikanismus in der Geschichte und Kulturgeschichte Europas untersuchte, lieferte eine Definition dieses Vorurteils: „Antiamerikanismus beruht auf der einmaligen Idee, dass irgendetwas, das mit den Vereinigten Staaten verbunden ist – etwas im Kern der amerikanischen Lebensweise – zutiefst falsch ist und den Rest der Welt bedroht“²¹ (Ceaser 2003, S. 4).

Die USA tauchen auch in einem anderen Kontext auf, der in der rechts-extremen Szene zunehmend deutlich als Politikfeld erkannt und besetzt wird: Der Antiamerikanismus wird von „rechts“ nicht zuletzt mit der Bedrohung der völkischen Identität begründet. In diesem antiamerikanischen Weltbild sind Globalisierung und Kapitalismus Vehikel dieser Bedrohung, worauf der Soziologe Bernd Sommer hinweist: „Der globale Kapitalismus wird von den Vereinigten Staaten als Instrument benutzt, um die Weltherrschaft zu erlangen“²² (Sommer 2008, S. 314). Dabei hat der Antikapitalismus eine lange Tradition in der rechtsextremen Bewe-

19 Eigene Übersetzung der Autor/innen. Originalzitat: „*Like the devil and holy water, most participants in this discussion shy away from a more precise definition of Anti-Americanism.*“

20 In der manichäischen Weltsicht, die auf einer antiken Religion basiert, stehen sich ein göttliches Lichtreich und ein (böses) Reich der Finsternis als Gegner gegenüber, wobei „Auserwählte“ dazu auserkoren sind, dem Lichtreich zum Sieg zu verhelfen.

21 Eigene Übersetzung der Autor/innen. Originalzitat: „*Anti-Americanism rests on the singular idea that something associated with the United States, something at the core of the American life, is deeply wrong and threatening to the rest of the world.*“

22 Eigene Übersetzung der Autor/innen. Originalzitat: „*global capitalism is used as an instrument of the United States in order to gain world supremacy.*“

gung, etwa im Strasser-Flügel der NSDAP. Seit Beginn der 1990er-Jahre haben rechtsextreme Parteien und Gruppierungen europaweit wieder verstärkt die „soziale Frage“ für sich entdeckt (Grumke & Klärner 2006). Es spricht einiges dafür, dass dieses Engagement von den rechtsextremen Freien Kameradschaften weiter ausgebaut wird. Mit Blick auf die zunehmende Hegemonie dieser dezentral agierenden Kameradschaften in der rechten Szene wird man diesem Politikfeld in den nächsten Jahren verstärkte Aufmerksamkeit widmen müssen. Wie stark die Bedeutung dieses Themas in der rechtsextremen Szene zugenommen hat, zeigen die entsprechenden Auftritte im Web. Der Antikapitalismus und die Antiglobalisierungsbewegung von „rechts“ haben mit der Betonung der Bedrohung Deutschlands durch Weltkapital und Überfremdung ideologische Motive zur Basis, die so wenig neu sind, wie sie ihre Nähe zum Antisemitismus verleugnen können. Daher stellt sich nicht nur die Frage nach der Zustimmung zu Antiamerikanismus, Antiglobalisierung und dem Zusammenhang zum Rechtsextremismus in der Bevölkerung. Interessant ist auch die Frage, ob sich eine Nähe zum Antisemitismus belegen lässt.

Antiamerikanismus und Antikapitalismus

Zunächst sollen die Ergebnisse der Erhebung – auch im Vergleich zu den Befunden der Erhebung 2003 – vorgestellt werden. Auf Grundlage der dabei gewonnenen Ergebnisse können wir den Zeitvergleich hier dokumentieren (Brähler & Decker 2003). Die drei Aussagen, die den Proband/innen vorgelegt wurden, sind entsprechend den vorangegangenen Überlegungen möglichst neutral gehalten und beziehen sich nur auf die affektiven Komponenten des Vorurteils.

Bei zwei von drei antiamerikanischen Aussagen hat die Zustimmung von 2003 bis 2010 zugenommen. Interessanterweise wird der Aussage „Mir sind die US-Amerikaner eher unsympathisch“ weniger deutlich zugestimmt als der Formulierung „Ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten die US-Amerikaner unangenehm“ sind. Den Proband/innen fällt es offenbar leichter, ein negatives Empfinden bei anderen zu begründen als es selbst gegenüber dem Interviewer bzw. der Interviewerin zuzuge-

**Zustimmung zu antiamerikanischen Aussagen –
im Vergleich von 2003 und 2010 (in Prozent)**

Tabelle 4.3.1

	Gesamt		West		Ost	
	2003	2010	2003	2010	2003	2010
Die US-Amerikaner sind daran schuld, dass wir so viele Weltkonflikte haben.	40,4	47,3	37,2	47,3	52,7	47,2
Mir sind die US-Amerikaner eher unsympathisch.	26	24,5	25,5	24,8	28,1	23,2
Ich kann es gut verstehen, wenn manchen Leuten die US-Amerikaner unangenehm sind.	35,1	39,3	34,8	40,6	36,1	34,2

ben. Insgesamt sind die Zustimmungswerte zu antiamerikanischen Aussagen bundesweit seit 2003 gestiegen. Allerdings geht dieser Anstieg auf die noch deutlichere Zunahme antiamerikanischer Ressentiments in Westdeutschland zurück; in Ostdeutschland ist sogar ein leichter Rückgang bei gleichbleibend hohem Niveau zu verzeichnen.

Ein von Richard Stöss vorgelegter Fragebogen hat das Ziel, antikapitalistische und globalisierungskritische Einstellung zu messen (Stöss 2008). Wir lehnen uns im Folgenden an seine Bezeichnung der beiden Dimensionen an, wollen aber auf eine begriffliche Schwierigkeit hinweisen und eine Präzisierung vornehmen. Die von ihm in den Items formulierten Aussagen können zwar als kapitalismuskritisch, aber im Anklang einer völkischen Wirtschaftsordnung verstanden werden (Bajohr & Wildt 2009, vgl. auch die folgenden Ausführungen zu den Ergebnissen). Dabei würde die Idee einer Volksgemeinschaft mitschwingen und nicht, wie Kapitalismuskritik im Alltagssinn gebraucht wird, eine Opposition gegenüber dem Wirtschaftssystem aufgrund radikaler Egalitätsvorstellungen.

Zum Fragebogen: Die Proband/innen haben in dem Fragebogen die Möglichkeit, die Aussagen auf einer Skala von 1 („stimme überhaupt nicht zu“) bis 7 („stimme voll und ganz zu“) zu bewerten. Für die folgende Darstellung wurden diejenigen, die zugestimmt haben (> 4) in Prozentangaben überführt.

Zustimmung zu antikapitalistischen und globalisierungskritischen Aussagen (Angaben in Prozent)

Tabelle 4.3.2

	Gesamt	West	Ost
Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.	28,9	24,4	46,2
Der amerikanische Imperialismus ist die eigentliche Gefahr für den Weltfrieden.	34,3	34,6	33
Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt.	30,9	28,3	40,8
Faschistische Tendenzen haben in der Bundesrepublik ein bedrohliches Ausmaß angenommen.	42,3	38,1	58
Die Ausplünderung der Dritten Welt durch die kapitalistischen Industriestaaten muss beendet werden.	72,2	72,3	72
Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.	46	43,4	55,6
In der Bundesrepublik bestehen noch die alten Gegensätze zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse.	59,9	57,5	69
Von der Globalisierung profitieren nur die mächtigen Wirtschaftsinteressen.	72,6	72,1	74,4
Die internationalen Finanzmärkte sind Schuld an der weltweit wachsenden sozialen Ungleichheit.	73,2	72,2	77
Die Vergangenheit zeigt, dass sich Sozialismus nicht verwirklichen lässt.	51,4	55	37,8

Fragebogen nach Stöss 2008

Insgesamt sind diese Aussagen vor allem in Ostdeutschland in den meisten Fällen für eine deutliche Mehrheit, zum Teil für über zwei Drittel der Bevölkerung, zutreffend. Aber auch in der westdeutschen Bevölkerung ist eine antikapitalistische und globalisierungskritische Einstellung weit verbreitet.

Stöss schlägt eine Unterscheidung zwischen Globalisierungskritiker/innen und Antikapitalist/innen vor (Stöss 2008, S. 41 f.). Um den jeweiligen Anteil an der Bevölkerung zu ermitteln, bildet er aus jeweils drei Aussagen Dimensionen. So gehen die Aussagen „Wirtschaftsunternehmen verstaatlichen“, „Demokratie nur ohne Kapitalismus“ und „Gegensätze zwischen den Klassen“ in die Dimension Antikapitalismus ein und die Aussagen „Ausplünderung der Dritten Welt beenden“, „von der Globalisierung profitieren Wirtschaftsinteressen“ und „Finanzmärkte sind

Schuld an sozialer Ungleichheit“ in die Dimension Globalisierungskritik (Trennwert oberhalb des Mittelwerts > 12).

Als Oberbegriff zu diesen beiden Dimensionen sieht Stöss „Kapitalismuskritik“ vor (Stöss 2008, S. 44). Den Anteil der Kapitalismuskritiker/innen bestimmt Stöss (und wir folgen ihm hier) durch die Zustimmung zu allen Aussagen des Fragebogens (mit Ausnahme der letzten Aussage „Sozialismus ist nicht zu verwirklichen“, da diese sich teststatistisch nicht bewährt hat). Als Zustimmung gilt ein Trennwert von > 36.

Anteil von Kapitalismuskritiker/innen, Globalisierungskritiker/innen und Antikapitalist/innen in den Jahren 2003 und 2010

Grafik 4.3.3



Ergebnisse für 2003 nach Stöss 2008, S. 44

Zunächst irritieren die sehr hohen Werte in den einzelnen Bereichen. Sehr deutlich ist ein Anstieg sowohl in der Hauptdimension als auch in den Unterdimensionen zu verzeichnen. In der deutschen Bevölkerung sind Globalisierungskritiker/innen etwa doppelt so häufig anzutreffen wie Kapitalismuskritiker/innen. Als Antikapitalist/innen im Sinne Stöss' ist nicht ganz die Hälfte der Deutschen zu bezeichnen.

Wir können diesen Befund mit den Untersuchungsergebnissen der Bielefelder Arbeitsgruppe in Zusammenhang setzen (Schmid & Bös 2010). Diese hatte in ihrer letzten Erhebung festgestellt, dass in der Bevölkerung die Unzufriedenheit mit der Verfasstheit der Gesellschaft sehr groß, die Idee einer Alternative aber faktisch nicht vorhanden ist. Dieser still-

schweigende Entzug der „Geschäftsgrundlage“ muss bei der von Schmidt & Bös beschriebenen Alternativenlosigkeit (Schmid & Bös 2010) als politisch hoch brisant bezeichnet werden. Hier schließt sich die Untersuchungsfrage an, ob das Fortbestehen oder eher das Aufleben von volksgemeinschaftlichen Alternativen zur bestehenden Gesellschaftsordnung im Hintergrund dieses Antikapitalismus steht.

Zusammenhang von Rechtsextremismus, Kapitalismuskritik und Globalisierungsgegnerschaft

Dies führt uns zu einer weiteren Frage: Bereits die weite Verbreitung und hohen Zustimmungswerte in der bundesdeutschen Bevölkerung zu anti-kapitalistischen Aussagen geben der Annahme, dass Antikapitalismus kein Alleinstellungsmerkmal der Linken ist, wie Stöss es formulierte, hohe Plausibilität. Rechtsextreme Gruppierungen versuchen mit diesem Pfund zu wuchern. Die politische Deprivationserfahrung (vgl. Kapitel 4.1) bei gleichzeitiger Unzufriedenheit mit dem Funktionieren des demokratischen Systems und der Wirtschaftsordnung machen deutlich, wie groß die Gefahr für entsprechende Angebote ist. Berücksichtigt man die Zustimmung zur Diktatur im Rechtsextremismus-Fragebogen, dann wird die Dringlichkeit deutlich. Um den Zusammenhang von Rechtsextremismus, Kapitalismuskritik und Globalisierungsgegnerschaft abzubilden, haben wir den von Stöss vorgelegten Fragebogen eingesetzt und den Zusammenhang mit der rechtsextremen Einstellung mittels Produkt-Moment-Korrelationen²³ untersucht.

Zusammenhang (Produkt-Moment-Korrelation) von rechtsextremer Einstellung und Kapitalismuskritik, Globalisierungskritik und Antiamerikanismus

Tabelle 4.3.4

	Kapitalismuskritik	Globalisierungskritik	Antikapitalismus	Antiamerikanismus
Rechtsextreme Einstellung	,260**	,111*	,274**	,058**

Alle Zusammenhänge sind hoch signifikant (nach Chi-Quadrat-Test nach Pearsons < .001)

23 Zur Erläuterung der teststatistischen Begriffe und Methoden vgl. das Glossar im Anhang.

Die deutlich ausgeprägten teststatistischen Signifikanzen zeigen den engen Zusammenhang von rechtsextremer Einstellung und den entsprechenden Dimensionen an. Nur Antiamerikanismus ist sehr gering mit der rechtsextremen Einstellung korreliert. Berücksichtigen wir die Befunde der vorhergehenden „Mitte“-Studien zur Funktion der Identifikation mit dem Wirtschaftssystem, dann könnte sich in der zunehmenden Ablehnung des Kapitalismus ein Rückfall in die Identifikation mit älteren Motiven zeigen (Bohleber 1998). Die Gewaltverhältnisse in dieser „Volksgemeinschaft“ nehmen allerdings auch zu. So werden nicht nur immer wieder „Fremde“ im Verhältnis zur „Gemeinschaft“ bemessen, wie zum Beispiel bei der Unterteilung in Ausländer/innen, die „uns bereichern“, und jenen, „die auf unsere Kosten leben“ (vgl. Decker et al. 2008, S. 197 ff.). Solcherart können auch Angehörige dieser „Gemeinschaft“ selbst solche autoritären Aggressionen auf sich ziehen, wie etwa „Arbeitsscheue“ (vgl. Decker et al. 2008, S. 155). Beides spricht für die Vermutung einer völkischen Alternative als Referenz hinter diesem Antikapitalismus (Peukert 1982).

Kommunikationslatenz:

Antisemitismus, Antiamerikanismus und Antikapitalismus

Hieran schließt die Frage an, ob Juden wiederum als „Fremde“ und mit Ressentiments aufgeladener Gegenpol zu dieser eher völkisch orientierten Kapitalismuskritik wahrgenommen werden. Mit Blick auf die im Vergleich zur wachsenden Befürwortung diktatorischer Regierungsformen, des Chauvinismus und der Ausländerfeindlichkeit seit 2008 ist der gleichbleibende Anteil an Antisemit/innen in der Bevölkerung zwar kein Grund zur Freude, doch ist es zunächst beruhigend, dass dieser Wert in 2010 nicht auch angestiegen ist. Allerdings ist für den Antisemitismus in Deutschland seit 1945 eine „Umwegshypothese“ bzw. eine „Kommunikationslatenz“ (Bergmann & Erb 1986) angenommen worden. Hierfür spricht, was Dan Diner als Interpretation der Gemeinsamkeiten beider, Antisemitismus und Antiamerikanismus, vorgeschlagen hat (Diner 2002): dass diese Phänomene sowohl hinsichtlich der psychischen Funktion als auch in ihrer Reaktion auf die Moderne gemeinsame Wurzeln haben (vgl. auch Kapitel 2.1). Die Gemeinsamkeiten von Antisemitismus und

Antiamerikanismus lägen auf der Erscheinungsebene in der Personifizierung von Modernisierungsfolgen, Manichäismus und der Konstruktion eines identitären Kollektivs (Beyer & Liebe 2010). Es wird aber nicht nur auf der Erscheinungsebene, sondern auch hinsichtlich des Funktionsverständnisses von einer Gemeinsamkeit beider ausgegangen.

Wenn das zutrifft, dann kann die These formuliert werden, dass anstelle eines Antisemitismus der Antiamerikanismus infolge der krisenhaften Situation in der Mitte der Gesellschaft zunimmt. Die deutliche Zunahme bei der Zustimmung zu diktatorischen, ausländergefeindlichen und chauvinistischen Aussagen bei gleichbleibendem Antisemitismus könnte dann als sozial erwünschtes Antwortverhalten bei einem nicht geringen Teil der Bundesdeutschen gelten. Dieser Teil der Bevölkerung würde im Sinne einer psychischen Kompromissbildung zwar keine Vorurteile gegenüber Juden, sehr wohl aber gegenüber US-Amerikaner/innen äußern. Für eine solche Interpretation sprechen aktuelle Befunde (z. B. Beyer & Liebe 2010; Knappertsbusch & Kelle 2010). Die rechtsextrem motivierten Stereotype gegenüber den USA haben häufig einen antisemitischen Hintergrund. Insbesondere an der sogenannten Globalisierung wird die Bedrohung von „Völkern“ und ihren „Identitäten“ festgemacht, für die in der Summe das US-amerikanische Kapital steht, wenn nicht sogar das „Ostküsten-Kapital“. Im letztgenannten Stereotyp verbindet sich der Antiamerikanismus mit dem Antisemitismus. Die Bedrohung der „völkischen Identität“, die mit dem Feindbild USA von „rechts“ verbunden wird, wird in dieser Sichtweise durch Dekadenz, egoistische und entfremdende Lebensweise und Dekadenz ausgelöst. Häufig wirkt dabei unausgesprochen noch die nationalsozialistische Unterscheidung zwischen „schaffendem und raffendem Kapital“, die unter den Vorzeichen der aktuellen Weltwirtschaftskrise ein Comeback feiert, wie Knappertsbusch & Kelle (2010) zeigen konnten. Dieses Mal erscheint diese Denkfigur in der Gegenüberstellung des „ehrbaren Kaufmanns“ und „Managementkonzepten aus dem ‚Siegerland‘“, wie es der Wirtschaftswissenschaftler Daniel Klink unfreiwillig offenherzig formulierte (Knappertsbusch & Kelle 2010, S. 145). Unabhängig davon, darauf sei an dieser Stelle hinge-

wiesen, dass die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise durchaus auf dem amerikanischen Immobilienmarkt ihren Ausgang genommen hat, liegt das Problem in zwei Aspekten: Es liegt zum einen in der für projektive Vorurteile typischen moralischen Individualisierung bzw. Personalisierung ökonomischer Krisenphänomene (vgl. Unterscheidung zwischen Antiamerikanismus und berechtigter Kritik an US-amerikanischer Politik zu Anfang dieses Kapitels), zum anderen in der – hier noch einmal deutlich erkennbaren – Funktion des bundesrepublikanischen Nachkriegswohlstands als „narzisstische Plombe“. Die Kompensation für das Größenerleben Nazideutschlands wird in dieser historischen Kontinuität der Gegenüberstellung von „ehrbarem Kaufmann“ und US-amerikanischer Siegerwirtschaft sichtbar – und darin, wie bei einer wahrgenommenen Bedrohung dieser Identifikation mit Größe und Stärke alte Ressentiments auch bei jüngeren Generationen freigesetzt werden (vgl. Kapitel 2.2).

Daher wurde der Zusammenhang von Antisemitismus und Rechtsextremismus untersucht. Wenn die These vom Zusammenhang von Antisemitismus und Antiamerikanismus zutrifft, dann muss sich eine Korrelation zwischen beiden feststellen lassen. Weiterhin muss sich der Zusammenhang von Antisemitismus, Rechtsextremismus und Globalisierungskritik in den Daten als Korrelation abbilden.

Zusammenhang (Produkt-Moment-Korrelation) von Antisemitismus und Kapitalismuskritik, Globalisierungskritik und Antikapitalismus

Tabelle 4.3.5

	Kapitalismuskritik	Globalisierungskritik	Antikapitalismus
Antisemitismus	,198**	,077**	,202**

Alle Zusammenhänge sind hoch signifikant (nach Chi-Quadrat-Test nach Pearsons, < .001)

Der Zusammenhang der antikapitalistischen Einstellung mit dem Antisemitismus ist besonders ausgeprägt. Ähnliches gilt für die Kapitalismuskritik. Zwischen Globalisierungskritik und Antisemitismus besteht nur ein gering ausgebildeter Zusammenhang.

Betrachtet man Pole, also die Dimensionen Antikapitalismus und Globalisierungskritik, dann ist tatsächlich nicht nur die Kommunikationslatenz, sondern auch die völkische Orientierung dieses Antikapitalismus deutlicher: Während sich Globalisierungskritik auf Verteilungsgerechtigkeit in der Welt richtet, ist Antikapitalismus auf Verteilungsgerechtigkeit in einem Land orientiert. Nehmen wir diesen Hinweis auf die Gültigkeit der Kommunikationslatenz ernst, ist es zusätzlich noch interessant, wie eng Antisemitismus und Antiamerikanismus im Antwortverhalten zusammenhängen.

**Zusammenhang (Produkt-Moment-Korrelation)
von Antisemitismus und Antiamerikanismus**

Tabelle 4.3.6

	Die US-Amerikaner sind daran schuld, dass wir so viele Weltkonflikte haben.	Mir sind die US-Amerikaner eher sympathisch.	Ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten US-Amerikaner unangenehm sind.	Der US-Imperialismus ist eine Gefahr für den Weltfrieden.
Antisemitismus	,085**	-,03**	,076**	,253**

Alle Zusammenhänge sind hoch signifikant (nach Chi-Quadrat-Test nach Pearsons, < .001)

Die Zusammenhänge sind – bis auf Ausnahme der Kennzeichnung eines „US-Imperialismus als Gefahr für den Weltfrieden“ – deutlich geringer ausgeprägt. Dieses Ergebnis spricht nicht gegen die These, aber auch nicht eindeutig für ihre Wirkmächtigkeit. Anders ist das allerdings bei dem sehr hohen Zusammenhang, der sich beim Stichwort „US-Imperialismus ist Gefahr für den Weltfrieden“ verbindet. Dieses Statement ist bei über 30% der Bevölkerung zustimmungsfähig und zeigt eine deutliche Nähe zum Antisemitismus.

Bestimmte Formulierungen sind offensichtlich eher dazu angetan, als Reiz eine Kommunikationslatenz zu aktivieren. Hierzu gehören in jedem Fall inhaltliche Verbindungen von „Finanzkapital“ und „Bedrohung“ durch einen übermächtigen Gegner.

Kriegseinsatz und Islamfeindschaft

Zuletzt hat eine Äußerung des ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler eine starke Resonanz in Politik und Gesellschaft ausgelöst, weil er die wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik unmittelbar mit einem Kriegseinsatz deutscher Soldaten verbunden hat. Diese in der bundesrepublikanischen Politik durchaus als konsensfähig zu bezeichnende Einschätzung, dass auch deutsche Wirtschaftsinteressen, wie etwa der Zugang zu Naturressourcen oder die Verteidigung von Handelswegen fernab des Bundesgebiets, als Ziele durch die Bundeswehr zu erkämpfen sind, geht deshalb in die Erhebung mit ein. Im Jahr 2003 wurde ebenfalls nach der Zustimmung zum Kriegseinsatz deutscher Soldaten gefragt (vgl. Tabelle 4.3.7).

**Zustimmung zum Kriegseinsatz deutscher Soldaten
im Vergleich von 2003 und 2010** (Angaben in Prozent)

Tabelle 4.3.7

	Gesamt		West		Ost	
	2003	2010	2003	2010	2003	2010
Zur Bekämpfung des Terrorismus müssen auch deutsche Soldaten bereit sein für einen Kriegseinsatz.	33,7	33,1	36,6	33,9	22,5	20,2

Die Forderung nach einem Kriegseinsatz deutscher Soldaten findet gegenwärtig überraschend wenig Zustimmung in der Bevölkerung. Es bleibt eine Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen, aber auch im Westen hat die Kriegsbefürwortung abgenommen.

Islamfeindlichkeit in der deutschen Bevölkerung

Die deutliche Zunahme islamfeindlicher Äußerungen wird durch die Zustimmung zur Forderung, die Religionsausübung für Muslime einzuschränken, noch untermauert. Auf die Schwierigkeiten in der Auseinandersetzung mit der muslimischen Religion in Europa ist schon hinge-

Zustimmung zu islamfeindlichen Aussagen (Angaben in Prozent)

Tabelle 4.3.8

	Gesamt		West		Ost	
	2003	2010	2003	2010	2003	2010
Ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten Araber unangenehm sind.	44,2	55,4	45,8	55,5	38,2	55,2
Für Muslime in Deutschland sollte die Religionsausübung erheblich eingeschränkt werden.	nicht erhoben	58,4	nicht erhoben	53,9	nicht erhoben	75,7

wiesen worden, etwa in der sogenannten Kopftuch-Debatte (Haug & Reimer 2005). Auch in der Studie „Ein Blick in die Mitte“ (Decker et al. 2008) wurde die Dynamik dieser Fremdgruppenkonstruktion sichtbar, die sehr viel mehr Auskunft über die Eigengruppe gibt, die diese projektive Aufladung braucht. Die Emanzipation der Politik von religiösen Sinnbezügen war eines der zentralen Anliegen der europäischen Aufklärung. Die Grenzen dieser Säkularisierung und der Moderne werden aber sichtbar in der mit Ressentiments aufgeladenen Debatte, die die Religionsfreiheit für eine damit definierte Fremdgruppe einschränken will.

Geschlossenes rechtsextrêmes Weltbild und Islamfeindlichkeit

(in Prozent)

Tabelle 4.3.9

Zustimmung bei Befragten	die rechtsextrêmes Aussagen überwiegend ablehnend gegenüberstehen	mit geschlossenem rechtsextrêmes Weltbild
Ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten Araber unangenehm sind.	53,7	73,8
Für Muslime in Deutschland sollte die Religionsausübung erheblich eingeschränkt werden.	55,5	89,5

In Anlehnung an die eben diskutierte Kommunikationslatenz des Antisemitismus scheint ein ähnliches Phänomen der Latenz der Ausländerfeindlichkeit durch islamfeindliche Äußerungen sichtbar zu werden. Rechtsextreme, insbesondere ausländerfeindliche Positionen scheinen sich leichter im Sinne eines „modernen Rassismus“ oder auch einer kulturalistischen Argumentation äußern zu lassen. Nicht mehr mit einem biologisch geprägter Rassismus, wie er etwa in unserer Formulierung von der „Entfremdung Deutschlands durch die vielen Ausländer“ mit schwingt und der an der genetischen Minderwertigkeit ansetzt scheint mehrheitsfähig zu sein. Eher scheint ein Rassismus, der an den kulturellen Unterschieden ansetzt, des Ressentiments unverdächtig und damit ohne Vorbehalte zu äußern. Hinter einem solchen modernen Rassismus stünden durchaus genauso antidemokratische Ressentiments, etwa in der Ethnisierung sozialer Konflikte, und in der Islamfeindlichkeit können sie scheinbar sozial akzeptierter manifest werden. Diese Akzeptanz islamfeindlicher Aussagen bietet für rechtsextreme Parteien oder Rechtspopulisten eine Möglichkeit, an einen antidemokratischen Ressentiment in der öffentlichen Meinung anzuschließen, um auf diesem Weg auch anderen ideologischen Elemente des Rechtsextremismus in der Öffentlichkeit Raum und Akzeptanz zu verschaffen, wie etwa dem klassischen Rassismus von der Vererbung minderwertiger Eigenschaften in bestimmten Bevölkerungsgruppen. Das umgekehrt nicht alle Befragten mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild den islamfeindlichen Aussagen zustimmen, kann zum einen mit der Akzeptanz von „Völkern“ begründet werden, wie sie in der Globalisierungskritik von Rechts zum Ausdruck kommt. In dieser wird vor allem die Vermischung der „Völker“ als Problem benannt, zunächst nicht deren Wertigkeit in ihren „angestammten Siedlungsgebieten“ angezweifelt. Zum anderen kann die Religionsausübung als ein „wertkonservatives“ Moment möglicherweise auch auf Akzeptanz bei Rechtsextremen stoßen.

5. Zusammenfassung, Diskussion und Abschlussthesen

In diesem Kapitel wird der theoretische Rahmen der „Mitte“-Studien eingangs kurz zusammengefasst. Anschließend werden die Ergebnisse der aktuellen Studie 2010 dargestellt und diskutiert. Schließlich werden die möglichen Konsequenzen in Form von Thesen vorgestellt. Ein wichtiger Aspekt sind politische Handlungsempfehlungen: Was kann in Politik und Gesellschaft getan werden, um die Demokratie zu stärken?

5.1 Von der Mitte und dem Rand – Theoretische Grundlagen der „Mitte“-Studien

In *Kapitel 1* haben wir die Begrifflichkeit unseres Untersuchungsgegenstands – der „Mitte“ – dargestellt und warum wir bei der Untersuchung versuchen, die Mitte von ihrem scheinbaren Rand zu erfassen. Gegen den Rechtsextremismusbegriff sind von verschiedener Seite wiederholt Einwände vorgetragen worden. Zwei Kritikpunkte werden am häufigsten genannt: erstens, dass der Begriff die damit bezeichnete antidemokratische Einstellung sprachlogisch – als ein Extrem – an den „Rand“ der Gesellschaft schiebt, und zweitens, dass die ihm zugrunde liegende Logik der Extremismustheorie links(extrem) und rechts(extrem) gleichsetzt. Wir teilen diese Einwände und halten trotzdem am Rechtsextremismusbegriff fest, da wir durchaus ein „extremes“ Phänomen untersuchen. Allerdings sehen wir die Entstehungsbedingungen in der Gesellschaft selbst und gehen außerdem davon aus, dass die (scheinbare) Abweichung Erkenntnisse über das Funktionieren der Norm ermöglicht. Darauf verweisen auch die Titel der „Mitte“-Studien: Untersucht wird die Verbreitung rechtsextremer Einstellung in der „Mitte“ der Gesellschaft.

Um diesen „Extremismus der Mitte“ nicht nur empirisch beschreiben, sondern auch die Daten analytisch einordnen zu können, sind wir anschließend in *Kapitel 2* auf die sozialpsychologischen Bedingungen der politischen Einstellung generell eingegangen, die sich im Extrem exemplarisch untersuchen lässt. Diese Untersuchungskonzeption geht auf die Ergebnisse unserer bisherigen Studien zurück, die auf das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft als eine Quelle der Gefährdung der Demokratie hinweisen. Theoretischer Ausgangspunkt hierfür waren die Studien zur Autorität aus dem Umfeld des exilierten Frankfurter Instituts für Sozialforschung. Diese Arbeiten aus den 1930er- und 1940er-Jahren sind in bestimmter Hinsicht veraltet, ihre Freud'sche Konzeption des Vaters als zentraler Sozialisationsinstanz wurde schon früh von Ansätzen abgelöst, die die Sozialisationsinflüsse von Peers und Milieus betonen. Dennoch haben die grundlegenden Ergebnisse der Autoritätsstudien weiterhin Gültigkeit: Das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft bleibt ein grundlegendes Problem auch in der Gegenwart. Denn die Gesellschaft begegnet dem Einzelnen weiterhin mit – wenn auch größtenteils symbolischer – Gewalt. Dieser bis ins Erwachsenenalter reichende Prozess der Vergesellschaftung darf gerade in der Rechtsextremismusforschung nicht ignoriert werden. Das Konzept des Autoritären Charakters hat sich nicht erledigt: Die Identifikation mit einer Autorität stabilisiert und entschädigt für die tägliche Anerkennung der Fremdbestimmtheit. Wirtschaftlicher Wohlstand ist eine „narzisstische Plombe“ (Decker et al. 2008), die Identifikation mit der Stärke der Wirtschaft und die Teilhabe am Reichtum entschädigt für die erfahrene Unterwerfung. Die Ambivalenz gegenüber der Gesellschaft, die die Unterwerfung unter ihre Prinzipien mit dieser Identifikation entlohnt, wird in dem Moment sichtbar, in dem dieser Lohn nicht mehr ausgezahlt wird. Das heißt, dass in der aktuellen (wirtschaftlichen) Krise, in der diese Gratifikation entfällt, gerade die sogenannte Mitte zur Gefahr für die Demokratie werden könnte.

An diese Überlegungen anknüpfend wurde Thema, was die „Mitte“ und insbesondere ihr Verhältnis zum „Rand“ ausmacht. Damit erfährt der Begriff der „Mitte“, der von uns bisher eher deskriptiv behandelt wurde, nun eine Einordnung in den theoretischen Zusammenhang. Der Begriff

einer gesellschaftlichen Mitte bezeichnet das, was zwischen „oben“ und „unten“ ist, häufig die „Normalverdiener/innen“, die Mittelschicht. Diese steht im Verhältnis zu „oben“ und – viel wichtiger – zu „unten“, was die ständige Gefahr des sozialen Abstiegs impliziert, wenngleich in „guten Zeiten“ auch ein Glücksversprechen des Aufstiegs. Mit der gesellschaftlichen Lage ist immer auch die politische Einstellung verbunden. Eine reichhaltige Literatur verweist daraus folgernd auf die besondere Latenz autoritärer bzw. rechtsextremer Einstellung in der „Mitte“. Die „Mitte“ ist aber nicht nur ein analytischer Begriff der Soziologie. Vielmehr werden mit diesem Begriff normative ordnungspolitische Vorstellungen entweder implizit oder explizit transportiert und ausgedrückt. Das unterstreicht die Brisanz, die der „Mitte“ anhaftet.

Auf die theoretische Einordnung folgte die Betrachtung der aktuellen gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen: Das zweite Kapitel beleuchtet daher auch die Prozesse der Prekarisierung in Zeiten der Krise und das damit einhergehende „Schrumpfen der Mitte“. Zunehmende Ungleichheit und Unsicherheit innerhalb der Gesellschaft seit den 1990er-Jahren, wachsende Prekarität und die Krise der Arbeitsgesellschaft bedeuten im Rückschluss, dass die Wohlstands- und Sicherheitsversprechen an die Einzelnen nicht mehr eingelöst werden können bzw. die begründete oder unbegründete Angst vor ökonomischem und sozialem Abstieg wächst. Da aber die Identifikation mit dem gesellschaftlichen Reichtum und die persönliche Teilhabe an ihm eine zentrale Funktion der Integration ausübt, löst die Bedrohung desselben jenen „Extremismus der Mitte“ aus, den schon Lipset hervorhob.

Mit den sozialpsychologischen Vorüberlegungen zur Mitte, zur Krise und rechtsextremer Einstellung wird deren Wechselverhältnis deutlich. Mit diesem Rahmen lassen sich die 2010 erhobenen und von uns dann im folgenden *Kapitel 3* dargestellten und analysierten Daten in Einklang bringen und es wird möglich, daraus in *Kapitel 4* konkrete Schlussfolgerungen zu ziehen.

5.2 Die Ergebnisse – Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2010

Die theoretischen Vorannahmen und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen machten für die Erhebung 2010 die Ökonomie und die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf rechtsextreme Einstellungen zum zentralen Erkenntnisinteresse. Ausgehend davon, dass die rechtsextreme Einstellung durch eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation begünstigt wird, gingen wir der Frage nach, ob sich diese Hypothese angesichts der aktuellen Befragung als richtig erweist. Angesichts der in Kapitel 3 und 4 vorgestellten Ergebnisse zeichnet sich ab, dass die besorgniserregende Wirkung der ökonomischen Krise mit zeitlicher Verzögerung greift. Wir müssen in 2010 einen Anstieg von dezidiert antidemokratischen und rassistischen Einstellungen feststellen und beobachten zudem eine leichte Zunahme der sozialdarwinistischen Ungleichwertigkeitsvorstellung. Während bis 2008 die Erhebungen in einer ökonomischen Schönwetterperiode stattgefunden haben und der – immer noch hohe – Sockel an rechtsextremer Einstellung langsam abgenommen hat, ist nun möglicherweise eine Trendwende auszumachen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist diese Entwicklung insbesondere auf die Auswirkungen der ökonomischen Krise zurückzuführen. Diese Wirkung betrifft nicht nur die Zustimmung zu rechtsextremen Ideologien, deren weiteres Anwachsen in den nächsten Jahren nicht unwahrscheinlich ist, sondern auch die bereits jetzt messbaren Veränderungen im Verhältnis zur Ökonomie – insbesondere den Zusammenhang von antidemokratischer Kapitalismuskritik und rechtsextremer Einstellung: Vorstellungen von einer Volksgemeinschaft als Schicksalsgemeinschaft machen sich schon jetzt bemerkbar, etwa in der Unterscheidung von „Ausländer/innen“, die „uns“ etwas bringen, und jenen, die eine Belastung für das „Gemeinwohl“ darstellen.

Keine Entwarnung: Der Wunsch nach Diktatur und die Zunahme von Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit und Sozialdarwinismus gefährden die Demokratie

Während wir im Jahr 2006 einen Rückgang der rechtsextremen Einstellung verzeichnen konnten, müssen wir 2010 feststellen, dass die Zustimmung in den meisten Dimensionen angestiegen ist. So hat sich der Trend, dass seit 2002 immer weniger Deutsche eine Diktatur befürworten, umgekehrt: 2010 wünscht sich in Deutschland gut jede/r Vierte eine „starke Partei“, die die „Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“, mehr als jede/r Zehnte einen „Führer“, der „Deutschland zum Wohle aller mit harter Hand regiert“. Und etwa jede/r Zehnte hält eine „Diktatur“ für „die bessere Staatsform“. Durchschnittlich allen drei Aussagen gleichzeitig stimmt jede/r zwanzigste Deutsche zu. Vor dem Hintergrund der geringen Zustimmungswerte zur gegenwärtigen Demokratie in Deutschland von gerade einmal 73,6% zur Verfassungsnorm und 46,1% zur Verfassungsrealität ist das ein Ergebnis, das die Gefahr der rechtsextremen Einstellung in der Mitte der Gesellschaft sichtbar macht. Die weit verbreitete Fiktion einer „Volksgemeinschaft“, die von einem einheitlichen Interesse getragen wird und die durch eine Partei oder einen Führer repräsentiert wird, ist zutiefst antidemokratisch. Gelingt es dieser mit Ressentiments aufgeladenen diktatorischen Vorstellung tatsächlich, eine Hegemonie in der Mitte auf Dauer zu festigen, würde das auch das Gesicht der Gesellschaft verändern und die Demokratie in ihren Grundfesten gefährden.

Der Anstieg in den anderen Dimensionen des Rechtsextremismus-Fragebogens gibt einen Eindruck von den politischen Folgen eines solcherart mehrheitsfähig gewordenen gesellschaftlichen Klimas. Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit wurden 2010 ebenfalls stärker befürwortet als noch im Jahr 2008.

Die Forderung, man müsse Deutschland die „Macht und Geltung verschaffen, die ihm zusteht“, findet die Zustimmung von mehr als jede/r vierten Deutschen, ein „hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“ wünscht sich jede/r Dritte und „Mut

zu einem starken Nationalgefühl“ wünschen sich fast 40% der Bevölkerung. Mit gut 20% stimmt jede/r fünfte Deutsche diesen Aussagen insgesamt zu, 2008 taten dies noch knapp 15%. Deutlich stärker als im Jahr 2008 ist in 2010 auch der Rassismus ausgeprägt. Ein Viertel der Bevölkerung stimmt den Aussagen ausländerfeindlichen Inhalts zu – im Unterschied zu 2008, als diese Gruppe noch etwa ein Fünftel der Bevölkerung ausmachte. Das Ausmaß der Ausländerfeindlichkeit wird bei den Einzelaussagen deutlich. Durchgängig mehr als 30% der Deutschen stimmen folgenden Aussagen zu: „Ausländer kommen, um den Sozialstaat auszunutzen“, bei knappen Arbeitsplätzen „sollte man Ausländer wieder in ihre Heimat schicken“ und durch „die vielen Ausländer“ werde Deutschland „in einem gefährlichen Maß überfremdet“.

Beide Einstellungsdimensionen – Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit – sind in ihrem Kern zu verstehen als Mechanismen der Selbstaufwertung und Fremdgruppenabwertung. Der Chauvinismus zehrt noch deutlich von der Fiktion einer „Volksgemeinschaft“ als Schicksalsgemeinschaft, die nach innen und außen ihre Interessen hart durchsetzen muss, was zum Beispiel in der Forderung nach einer Diktatur zum Ausdruck kommt. Bei der Ausländerfeindlichkeit scheint dieser Aspekt auf den ersten Blick nicht mit enthalten zu sein. Allerdings konnten wir bereits in unserer Gruppendiskussionsstudie „Ein Blick in die Mitte“ von 2008 feststellen, dass der Rassismus mit der Vorstellung kultureller Minderwertigkeit, also kulturalistischen Argumenten, sehr wohl dazu beiträgt, zwischen nützlichen Migrant/innen, die „uns“ etwas bringen, und jenen Migrant/innen, die „nicht zu uns passen“ und kulturell rückständig seien, zu unterscheiden. So greifen im modernen Rassismus die biologisch-rassistischen und kulturalistischen Begründungen ineinander.

Hierzu passt auch die vierte Dimension der rechtsextremen Einstellung, bei der wir einen deutlichen Anstieg der Zustimmung verzeichnen mussten. Der Sozialdarwinismus wird in unseren Untersuchungen eher von einer kleinen Gruppe geteilt. In Deutschland stimmen 2010 knapp 11% der Befragten der Aussage zu, es gäbe „wertvolles und unwertes Leben“,

deutlich mehr als jede/r Zehnte sieht die Deutschen „anderen Völkern von Natur aus überlegen“ und wünscht sich, dass sich „wie in der Natur in der Gesellschaft der Stärkere“ durchsetze. Die Gruppe derjenigen, die allen drei Aussagen zum Sozialdarwinismus im Durchschnitt zustimmen, ist von 3,1% in 2008 auf 3,9% in 2010 angestiegen. Diese Tendenz akzentuiert das Bild von der Veränderung des gesellschaftlichen Klimas.

Dass auf den Dimensionen „Antisemitismus“ und „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ im Jahr 2010 keine Zunahme im Vergleich zu 2008 festzustellen war, kann vor diesem Hintergrund nur bedingt beruhigen. Diese durchaus gute Nachricht ist auch eine schlechte Nachricht: Der Anteil der Bevölkerung, der antisemitisch eingestellt ist und dies offen bei allen drei Aussagen dieser Dimension zu erkennen gibt, liegt weiterhin bei knapp 10 %. Jede einzelne der antisemitischen Aussagen des Fragebogens findet mit 15 % und mehr der Bevölkerung noch mehr Anhänger/innen als alle drei zusammen: Vorstellungen, dass der „Einfluss der Juden zu groß“ ist, dass „Juden mehr als andere mit üblen Tricks arbeiten“ und dass „sie etwas Besonderes und Eigentümliches an sich haben und nicht so recht zu uns passen“ sind keineswegs Ansichten am Rand der Gesellschaft.

So überrascht es auch nicht, dass wiederum gut jede/r Zehnte in der Bevölkerung im „Nationalsozialismus auch die guten Seiten“ sehen will, 7% der Deutschen die „Verbrechen des Nationalsozialismus“ für „weit übertrieben“ halten und 10% in „Hitler einen großen Staatsmann“ sehen, wenn es die Shoah nicht gegeben hätte.

Rechtsextreme Einstellung in den Bevölkerungsgruppen

Betrachtet man die Befunde in Bezug auf gesellschaftliche Gruppen, die nach verschiedenen Merkmalen (Geschlecht, Alter, Bildung) differenziert wurden, stehen sie im Einklang mit bisherigen Untersuchungen. Auch in der Erhebung von 2010 zeigt sich ein Unterschied zwischen Männern und Frauen, doch ist er in den meisten Dimensionen der rechtsextremen Einstellung nicht mehr statistisch bedeutsam. Frauen äußern tendenziell

weniger Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen als Männer. Aber der Abstand zwischen Frauen und Männern ist nur in der Dimension des Chauvinismus mit vier Prozentpunkten signifikant. In den anderen Dimensionen liegen die Unterschiede zwischen den Geschlechtern nur noch zwischen einem und zwei Prozentpunkten. Dagegen ist der Alters-effekt weiterhin sehr deutlich ausgeprägt, ähnlich wie der Bildungseffekt. Befragte im höheren Lebensalter, also über 60-Jährige, stimmen rechtsextremen Aussagen erheblich häufiger zu als die Gruppen der jüngeren. Grundsätzlich gilt, dass die Zustimmung mit dem Lebensalter steigt. Allerdings gibt es eine interessante Ausnahme: In der Dimension „Chauvinismus“ stimmt jede/r Fünfte der 14- bis 30-Jährigen den Aussagen zu, während sich in der Gruppe der 31- bis 60-Jährigen nur etwa jede/r Sechste (16,6%) chauvinistisch zeigt. Möglicherweise deutet sich hier ein Generationentrend an, dass die Jüngeren Begriffe wie „Nation“ oder „Deutschland“ nicht nur unbelasteter sehen als die Älteren, sondern diese darüber hinaus auch als chauvinistische Bezugspunkte für sich wählen.

Da unter den älteren Jahrgängen generell ein niedrigeres Bildungsniveau anzutreffen ist, könnte dieser Befund mit dem nächsten Ergebnis korrespondieren. Auch in der Erhebung von 2010 zeigten Personen mit niedrigerem Bildungsgrad (kein Abitur) häufiger eine rechtsextreme Einstellung als Personen mit einem Bildungsabschluss (mindestens Abitur). Hier sind die Befunde alle teststatistisch signifikant.

Bei den Ergebnissen zur Frage nach der Parteipräferenz wird deutlich, dass auch Wähler/innen demokratischer Parteien eine rechtsextreme Einstellung aufweisen können. Das gilt ebenfalls für die Mitglieder von Gewerkschaften und die Angehörigen der großen christlichen Konfessionen. Während sich allerdings die Gewerkschafter/innen kaum von den Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern unterscheiden, findet man unter den Angehörigen der christlichen Konfessionen in fast allen Dimensionen mehr Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen als bei Konfessionslosen. Dies zeigt sich vor allem bei den Einstellungsdimensionen Antisemitismus und Chauvinismus.

Angesichts der in Europa bereits fruchtbaren Strategie von Rechtspopulist/innen, die Ängste der Menschen in Krisenzeiten mit dem Schaffen von Feindbildern für sich zu nutzen, haben wir in 2010 – unabhängig vom Rechtsextremismusfragebogen – auch nach Islamfeindlichkeit gefragt. Die Zustimmung zur Aussage „Araber sind mir unangenehm“ macht mit einem Zuwachs von 44,2% in unserer Erhebung aus dem Jahr 2003 auf 55,4% im Jahr 2010 die breite Akzeptanz dieses Ressentiments in der deutschen Bevölkerung sichtbar. Die Religionsausübung für Muslime wollen bundesweit 58,4%, in Ostdeutschland sogar 75,7% der Befragten verbieten.

So gilt auch für das Jahr 2010, dass die rechtsextreme Einstellung in den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen durchgängig und in einem hohen Maß anzutreffen ist.

Politische, soziale und ökonomische Deprivation

Der Zusammenhang von Deprivationserfahrung und rechtsextremer Einstellung ist seit Jahren bekannt. Und wir müssen feststellen, dass die politische Deprivation seit 2006 fast unverändert hoch ist und kaum noch steigen könnte: Über 90% der Bevölkerung geben an, weder einen Sinn darin erkennen zu können, sich politisch zu engagieren, noch das Gefühl zu haben, Einfluss auf die Regierung nehmen zu können. Dieser Befund und seine Konstanz ist ein Alarmsignal. Die oben bereits berichtete Zunahme der Zustimmungswerte zu diktatorischen Regierungsformen wie auch die geringe Zustimmung zur existierenden Demokratie sind Ausdruck einer extrem hohen politischen Deprivation, die in eine Richtung weist: Die Demokratie kann von vielen Bundesbürger/innen nicht mit Leben gefüllt werden.

Die soziale Deprivation ist im Osten leicht gestiegen, im Westen dagegen leicht zurückgegangen. Immerhin mehr als die Hälfte der Befragten berichtet in Ost- und Westdeutschland, in der unmittelbaren Umgebung nicht akzeptiert zu sein. Knapp 40% der gesamtdeutschen Bevölkerung fühlen sich in ihrem Lebensumfeld nicht wohl.

Dagegen scheint die Lebenszufriedenheit in Deutschland weiterhin auf einem sehr hohen Niveau zu sein. Allerdings müssen auch hier leichte Abstriche in der Einschätzung des sozialen Nahbereichs festgestellt werden. Sowohl die Zufriedenheit mit Freunden als auch mit der Familie und der Partnerschaft ist leicht gesunken, die Zufriedenheit mit der Gesundheit ebenfalls.

Einen starken Kontrast zur sozialen und politischen Deprivation bilden die Ergebnisse bezüglich wirtschaftlicher Deprivation: Die Finanz- und Wirtschaftskrise scheint bei den Menschen nicht angekommen zu sein – oder von ihnen nicht wahrgenommen zu werden. Im Vergleich zu 2006 erwarten deutlich mehr Menschen, dass sie in einem Jahr wirtschaftlich so gut oder so schlecht dastehen werden wie heute. Im Gegensatz zu 2006 erwarten im Jahr 2010 sogar geringfügig mehr Menschen, dass es ihnen in einem Jahr wirtschaftlich besser gehen wird und weniger Befragte befürchten, dass ihre wirtschaftliche Lage schlechter sein wird. Vor dem Hintergrund der ökonomischen Krise ist dieser Befund erstaunlich.

Ob die Deutschen mit dieser optimistischen Einschätzung richtig liegen, muss sich erst noch zeigen. Betrachtet man die Entwicklung der vergangenen Jahre, sprechen die Zahlen dafür, dass es auch bei einem wirtschaftlichen Aufschwung nicht zu einer Verbesserung der individuellen Einkommensverhältnisse kommen wird. Die Einkommenssituation hat sich seit 2002 stetig verschlechtert. Unterteilt man die Bevölkerung nach Einkommensgruppen, kann man feststellen, dass die unteren Schichten der Bevölkerung wachsen, während im Osten seit 2002 die Mittelschicht kontinuierlich schrumpft.

Ökonomische Situation und rechtsextreme Einstellung

Umso relevanter erschien es uns, die rechtsextreme Einstellung in dieser ökonomisch-gesellschaftlichen Mitte zu bestimmen. Entlang eines Schichtindex, gebildet entlang des Pro-Kopf-Einkommens, konnte die Stärke der rechtsextremen Einstellung in den jeweiligen gesellschaftlichen Lagen bestimmt werden. Die Schicht mit den niedrigsten Einkom-

men zeigt in West- und Ostdeutschland eine stark ausgeprägte rechtsextreme Einstellung – aber keinesfalls die stärkste und auch nicht als einzige Schicht. In Westdeutschland zeigte die gut verdienende mittlere Mittelschicht zu bestimmten Zeiten eine deutlich stärker ausgeprägte rechtsextreme Einstellung, während in Ostdeutschland eine rechtsextreme Einstellung lange Zeit überwiegend im prekariatsbedrohten Teil der Unterschicht zu finden war. In dem Maße, wie die prekariatisierte Unterschicht anwuchs, nahm auch die rechtsextreme Einstellung in der Gruppe der Abstiegsbedrohten zu. Dies deutet darauf hin, dass die drohende Wanderungsbewegung nach unten für die Stärke der rechtsextremen Einstellung in dieser Gruppe verantwortlich ist. Der tatsächliche Abstieg führte dann auch zur Stabilität der antidemokratischen Einstellung in der anwachsenden Unterschicht. Dabei „strahlt“ die Abstiegsdrohung gewissermaßen in die Mittelschicht „ab“, soll heißen: Die Folgen des gesellschaftlichen Abstiegs auf die politische Einstellung erreicht auch Gruppen, die nicht direkt von ihr betroffen sind. In der einkommensstarken Oberschicht im Osten ist im Übrigen die rechtsextreme Einstellung am schwächsten ausgeprägt.

An unseren Ergebnissen ist besonders bemerkenswert, dass sich die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum objektiv verschlechtert hat, diese Verschlechterung subjektiv aber nicht wahrgenommen zu werden scheint. Diese Veränderung äußert sich offensichtlich eher in einer Zunahme rechtsextremer Einstellung und einem stärkeren politischen und sozialen Deprivationserleben. Der Befund des Auseinanderfallens von wirtschaftlicher Deprivationswahrnehmung und -erwartung einerseits und realer Deprivationserfahrung andererseits führte zur Frage, welcher Faktor die rechtsextreme Einstellung am stärksten beeinflusst – die objektive oder die subjektive wirtschaftliche Situation.

Die individuelle wirtschaftliche Lage ist bei näherer, teststatistischer Analyse nicht der gewichtigste Einflussfaktor auf die politische Einstellung. Die Wirkung der individuellen wirtschaftlichen Deprivation auf die politische Einstellung wird durch andere Faktoren stärker beeinflusst, als dass

sie selbst über eine antidemokratische Einstellung entscheidet. Erwartungsgemäß hat die politische und soziale Deprivation einen deutlich höheren Einfluss auf die rechtsextreme Einstellung. Bildung und Alter – beide korrespondieren wie oben erwähnt miteinander – entscheiden ebenfalls stärker als die individuelle wirtschaftliche Situation über die rechtsextreme Einstellung. Sie erweist sich auch in dieser Untersuchung, wie schon 2006, als nicht wesentliche Größe zur Voraussage einer rechtsextremen Einstellung. Die gesellschaftliche Situation ist erheblich bedeutsamer als die individuelle wirtschaftliche Situation für das Entstehen der rechtsextremen Einstellung. Das deutet auf die Funktion der „Wirtschaft“, genauer gesagt auf die Identifikation mit Macht und Stärke, für die die „deutsche Wirtschaft“ steht, hin – und damit auf die Wirkungskraft des Erklärungsmodells der „narzisstischen Plombe“. Das heißt, die Identifikation mit einer Autorität ist weiterhin Integrationskraft in der Gesellschaft, auch wenn es sich um eine abstrakte, gemeinschaftliche Größe handelt, mit der sich die Menschen identifizieren: die Ökonomie bzw. Warenwelt. In jedem Fall bedeutet die Schwäche dieser nunmehr abstrakten Autorität „Wirtschaft“ eine Schwäche der Bindungskraft an die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft.

Differenziert werden muss auch dieser Befund nach Ost- und Westdeutschland. In Westdeutschland ist das soeben beschriebene Identifikationspotenzial mit der Wirtschaft an sich stärker ausgeprägt als in Ostdeutschland. In Ostdeutschland entscheidet dagegen mehr die persönliche Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum – als die Verfügbarkeit über Waren und Konsum – über die Akzeptanz der Demokratie bzw. umgekehrt über die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen.

Antikapitalismus, Antisemitismus und Antiamerikanismus

Tatsächlich hat die wirtschaftliche Krise auch Spuren in der Einstellung gegenüber dem Wirtschaftssystem in Deutschland hinterlassen. Dieses wird nun selbst in Frage gestellt. Vergleicht man die aktuellen Befragungsergebnisse mit den Daten des Politikwissenschaftlers Richard Stöss aus dem Jahr 2003, so wird das Anwachsen einer kapitalismuskritischen

Haltung deutlich. Im Jahr 2010 sind 63% der Bevölkerung kapitalismuskritisch (2003: 58%), dabei stieg der Anteil der Antikapitalist/innen zwischen 2003 und 2010 von 30% auf 42,6% und der Anteil der Globalisierungskritiker/innen von 78% auf 83% an.

Kapitalismuskritik ist keinesfalls eine Domäne der politischen Linken, wie oftmals angenommen wird: Bereits die NSDAP hatte einen sehr starken antikapitalistischen Flügel und auch wir mussten bei unserer Untersuchung feststellen, dass Rechtsextreme der Kapitalismuskritik und noch stärker dem Antikapitalismus zustimmen. Das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik wird also massiv von „rechts“ in Frage gestellt. In Weiterführung der oben berichteten Befunde von der Identifikation mit Macht und Stärke, die durch die „Wirtschaft“ in Deutschland seit dem Beginn der Bundesrepublik repräsentiert wurde, muss die Ablehnung des „Kapitalismus“ anders interpretiert werden. Es scheint, als würde gegenwärtig das Bild zwischen einem guten, „schaffenden“ Kapital mit nationalen Wurzeln und einem schlechten, „raffenden“ Kapital internationaler Finanzmärkte wiederbelebt. Die in der Alltagskommunikation bemühten Bilder, etwa von „Heuschrecken“, „Raubtierkapitalismus“ und anderem, sprechen dafür.

Hierzu passt, dass es einen engen Zusammenhang zwischen Antisemitismus und einer solcherart bezeichneten antikapitalistischen Einstellung gibt. Bereits früher wurde eine sogenannte Kommunikationslatenz festgestellt. Hiermit werden die Umwege bezeichnet, die der Antisemitismus in Deutschland einschlägt, um sich zu äußern. Der breite politische Konsens gegen Antisemitismus führt zu seiner Äußerung in anderen Bereichen. So kommt es zu einer Verdichtung antidemokratischer Einstellung in der Kapitalismuskritik, die auch deutlich von antisemitischen Ressentiments getragen ist.

Auch wenn der Antiamerikanismus seit unserer Erhebung in 2003 merklich angestiegen ist – einen engen Zusammenhang zum Antisemitismus scheint es nicht zu geben. Die Tendenz, US-Amerikaner/innen für die

Weltkonflikte verantwortlich zu machen, ist nur minimal mit Antisemitismus verbunden. Deutlich stärker allerdings ist der Zusammenhang zwischen der Vorstellung, im „US-Imperialismus“ eine Gefahr für den „Weltfrieden“ zu sehen und einer antisemitischen Haltung.

In diesem Zusammenhang steht möglicherweise auch die abnehmende Akzeptanz von Kriegseinsätzen deutscher Soldaten: Seit 2003 ist die Zustimmung hier von 33% auf 31,1% gefallen.

5.3 Diskussion und politische Konsequenzen

Auch wenn die Wirtschaft wieder boomt: Die Krise ist nicht vorbei. In unseren Ergebnissen und auch in den bestimmenden Themen der öffentlichen Auseinandersetzung zeigt sich, dass die Reaktion auf die Wirtschaftskrise erst langsam zum Tragen kommt und eine andere, nicht mehr wirtschaftliche Krise zur Folge hat. Das liegt im Stellenwert der „starken Wirtschaft“ begründet, in ihrer Funktion, die sie als „narzisstische Plombe“ ausübt.

Gegen xenophobe, also fremdenfeindliche Argumentationen, die mit kulturalistischer und biologischer Begründung eine Art modernen Rassismus salonfähig machen wollen, ist mit dem Hinweis auf Tatsachen nur schwer zu begegnen. Dazu gehört zum Beispiel die wissenschaftliche Erkenntnis, dass Intelligenz nicht als biologisches, sondern als Schicht- und gesellschaftliches Problem von verhinderten Teilhabe- und Entwicklungsmöglichkeiten begriffen werden muss. Oder dass die biologistische Behauptung einer Normalverteilung von Intelligenz in der Bevölkerung ein gewolltes Artefakt ist – und keineswegs „die Realität“. Argumente wie diese haben nur wenig Chancen gegen die Logik des Ressentiments: Erst werden Migrant/innen von den gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten systematisch ausgeschlossen, um ihnen dann die Folgen einer verfehlten Integrationspolitik anzulasten. In beiden Verhaltensweisen kommt dasselbe Ressentiment zum Tragen – und damit zeigen sich die

historisch tieferen Wurzeln des kulturalistisch-biologisch begründeten Rassismus, der in der öffentlichen Auseinandersetzung um Integration gegenwärtig zum Ausdruck kommt.

Verständlich werden diese Wurzeln, wenn man begreift, dass trotz des Veraltens des Autoritären Charakters eine Konstante besteht: Die Identifikation mit einer Autorität entschädigt für die – im Prozess der Vergesellschaftung erfahrene und auch im Erwachsenenalter geforderte – Unterwerfung unter eine Ordnung. Je stärker diese Unterwerfung ist und je gewaltvoller sie diese fordert, umso mehr muss sie selbst einen Ausgleich für diesen Verzicht stellen. Zeigt sich die herrschende Ordnung geschwächt, werden die Aggressionen freigesetzt, die durch die Unterwerfung vorher notwendig wurde. Wie in einem Kessel mit großem Druck eine Schwachstelle zum explosionsartigen Austritt führen kann, so schaffen sich dann die Aggressionen als Ressentiments gegen vermeintlich Schwächere Raum.

Gewalt muss nicht körperlich ausgeübt werden, um diesen Effekt zu haben. Sie kann auch symbolisch sein. Die in den letzten Jahren zunehmende Entsolidarisierung mit gesellschaftlich schwächeren Schichten – vom sogenannten Asylkompromiss bis hin zu Restriktionen für die Bezieher/innen von Transferleistungen – konnte nicht ohne Wirkung auf alle Gesellschaftsmitglieder bleiben. Auch wenn die Gewalt dann nur noch von wenigen erfahren wird – etwa den abgelehnten Asylanten: Die Bilder seiner gefesselten Abschiebung zeigen, zu welcher Gewalt die Gesellschaft gegenüber dem Einzelnen fähig ist. Und dann erfassten die Restriktionen auch jene Menschen, die nicht von ihnen persönlich betroffen waren. Die Aussicht, selbst einer Gewalt ausgesetzt zu sein – und sei es der symbolischen Gewalt durch staatliche Aktivierungsprogramme und die bürokratische Regulierung der persönlichen Bedürfnisse in den intimsten Lebensbereichen – setzte eine psychische Reaktion frei: allerdings nicht die Solidarisierung mit den Marginalisierten und Prekarierten, sondern die Identifikation mit den Instanzen, die „zum Wohle aller“ gegen „Fremde“ und „Sozialschmarotzer“ diese Sanktionen ver-

hängt haben. Die symbolische Gewalt durch staatliche Organisationen wird mit Verweis auf den „Wirtschaftsstandort Deutschland“ legitimiert, was dazu führt, dass dadurch auch die Wirtschaft selbst in ihrer abstrakten Autorität weiter gestärkt wird. Das konnte funktionieren, weil sie sich seit dem Ende Nazideutschlands in dieser Position befand. Und es funktioniert nicht mehr, wenn die Autorität das Individuum nicht mehr an ihrer Macht teilhaben lässt.

Die Krux an dieser exemplarischen Formulierung vom „Wirtschaftsstandort Deutschland“ liegt in ihrer Wirkung, die nicht intendiert, aber dennoch nachhaltig ist. Faktisch war diese Begründung bereits mit einem gemeinsamen Interesse verbunden, das alle an diesem „Standort“ haben. Damit wurde nicht nur die Entsolidarisierung legitimiert, sondern überhaupt die Rede von einer Nation als Interessensgemeinschaft. Diese Denkfigur ist wirkmächtig und tritt nun als ihr Wiedergänger in chauvinistischen und rassistischen Einstellungen in Erscheinung.

Die bereits seit Anfang der 1980er-Jahre notwendige Neugestaltung des solidarischen Gemeinwesens unter den Bedingungen einer sich wandelnden Arbeitsgesellschaft und globalisierten Wirtschaft fand dann unter diesem Vorzeichen der Stärkung ökonomischer Interessen statt. Der hohe Stellenwert dieser Ökonomie als „narzisstische Plombe“ brachte es mit sich, dass sie als Prämisse lange Jahre und bis heute weitestgehend unhintergebar erscheint – mit entsprechend negativen Folgen für die politische Handlungsfähigkeit. Bei der Beantwortung der Frage „Wie wollen wir unter den veränderten Bedingungen der Arbeitswelt leben?“ wurde der Aushandlung unterschiedlicher Interessen in der Gesellschaft ein Riegel vorgeschoben. Die als gemeinsames, nationales Interesse formulierte ökonomische Rationalität wurde zur dominanten Argumentationsfigur und machte damit die demokratischen Institutionen faktisch machtloser, als sie es hätten sein müssen. Bis heute ist eine „ökonomische Landnahme“, wie es der Jenaer Soziologe Klaus Dörre formulierte (Dörre 2010b; Dörre, Lessenich & Rosa 2009) zu verzeichnen, die alle Bereiche des individuellen und persönlichen Lebens erfasst. Eine ernst-

hafte Alternative zur ökonomischen Rationalität scheint es nicht zu geben, und die Überlegungen konzentrieren sich vor allem darauf, wie die Sanktionen gegen diejenigen, die nicht (mehr) in diese ökonomische Logik passen, verschärft werden könnten. Von zentraler Bedeutung ist deshalb die Frage, was in Politik und Gesellschaft getan werden kann, um den notwendigen gesellschaftlichen Aushandlungsprozess verschiedener Interessen zu gestalten und somit soziale Solidarität und die Demokratie zu stärken.

Noch! Mehr Demokratie wagen

Diese Forderung richtet sich nicht allein an die Politik, sondern an die Bürger/innen und die Medien. Bereits in unserer Studie „Ein Blick in die Mitte“ (Decker et al. 2008) konnten wir in den Gruppendiskussionen feststellen, dass „Demokratie“ und „Politik“ von vielen Teilnehmenden nicht als etwas begriffen werden kann, an dem sie beteiligt sind. Es sind Regierungen oder Politiker/innen, die handeln; die einzig wahrgenommene Partizipationsmöglichkeit besteht in den Wahlen und diese werden in den Gruppendiskussionen entwertet. Dieses Phänomen ist stabil – und hier scheint ein großes Bedrohungspotenzial für die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft zu liegen. Bei einer Verschärfung gesellschaftlicher, nicht nur ökonomischer Krisen wird die Befürwortung anti-demokratischer Regierungsformen manifest. In Anbetracht der absehbaren, auch globalen Herausforderungen, wird ein aktives Gegensteuern mehr als notwendig. Umfassende demokratische Anstrengungen sind überlebensnotwendig für unsere Demokratie, insbesondere wenn wir uns weitere mögliche Krisen, wie sie etwa durch Umweltflüchtlinge verursacht werden, vor Augen halten.

Schon in unseren vorherigen Studien haben wir festgestellt: Demokratie ist kein Sockel, der – einmal erreicht – langfristig stabil bleibt. Diese Feststellung gilt immer noch. Und dass der Sockel keinesfalls überragend hoch ist, hat sich leider ebenfalls gezeigt. In der weit verbreiteten Ansicht, dass „die da oben“ sowieso machen, was sie wollen, kann eine gewisse geschichtliche Kontinuität ausgemacht werden: Im Hintergrund

ist das Unvermögen zu erkennen, demokratische Partizipationsmöglichkeiten zu nutzen. Einen ähnlichen Befund hat schon Theodor W. Adorno Mitte des letzten Jahrhunderts festgehalten: „Demokratie hat nicht derart sich eingebürgert, dass sie die Menschen wirklich als ihre eigene Sache erfahren, sich selbst als Subjekte der politischen Prozesse wissen“ (Adorno 1959, S. 559). Es müssen neue Formen der Partizipation entwickelt und damit die Bedingungen der Möglichkeit einer demokratischen Gesellschaft geschaffen werden.

Voraussetzung zur Teilhabe am demokratischen Prozess und Schutzfaktor: Bildung

Alleine: Neue Formen der Partizipation reichen nicht. Die Grenzen einzelner Anstrengungen, das Vertrauen in die Demokratie durch vermehrte Partizipation zu erhöhen – auch wenn ihr Wert ungemein hoch ist und sie unbedingt ausgebaut werden müssen –, wurden uns durch die neuen Studienergebnisse vor Augen gehalten. Um diesem Demokratie gefährdenden Trend entgegenzusteuern, ist eine ernst gemeinte und tief greifende Demokratisierung gesellschaftlicher Institutionen dringend notwendig. Prägnantes Beispiel sind hierbei die Bildungsinstitutionen: Hier sollten entsprechende Strukturen geschaffen werden, damit der Souverän gestaltend einwirken kann. Demokratie muss erfahrbar sein – und zwar im Alltag der Menschen, damit sie sich als Subjekte des demokratischen Prozesses begreifen können. Gegenwärtig findet der Alltag aber zumeist in nichtdemokratisch verfassten Kindergärten, Schulen und Universitäten statt. Eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung einer demokratischen Einstellung könnte zum Beispiel in Kindergärten sein, bereits in den pädagogischen Konzepten dafür zu sorgen, dass kindlichen Bedürfnissen ohne Unterwerfung unter eine Autorität Geltung verschafft wird. Dies kann auch und nicht zuletzt darin bestehen, dass bereits Kleinkindern die Bedingungen, unter denen sie leben, wie auch die Entscheidungen der für sie Sorgenden, transparent gemacht werden.

Bei den Bildungseinrichtungen ist nicht stehen zu bleiben. Die betrieblichen Partizipationsmöglichkeiten müssen ausgebaut werden genauso wie das Angebot beruflicher Weiterbildung und von Bildungsurlaub. Bildung ist ein relevanter Schutzfaktor gegen antidemokratische Einstellungen und da gilt: „Was Hänschen oder Lieschen nicht lernen, lernt Hans und Liese sehr wohl“ ist die Bemühung um Erwachsenenbildungsarbeit deutlich zu verstärken. Deshalb sind die Bemühungen um Erwachsenenbildungsarbeit deutlich zu verstärken.

Gesellschaft neu denken – die Arbeitsgesellschaft reformieren

Und auch das wird nicht reichen: Der Umgang mit Schwächeren in dieser Gesellschaft ist der Lackmuspapiertest der Demokratie. Doch der fällt derzeit nicht positiv aus. Das betrifft nicht nur die materielle Absicherung eines menschenwürdigen Daseins. Es betrifft vor allem den Umgang mit den Menschen an den verschiedenen Orten gesellschaftlichen Lebens. Zum einen sind hier die Restriktionen zu nennen, denen Arbeitslose genauso ausgesetzt sind wie Migrant/innen. Sie bilden das gesellschaftliche Klima für autoritäre Aggressionen und legitimieren diese von staatlicher Seite auf das Nachdrücklichste. Die Alternativen sind nicht in der gebotenen Kürze zu referieren und zudem in einem Prozess gesellschaftlicher Aushandlung zu finden. Aber das Beispiel eines Grundeinkommens für alle Menschen in diesem Land macht deutlich, worin die grundlegende Veränderung auch im gesellschaftlichen Klima liegen würde: Von staatlicher Seite würde die bedingungslose Teilhabe an der Gesellschaft zum Gradmesser für das Funktionieren der Demokratie anstelle einer repressiven Verteilung von Almosen, die gewährt, aber auch entzogen werden können. Es bedarf neuer Wertschätzungsstrukturen in der Gesellschaft, und diese dürfen nicht bei Überlegungen zum Ehrenamt stehen bleiben. Letztlich muss es auch darum gehen, die Individuen gegenüber den gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen zu stärken.

Selbstverpflichtung der Medien auf nichtdiskriminierende Berichterstattung

Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus sind zwei Sonderfälle einer allgemeinen Diskriminierungs- und Stigmatisierungsgefahr in unserer Gesellschaft. Jeder kann jederzeit als Angehöriger einer Gruppe zum Opfer von Stigmatisierung und auch öffentlicher Bloßstellung werden. Die Medien spielen hinsichtlich zweier Punkte eine unrühmliche Rolle, nimmt man die mangelnde Wertschätzungskultur und den Ungleichwertigkeitsdiskurs in den Blick. Zum einen kann in der Berichterstattung eine zunehmende Vereinfachung komplexer gesellschaftlicher Prozesse hin auf den Verfallzustand eines simplifizierenden Slogans beobachtet werden. Gerade die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten erfüllen zunehmend weniger ihren Bildungsauftrag und füllen ihr Programm immer mehr mit Unterhaltungsformaten. Dabei ist die differenzierte Berichterstattung über das politische Geschehen eine Grundvoraussetzung für eine demokratische Gesellschaft. Wer nun einwendet, dass dies eine Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger sei, die sich ihr Programm doch selbst auswählen können, vergisst die starke Wirkung der derzeitigen Berichterstattung. Wo gesellschaftliche Prozesse vereinfacht bis zur Unwahrheit dargestellt werden, vollzieht sich eine Erziehung zur Unmündigkeit. An die Medien muss in einer Demokratie jedoch die Anforderung gestellt werden, nicht bei der Stigmatisierung von Einzelpersonen oder Gruppen mitzuwirken und gewissermaßen als verlängerter Pranger zu fungieren, indem gesellschaftliche Probleme zu individuellen oder ethnischen Eigenschaften umgedeutet werden. Gerade an die privatwirtschaftlichen Medien ist die Forderung zu richten, sich zu einer Kultur der Antidiskriminierung zu verpflichten.

Mehr Politik wagen

Die Landnahme der Ökonomie in allen gesellschaftlichen Bereichen hat zwei handfeste, entdemokratisierende Wirkungen:

Die ständige Orientierung auf wirtschaftliche Ziele – präziser: die Forderung nach Unterwerfung unter ihre Prämissen – verstärkt einen autoritären Kreislauf. Sie führt zu einer Identifikation mit der Ökonomie, wobei

die Verzichtsforderungen zu ihren Gunsten in jene autoritäre Aggression münden, die sich gegen Schwächere Bahn bricht.

Befördert wird diese Dynamik durch die zweite Wirkung: Die ökonomische Rationalität bestimmt weitestgehend die Prämissen der Politik. Politische Handlungsfähigkeit steht nicht nur unter dem Vorbehalt des Finanzhaushalts, sondern dieser selbst ist Ergebnis einer politischen Steuerung, die auf eine Absenkung der Staatsquote zielt, also jener vom Staat beanspruchten Kapitalmittel, die er als Vermittlungsinstanz der verschiedenen Interessen in einer Gesellschaft verteilt. Mit dem Primat der Ökonomie wird die Vermittlung gesellschaftlicher Interessen zugunsten dieses einen Interesses aufgegeben. Das bedeutet durchaus, dass demokratische Politik im engeren Sinne des Wortes nur noch in einem sehr eingeschränkten Rahmen stattfinden kann, da die Handlungsfähigkeit immer durch die Verwaltung des Mangels ihre Grenzen zu erreichen droht.

Die öffentliche Auseinandersetzung über die Verteilung gesellschaftlichen Reichtums und die Bedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens darf nicht den rechtsextremen Wortführer/innen überlassen bleiben. Deren Antworten sind nicht von einer demokratischen Kritik und schon gar nicht vom Ziel einer Vermittlung verschiedener Interessen getragen, sondern vom glatten Gegenteil: der Fiktion eines gemeinsamen Volksinteresses. Die Quittung für diese Ideologie zahlen dann jene, die – aus welchen Gründen auch immer – aus dieser „Volksgemeinschaft“ herausfallen.

Weiterhin: Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen, Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte

Bis zum Jahr 2008 konnten wir in Westdeutschland einen Rückgang der rechtsextremen Einstellung in der Bevölkerung feststellen. Dieser Befund wurde von uns in einen Zusammenhang mit den zivilgesellschaftlichen Strukturen gestellt. Gerade wenn die neue gesellschaftliche Situation – einer Mitte in der Krise – neue Anforderungen an zivilgesellschaftliche Institutionen stellt: Die Förderung demokratischer zivilgesellschaftlicher

Projekte muss unbedingt auf breiter Basis fortgesetzt werden. Die intensivierte Förderung von Projekten zur Implementierung demokratischer Basisstrukturen ist vor allem in Ostdeutschland geboten. Zum einen haben sich hier entsprechende bürgerliche Partizipationsmöglichkeiten noch nicht im selben Umfang wie in Westdeutschland ausgebildet. Zum anderen hat der Struktur- und soziodemografische Wandel in Ostdeutschland eine fortschreitende Schwächung zur Folge. Dem Abbau von staatlichen Institutionen in ländlichen und bevölkerungsschwachen Regionen – wie Polizei und Schulen – begegnen insbesondere rechtsextreme Parteien und Kameradschaften mit eigenen Projekten. Dem Versuch rechtsextremer Gruppierungen, die Melange aus Entstaatlichung und rechtsextremen Ideologiesplittern in den Köpfen der Menschen zum organisatorischen Aufbau zu nutzen, muss begegnet werden.

So wichtig und richtig repressive polizeiliche und staatliche Ordnungsmaßnahmen gegen die Präsenz rechtsextremer Gewalt und Parteien sind, ohne die zivilgesellschaftliche Einbettung laufen sie nicht nur ins Leere. Die solcherart demonstrierte Macht gewährleistet zwar, dass rechtsextreme motivierte politische Handlungen und Gewalt zurückgedrängt werden. Aber gleichzeitig legitimieren sie diese repressiven Maßnahmen als Instrumente der Politik. Die Identifikation mit repressiven Maßnahmen stärkt dann paradoxerweise, wogegen es sich richtet: rechtsextreme und autoritäre Einstellungen, nicht aber demokratische Auseinandersetzung.

Waren und Surrogate

Die ökonomische Landnahme hat eine zentrale Voraussetzung, die allerdings nur sehr schwer zu beseitigen ist: denn sie ist der Wurzelgrund der kapitalistischen Ökonomie. Die Waren haben Surrogatcharakter, sie dienen als Ersatz für eine nie ganz vollzogene Ablösung vom Gedanken der religiösen Erwähltheit. Dieses Problem ist sehr schwer anzugehen, will man nicht im Chor mit den Befürworter/innen von Sparmaßnahmen Wasser predigen, um im schlimmsten Fall derweil selbst Wein zu saufen. Nicht der Wunsch nach einem schönen Leben ohne Mangel, sondern der Surrogatcharakter der Waren, die versprechen, diesen Mangel zu beheben

und das doch nicht können, ist das Problem. Es geht um beides: Wein predigen, aber auch auf den Suchtcharakter von Rauschmitteln hinzuweisen.

Das ist nicht ohne weiteres zu bewerkstelligen. Eine Säkularisierung, die fehlgeschlagen ist, kann nicht mit einfachen Ratschlägen nachgeholt werden. Aber die Mitteilung der Diagnose an sich ist schon ein wichtiger Schritt. Möglicherweise wirft er auch ein neues Licht auf das antiislamistische Ressentiment, auf die Forderung, Muslimen die Religionsausübung zu verbieten. Diese eignet sich als klassische Wiederkehr des Verdrängten möglicherweise besonders, Ressentiments auf sich zu ziehen, auch wenn diese aus anderen Quellen stammen. Einer Gesellschaft, die sich frei vom Glauben hält, aber in ihrer Mitte einen ganz anderen Fetisch aufgerichtet hat, muss jede „fremde“ Religion ein riesiger Stachel sein, gegen den sie löckt.

Den Surrogatcharakter der Waren wird man nicht so schnell, wenn überhaupt wieder los. Aber das Fetischhafte, das den Waren anhaftet, hängt mit diesem Surrogatcharakter aufs Engste zusammen. Und hier ist durchaus im Sinne der vorherigen Ausführungen eine Intervention möglich und nötig. Karl Marx, der als erster den Fetischbegriff aus den Kolonien nach Europa zurückholte, um einen Skandal in der Mitte der Gesellschaft zu bezeichnen, bediente sich ja nur einer Analogie. Ihm ging es um das Fetischhafte der Waren, die wie ein religiöser Fetisch wirken. Der Analogie bediente er sich ja nicht, um das Religiöse in der Waren produzierenden Gesellschaft aufzudecken.²⁴ Der Vergleich sollte vor allem eines sichtbar machen: die Verschleierung der sich mit der Warenproduktion vollziehenden Ausbeutung. Das Primat der Kapitalbildung, so ein Ergebnis seiner Analyse, bringt es mit sich, dass nie ein gerechter Lohn für die Arbeitskraft gezahlt werden kann. Dem Zwang der ökonomischen Ratio-

24 Im Gegenteil, gegen diese Zumutung eines religiösen Untergrunds, der diametral gegen seine auf Rationalität bauende Veränderungsutopie lief, hat er sich nach Möglichkeiten imprägniert (vgl. Türcke 2002).

nalität folgend wird verschleiert, dass der Wert in der Ware die entäußerte menschliche Arbeitskraft ist. Nur unter dieser Bedingung kann weniger für die Arbeit gezahlt werden und das Mehr an Wert Kapital bildend werden. Noch heute ist diese Fiktion am Leben, zum Beispiel in Werbeslogans von Banken wie „Lassen Sie Ihr Geld für sich arbeiten!“. Geld arbeitet aber nicht und schafft auch keinen Wert. Das machen nur Menschen. Kapital kann nur gebildet werden, indem ein Teil des geschaffenen Werts einbehalten wird. Wie viel davon, das ist Verhandlungssache. Aber die Utopie des gerechten Lohns ist nicht nur eine Frage der Bezahlung. Das wusste schon Marx und alle Sozialtheoretiker nach ihm: Es ist auch die Utopie einer gerechten Gesellschaft Freier und Gleicher.

Insofern mündet die Erkenntnis des Surrogatcharakters der Waren in zwei Forderungen: Erstens ist eine nachholende Aufklärung zu vollziehen – und zweitens eine demokratische Gesellschaft zu verwirklichen, die auf Anerkennung und der politischen Aushandlung von Interessensgegensätzen basiert.

Glossar

Beta-Gewichte: Geben den Anteil der aufgeklärten Varianz, d. h. der unterschiedlichen Ausprägung eines Merkmals, wie z. B. rechtsextreme Einstellung, durch den jeweiligen Einflussfaktor im Vergleich zu den anderen verwendeten Einflussfaktoren an (siehe Varianzanalyse). So wird beispielsweise erklärt, ob die rechtsextreme Einstellung zwischen den Befragten im Vergleich eher durch die Deprivationserfahrung oder durch die Erziehung variiert.

Chi-Quadrat-Test: Dieser Test untersucht, ob sich die unterschiedlich vorhandenen Häufigkeiten innerhalb eines Merkmals, z. B. des Arbeitsstatus, zwischen zwei Gruppen statistisch bedeutsam unterscheiden.

Item: Ein Item ist das Element eines Fragebogens, das den Befragten zu einer Stellungnahme bringen soll. Es ist mit den Worten der experimentellen Psychologie ein Reiz, der zu einer Reaktion provozieren soll: In unserem Fall sind dies beispielsweise Aussagen wie im Rechts-extremismusfragebogen, die dann als Reaktion auf einer Skala zwischen „lehne ab“ und „stimme zu“ beurteilt werden sollen.

Korrelation/Produkt-Moment-Korrelation: Beschreibt die Enge des linearen Zusammenhangs zwischen zwei Merkmalen mit dem Wertebereich von -1 bis +1, wobei +1 ein perfekt positiver Zusammenhang ist. Das ist so zu verstehen, dass bei Vorliegen eines Merkmals a immer auch das Merkmal b vorliegt. Bei dem Wert 0 besteht kein linearer Zusammenhang zwischen zwei Variablen: Wenn a vorliegt, ist b nicht gegeben. Dieser Zusammenhang muss statistisch bedeutsam sein, um interpretiert zu werden. Die Korrelation gibt keine Auskunft darüber, ob eine Ursache zwischen a und b besteht und in welche Richtung ein kausaler Zusammenhang angenommen werden kann.

Regressionsanalyse: Die Regression sagt ein bestimmtes Merkmal über andere Merkmale voraus, d. h. sie beantwortet die Frage, wie stark der Einfluss eines Merkmals auf ein anderes Merkmal ist und wie sich Veränderungen eines Konzepts auf ein anderes auswirken.

Signifikanz/statistisch bedeutsam: Wenn ein Ergebnis statistisch bedeutsam ist, dann ist der gefundene Unterschied statistisch nicht zufällig. Ein solcher signifikanter Unterschied liegt vor, wenn neben dem Mittelwert der Abstand des einzelnen Werts jedes Mitglieds dieser Gruppe vom Mittelwert gleichermaßen hoch ist (Streuung). Auch wenn die Unterschiede zwischen zwei Gruppen, etwa zwischen den Mittelwerten oder im Vergleich der prozentualen Ausprägung eines Merkmals, dem ersten Eindruck nach groß sind, können sie dennoch nicht statistisch bedeutsam sein.

Wenn ein Unterschied bedeutsam ist, wird für diese Bedeutsamkeit eine Irrtumswahrscheinlichkeit angegeben. Diese Irrtumswahrscheinlichkeit wird auch Signifikanzniveau genannt. Die Angabe, wie groß die Irrtumswahrscheinlichkeit ist, wird mit $p < .05$, $p < 01$ oder $p < .001$ angegeben. Die geringste Irrtumswahrscheinlichkeit ist $p < .001$. Der Wert ist so zu lesen: Die Wahrscheinlichkeit, dass der Unterschied fälschlicherweise als bedeutsam betrachtet wird, liegt bei 5% ($p < .05$), 1% ($p < 01$) oder geringer als 0,1% ($p < .001$) liegt.

Die statistische Bedeutsamkeit kann beispielsweise mit einem T-Test (siehe unten), einem Chi-Quadrat-Test (siehe oben) oder einem Mann-Whitney-U-Test untersucht werden. Die Wahl des Tests hängt davon ab, was miteinander verglichen werden soll: die Mittelwerte (T-Test), die Verteilung von Merkmalen, wie der prozentuale Anteil (Chi-Quadrat-Test) oder die Ausprägung des Medians (Mann-Whitney-U-Test).

T-Test: Dieser statistische Test prüft, ob die unterschiedliche Ausprägung eines Merkmals statistisch bedeutsam ist. Hierfür wird der Mittelwert zwischen maximal zwei Gruppen verglichen. Die Daten müssen sich als Mittelwert ausdrücken lassen. Das ist etwa bei Geschlecht, Parteipräferenzen oder Bundesland nicht möglich, da beispielsweise aus dem Geschlecht kein Mittelwert gebildet werden kann. Möglich ist ein T-Test bei der Ausprägung des Rechtsextremismus im Vergleich zweier Gruppen, da der Rechtsextremismus mit dem vorliegenden Instrument zu einem Mittelwert je Gruppe zusammengezogen werden kann. Wird aber der prozentuale Anteil an Rechtsextremen in den Bundesländern beschrieben, liegen zwei Gruppen vor (Rechtsextreme, Nicht-Rechtsextreme), die nicht als Mittelwert beschrieben werden können. Bei dem Vergleich von mehr als zwei Gruppen wird eine Varianzanalyse verwendet. Der Mann-Whitney-U-Test entspricht dem T-Test, wird aber für andere Skalenformen benutzt.

Varianzanalyse: Mit der Varianzanalyse können die Faktoren untersucht werden, die dafür verantwortlich sind, dass es eine Abweichung vom Mittelwert gibt. So kann beschrieben werden, warum sich Menschen unterscheiden. Es wird als Ergebnis angegeben, wie viel der Abweichung vom Mittelwert durch ein oder mehrere andere Merkmale verursacht wird. So kann eine Abweichung vom Mittelwert des Rechtsextremismusfragebogens untersucht werden, um herauszufinden, ob etwa das Deprivationserleben die höheren oder niedrigeren Werte erklärt. Es wird dann ein Prozentwert ermittelt, der angibt, wie viel von der Abweichung diesem Merkmal geschuldet ist. Diesen Wert nennt man Varianzaufklärung. Aufgeklärte Varianz R^2 : Diese Zahl gibt an, wie viel Prozent der Varianz des untersuchten Merkmals, wie z.B. der rechtsextremen Einstellung, von dem angegebenen Merkmal erklärt werden.

Literatur

- Abelshauer, W. (1985): Die langen fünfziger Jahre. Düsseldorf.
- Abelshauer, W. (2004): Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Bd. 460).
- Adorno, T. W. (1950): Types and Syndroms. In: Adorno, T. W./Frenkel-Brunswik, E./Levinson, D. J. & Sandford, R. N. (Hrsg.): The Authoritarian Personality. New York: Harpor, S. 744–783.
- Adorno, T. W. (1955): Zum Verhältnis von Soziologie und Psychologie. In: Tiedemann, R. (Hrsg.): Theodor W. Adorno – Gesammelte Schriften Bd. 8, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 42–85.
- Adorno, T. W. (1959): Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit? In: Tiedemann, R. (Hrsg.): Theodor W. Adorno – Gesammelte Schriften Bd. 10.2, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 555–572.
- Adorno, T. W. (1969): Zur Logik der Sozialwissenschaften. In: Tiedemann, R. (Hrsg.): Theodor W. Adorno – Gesammelte Schriften Bd. 8, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 547–565.
- Adorno, T. W./Frenkel-Brunswik, E./Levinson, D. J. & Sandford, R. N. (Hrsg.) (1950): The Authoritarian Personality. New York: Harper.
- Allport, G. W. (1935): Attitudes. In: Murchison, C. (Hrsg.): Handbook of social psychology. Worchester: Clark University Press, S. 798–844.
- Altemeyer, B. (1988): Enemies of Freedom. Understanding Right-Wing Authoritarianism. San Fransisco: Jossey-Bass.
- Andersen, A. (1997): Der Traum vom guten Leben. Alltags- und Kulturgeschichte vom Wirtschaftswunder bis heute. Frankfurt/M.: Campus.
- Aulenbacher, B. (2009): Die soziale Frage neu gestellt – Gesellschaftsanalysen der Prekarisierungs- und Geschlechterforschung. In: Castel, R. & Dörre, K. (Hrsg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt/M.: Campus Verlag, S. 65–77.
- Backes, U. (2006): Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis in die Gegenwart. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

- Backes, U. & Jesse, E. (2005): Vergleichende Extremismusforschung. Baden-Baden: Nomos.
- Baethge, K./Claussen, D./Pielczyk, B. & Siems, S. (2010): Antiamerikanismus in der Krise. Psychoanalyse – Texte zur Sozialforschung 14, in Druck.
- Bajohr, F. & Wildt, M. (Hrsg.) (2009): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus. Frankfurt/M.: Fischer.
- Bauman, Z. (2005): Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Behrend, Olaf (2008): Aktivieren als Form sozialer Kontrolle. Aus Politik und Zeitgeschichte 40/41, S. 16–21.
- Bergmann, W. & Erb, R. (1986): Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 38, S. 223–246.
- Beyer, H. & Liebe, U. (2010): Antiamerikanismus und Antisemitismus: Zum Verhältnis zweier Ressentiments. In: Zeitschrift für Soziologie 39, S. 215–232.
- Bohleber, W. (1998): Die Volksgemeinschaft – lebensbekleidender Uterus und ausstoßende Gewalt. Zu den unbewußten Wurzeln rechtsextremer Gewaltphantasien. In: Werkblatt – Zeitschrift für Psychoanalyse und Gesellschaftskritik 40, S. 83–105.
- Böhnke, P. (2006): Marginalisierung und Verunsicherung. Ein empirischer Beitrag zur Exklusionsdebatte. In: Bude, H. & Willis, A. (Hrsg.): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg: Hamburger Edition, S. 97–120.
- Bourdieu, P. (1984): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. (2005): Die männliche Herrschaft. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Brähler, E. & Decker, O. (2004): Einstellungen zu Juden und Amerikanern, Einschränkungen der Bürgerrechte, Militäraktionen und Ausländerängste in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung im Herbst 2003. In: Psychosozial 27, S. 115–127.
- Brähler, E./Decker, O. & Radebold, H. (2003): Beeinträchtigte Kindheit und Jugendzeit im Zweiten Weltkrieg. Fassbare Folgen bei den Geburtsjahrgängen 1930–1945. In: Psychosozial 26, 51–59.

- Brinkmann, U./Dörre, K./Röbenack, S./Kraemer, K. & Speidel, F. (2006): *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Bröckling, U./Krasmann, S. & Lemke, T. (Hrsg.) (2000): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bude, H. (1998): Die Überflüssigen als transversale Kategorie. In: Berger, P. & Vester, M. (Hrsg.): *Alte Ungleichheiten – neue Spaltungen*. Opladen: Leske & Budrich, S. 363–382
- Bude, H. (2008): Die Arbeitslosigkeitsforschung und der Begriff der sozialen Exklusion. In: *Mittelweg 36, Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 17*, S. 8–10.
- Bude, H. & Lantermann, E.-D. (2006): Soziale Exklusion und Exklusionsempfinden. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 58*, S. 233–252.
- Bude, H. & Willisich, A. (Hrsg.) (2006): *Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Bude, H. & Willisich, A. (2008): *Exklusion. Die Debatte über die Überflüssigen*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bundesamt, S. (2009): *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik 2009*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Butterwegge, C. (2002a): *Rechtsextremismus*. Freiburg: Herder spektrum.
- Butterwegge, C. (Hrsg.) (2002b): *Themen der Rechten – Themen der Mitte: Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein*. Opladen: Leske und Budrich.
- Butterwegge, C. (2010a): Die Entsorgung des Rechtsextremismus. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik 54*, S. 12–15.
- Butterwegge, C. (2010b): Mittlere Irrtümer. Entgegnung auf Mathias Brodkorb: Warum die Theorie des Extremismus selbst und nicht deren vermeintlicher „Missbrauch“ das Problem ist. In: *Der Freitag 23*, 09.06.2010, <http://www.freitag.de/datenbank/freitag/2010/23/mittlere-irrt-mer/print> [14.06.2010].
- Castel, R. (2000): *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz.
- Castel, R. & Dörre, K. (2009): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt/M.: Campus Verlag.

- Ceaser, J. C. (2003): A Genealogy of Anti-Americanism. In: *The Public Interest* 152, S. 3–18.
- Claussen, D. (1992): Die antisemitische Alltagsreligion. Hinweise für eine psychoanalytisch aufgeklärte Gesellschaftskritik. In: Böhleber, W. & Kafka, J. S. (Hrsg.): *Antisemitismus*. Bielefeld: Aisthesis Verlag, S. 163–170.
- Claussen, D. (2007): Is There a New Anti-Americanism? Reflections on Germany in Times of Global Simultaneity. In: Judt, T. & Lacorne, D. (Hrsg.): *With Us or Against Us. Studies in Global Anti-Americanism*. New York: Palgrave Macmillan, S. 75–92.
- Decker, O. (2011): *Der Warenkörper*. Habilitationsschrift an der Philosophischen Fakultät der Leibniz-Universität Hannover, Veröffentlichung in Vorbereitung.
- Decker, O./Brähler, E. & Radebold, H. (2004): Kriegskindheit und Vaterlosigkeit – Indizes für eine psychosoziale Belastung nach fünfzig Jahren. In: *Zeitschrift für Psychotraumatologie und Psychologische Medizin* 1, S. 33–41.
- Decker, O. & Brähler, E. (2005): Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschehen* 42, S. 8–17.
- Decker, O. & Brähler, E. (2006): Die psychosozialen Folgen von Vertreibung, Ausbombung und Vaterlosigkeit bei den Geburtsjahrgängen 1930–1945. In: Radebold, H./Heuft, G. & Fooker, I. (Hrsg.): *Kindheiten im II. Weltkrieg – psycho-historische Perspektiven*. Weinheim: Juventa-Verlag, S. 119–138.
- Decker, O. & Brähler, E. (2008a): *Bewegung in der Mitte*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, O. & Brähler, E. (2008b): *Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2008*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, O./Brähler, E. & Geißler, N. (2006): *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, O./Niedermayer, O. & Brähler, E. (2003): Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung. In: *Zeitschrift für Psychotraumatologie und Psychologische Medizin* 1, S. 65–77.

- Decker, O./Rothe, K./Weissmann, M./Geissler, N. & Brähler, E. (2008): Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, O./Weissmann, M. & Rothe, K. (2009): Arbeitslosigkeit und „Hartz 4“ in Gruppendiskussionen – Zwischen autoritärer Aggression und masochistischem Triumph. *Psychoanalyse – Texte zur Sozialforschung* 13, S. 45–70.
- Deutschmann, C. (1999): Die Verheißung des Kapitalismus. Zur religiösen Natur des Kapitalismus. Frankfurt/M.: Campus.
- Diner, D. (2002): Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments. Berlin: Propyläen.
- Dörre, K. (2008): Prekarisierung der Arbeit. Fördert sie einen neuen Autoritarismus? In: Butterwegge, C. & Hentges, G. (Hrsg.): *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 241–253.
- Dörre, K. (2010): *Génération précaire – ein europäisches Phänomen?* In: Busch, M./Jeskow, J. & Stutz, R. (Hrsg.): *Zwischen Prekarisierung und Protest. Die Lebenslagen und Generationsbilder von Jugendlichen in Ost und West*. Bielefeld: Transcript Verlag, S. 39–73.
- Drieschner, F. (2003): Die Mitte und der Abgrund. In: *Die Zeit* vom 3.7.2003, Nr. 28. Hamburg.
- Druwe, U. (1996): Rechtsextremismus. Methodologische Bemerkungen zu einem politikwissenschaftlichen Begriff. In: Winkler, J. W./Jaschke, H.-G. & Falter, J. W. (Hrsg.): *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*. Opladen, S. 66–80.
- Durkheim, E. (1897): *Der Selbstmord*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Erhard, L. (1951): Bundestagsrede vom 14. März 1951. *Verhandlungen des Deutschen Bundestages*. Bonn, S. 4800.
- Erhard, L. (1957): *Wohlstand für Alle*. Econ: Düsseldorf.
- Fahrenberg, J. & Steiner, J. M. (2004): Adorno und der Autoritäre Charakter. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56, S. 127–152.
- Falter, J. W. (1981): Radicalization of the Middle Classes or Mobilization of the Unpolitical? The Theories of Seymour Martin Lipset and Reinhard Bendix on the Electoral Support of the NSDAP in the Light of Recent Research. In: *Social Science Information* 2, S. 389–430.

- Fetscher, I. (1967): Rechtes und rechtsradikales Denken in der Bundesrepublik. In: Ders. (Hrsg.): Rechtsradikalismus, Sammlung res novae Band 13, Frankfurt/M.
- Freud, S. (1908): Charakter und Analerotik. In: Freud, A. (Hrsg.): Sigmund Freud – Gesammelte Werke Bd. VII. Frankfurt/M.: Fischer, S. 201–209.
- Freud, S. (1923): Das Ich und das Es. In: Freud, A. (Hrsg.): Sigmund Freud – Gesammelte Werke Bd. XIII. Frankfurt/M.: Fischer, S. 235–289.
- Freud, S. (1930): Das Unbehagen in der Kultur. In: Freud, A. (Hrsg.): Sigmund Freud – Gesammelte Werke Bd. XIV. Frankfurt/M.: Fischer, S. 419–506.
- Freud, S. & Fließ, W. (1985): Sigmund Freud – Briefe an Wilhelm Fließ 1887–1904. Frankfurt/M.: Fischer.
- Fromm, E. (1936): Studien über Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil. In: Ders. (Hrsg.): Gesamtausgabe Bd. 1. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt, S. 139–187.
- Funke, M. (Hrsg.) (1978): Extremismus im demokratischen Rechtsstaat. Ausgewählte Texte und Materialien zur aktuellen Diskussion. Düsseldorf: Droste.
- Fuchs, M. (2003): Rechtsextremismus von Jugendlichen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 55, S. 654–678.
- Geiger, T. (1930): Panik im Mittelstand. In: Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde 7, S. 637–654.
- Glatzer, W./Becker, J./Bieräugel, R./Hallein-Benze, G./Nüchter, O. & Schmid, A. (2009): Reichtum im Urteil der Bevölkerung. Akzeptanzprobleme und Spannungspotenzial. Reihe Sozialpolitik und Sozialstruktur Band 3. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Goebel, J./Gornig, M. & Häußermann, H. (2010): Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert. In: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) 24, S. 1–8.
- Goffman, E. (1963): Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität. Frankfurt/M.: Suhrkamp (1967).
- Grabka, M. M. & Fricl, J. R. (2008): Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? In: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) 75, S. 101–108.

- Greiffenhagen, M. (1981): 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben ...“. Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Gries, R. (2003): Produkte als Medien. Kulturgeschichte der Produktkommunikation in der Bundesrepublik und der DDR. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.
- Grumke, T. & Klärner, A. (2006): Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik – Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Haug, F. & Reimer, K. (Hrsg.) (2005): Politik ums Kopftuch. Hamburg: Argument.
- Haug, W. F. (1971): Kritik der Warenästhetik. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Haug, W. F. (2008): Variationen über den Spruch ‚Ich kaufe, also bin ich‘ In: Decker, O. & Grave, T. (Hrsg.): Kritische Theorie zur Zeit. Springe: Zu Klampen, S. 21–28.
- Heitmeyer, W. (1987): Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Weinheim: Juventa.
- Heitmeyer, W. (1992): Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. 3. Aufl. Weinheim: Juventa.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (1994): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2002): Deutsche Zustände – Band 1. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2007): Deutsche Zustände – Band 5. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. & Mansel, J. (2008): Gesellschaftliche Entwicklungen und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Unübersichtliche Perspektiven. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände Bd. 6. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 13–35.
- Honneth, A. (2001): Das Werk der Negativität. Eine psychoanalytische Revision der Anerkennungstheorie. In: Bohleber, W. & Drews, S. (Hrsg.): Die Gegenwart der Psychoanalyse – Die Psychoanalyse der Gegenwart. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 238–245.

- Hopf, C. & Hopf, W. (1997): Familie, Persönlichkeit, Politik. Eine Einführung in die politische Sozialisation. Weinheim: Juventa.
- Horkheimer, M. (1936a): Autorität und Familie. In: Schmid Noerr, G. (Hrsg.): Max Horkheimer – Gesammelte Schriften Bd. 3. Schriften 1931–1936. Frankfurt/M.: Fischer, S. 336–417.
- Horkheimer, M. (1936b): Vorwort (zu den Studien über Autorität und Familie). In: Schmid Noerr, G. (Hrsg.): Max Horkheimer – Gesammelte Schriften Bd. 3. Schriften 1931–1936. Frankfurt/M.: Fischer, S. 329–336.
- Horkheimer, M. (1937): Traditionelle und Kritische Theorie. In: Schmid Noerr, G. (Hrsg.): Max Horkheimer – Gesammelte Schriften Bd. IV. Frankfurt/M.: Fischer, S. 162–216.
- Horkheimer, M. & Adorno, T. W. (1952): Vorurteil und Charakter. In: Tiedemann, R. (Hrsg.): Theodor W. Adorno – Gesammelte Schriften Bd. 9.2. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 360–373.
- Horkheimer, M./Fromm, E. & Marcuse, H. (1936): Studien über Autorität und Familie. Springe: zu Klampen (Reprint der Originalauflage, 1987).
- Jahoda, M./Lazarsfeld, P. F. & Zeisel, H. (1933): Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch. Frankfurt/M.: Suhrkamp (1975).
- Jaschke, H.-G. (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Jaschke, H.-G. (2006): Politischer Extremismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jaschke, H.-G. & Dudek, P. (1984): Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Jesse, E. (2009): Extremismus. In: Andersen, U. & Woyke, W. (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag, S. 200–204.
- Kaminsky, A. (2001): Wohlstand, Schönheit, Glück: kleine Konsumgeschichte der DDR. München: Beck.
- Klärner, A. & Kohlstruck, M. (2006): Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung. In: Klärner, A. & Kohlstruck, M. (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg: Hamburger Edition, S. 7–14.

- Knappertsbusch, F. & Kelle, U. (2010): „Mutterland des nomadisierenden Finanzkapitals“ – Zum Verhältnis von Antiamerikanismus und Antisemitismus vor dem Hintergrund der Finanzkrise. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände – Folge 8. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 144–163.
- Kopke, C. & Rensmann, L. (2000): Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 45, S. 1451–1462.
- Kowalsky, W. & Schroeder, W. (1994): Einleitung. Rechtsextremismus – Begriff, Methode, Analyse. In: Kowalsky, W. & Schroeder, W. (Hrsg.): Rechtsextremismus. Eine Einführung und Forschungsbilanz. Opladen, S. 7–20.
- Kraushaar, W. (1994): Extremismus in der Mitte. Zur Geschichte einer soziologischen und sozialhistorischen Interpretationsfigur. In: Lohmann, H. M. (Hrsg.): Extremismus in der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation. Frankfurt/M.: Fischer, S. 23–50.
- Kronauer, M. (2002): Exklusion: die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt/M.: Campus-Verlag.
- Kronauer, M. (2006): „Exklusion“ als Kategorie einer kritischen Gesellschaftsanalyse. Vorschläge für eine anstehende Debatte. In: Bude, H. & Willisch, A. (Hrsg.): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg: Hamburger Edition, S. 27–45.
- Land, R. & Willisch, A. (2006): Die Probleme mit der Integration. Das Konzept des „sekundären Integrationsmodus“. In: Bude, H. & Willisch, A. (Hrsg.): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg: Hamburger Edition, S. 70–93.
- Lehnert, K. (2009): Wo ist „drinnen“, wo ist „draußen“? Die Wirkung sozialpolitischer Integrationsinstrumente, widerständige Erwerbslose und wie die Medien diese disqualifizieren. In: Götz, I. & Lemberger, B. (Hrsg.): Prekär arbeiten, prekär leben. Kulturwissenschaftliche Perspektiven auf ein gesellschaftliches Phänomen, Frankfurt/M.: Campus Verlag.
- Lessenich, S. (2006a): Du bist Unterschicht: Zur Remoralisierung sozialer Ungleichheit. In: PROKLA Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 36, S. 611–614.
- Lessenich, S. (2006b): Hoch die internationale Eigenverantwortung? – Grenzen wohlfahrtsstaatlicher Solidarität. In: WSI-Mitteilungen 59, S. 181–185.

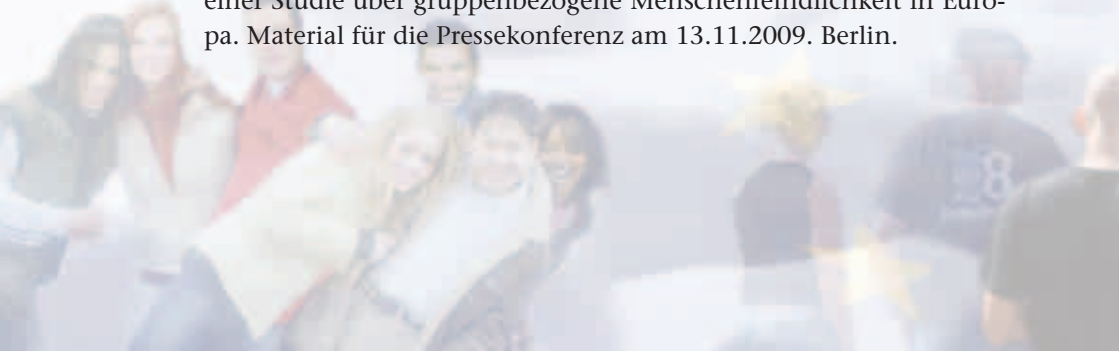
- Liebscher, D. (2010): Naziproblem und „Rechtsextremismus“-Dilemma. Der Antidiskriminierungsansatz als Ausweg. In: Hanneforth, G./Nattke, M. & Schönfelder, S. (Hrsg.): Gibt es Extremismus? Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung zwischen Neonazismus und (anti-)demokratischen Einstellungen. Dresden: Heinrich-Böll-Stiftung, S. 45–49.
- Link, J. (1991): Links/Rechts, Mitte/Extreme – Metamorphosen einer politischen Landschaft. In: kulturRRvolution 26, S. 19–24.
- Link, J. (2002): „Rechtspopulismus“? Über einige diskurstaktische Probleme beim Bekämpfen des Neorassismus unter normalistischen Verhältnissen (mit neun diskurstaktischen Tips). In: Demirović, A. & Bojadžijec, M. (Hrsg.): Konjunkturen des Rassismus. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 197–211.
- Lipset, S. M. (1959): Der ‚Faschismus‘, die Linke, die Rechte und die Mitte. In: Nolte, E. (Hrsg.): Theorien über den Faschismus. Köln (1984).
- Lødemel, I. & Trickey, H. (2002): Workfare in international perspective. In: Lødemel, I. & Trickey, H. (Hrsg.): An Offer you Can't Refuse: Workfare in international perspective Bristol: Policy Press, S. XI–XXI.
- Lohmann, H. M. (Hrsg.) (1994): Extremismus der Mitte: vom rechten Verständnis deutscher Nation. Frankfurt/M.: Fischer.
- Ludwig-Mayerhofer (2009): Exklusion als soziologisches Konzept. In: Sozialer Sinn 10, S. 3–28.
- Marbach, F. (1942): Theorie des Mittelstands. Bern: Francke.
- Marcuse, H. (1963): Das Veralten der Psychoanalyse. In: Ders. (Hrsg.): Schriften Bd. 8. Springe: zu Klampen (2004).
- Mitscherlich, A. & Mitscherlich, M. (1967): Die Unfähigkeit zu Trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens. München: Pieper Verlag.
- Möller, K. (1998): Extremismus. In: Schäfers, B. & Zapf, W. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 188–200.
- Morgenthaler, F. (1974): Die Stellung der Perversionen in Metapsychologie und Technik. Psyche – Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen 28, S.1077–1088.
- Mückenberger, Ulrich (1985): Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses. In: Zeitschrift für Sozialreform 7, S. 415–434 (Teil 1) und 8, S. 457–475 (Teil 2).

- Nadai, E. (2006): Auf Bewährung. Arbeit und Aktivierung in Sozialhilfe und Arbeitslosenversicherung. In: Sozialer Sinn 7, Heft 1, S. 61–77.
- Nadai, E. (2009): Das Problem der Bodensatzrosinen. Interinstitutionelle Kooperation und die forcierte Inklusion von Erwerbslosen. In: Sozialer Sinn 9, S. 55–71.
- Nattke, M. (2009): Rechtsextreme Einstellungen von BerufsschülerInnen. Eine Empirische Studie. Dresden: Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen.
- Neugebauer, G. (2000): Extremismus-Linksextremismus-Rechtsextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen. In: Schubarth, W. & Stöss, R. (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 13–37.
- Neugebauer, G. (2007): Politische Milieus in Deutschland. Bonn: Dietz.
- Neugebauer, G. (2010): Der Fächer des Bösen – Was wir mit Extremismus alles zu meinen meinen. Eine kurze Befassung mit Begriffen und Thesen. In: Hanneforth, G./Nattke, M. & Schönfelder, S. (Hrsg.): Gibt es Extremismus? Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung zwischen Neonazismus und (anti-)demokratischen Einstellungen. Dresden: Heinrich-Böll-Stiftung, S. 13–18.
- Noack, P. (2001): Fremdenfeindliche Einstellungen vor dem Hintergrund familialer und schulischer Sozialisation. In: Zeitschrift für Politische Psychologie 9, S. 67–80.
- Oesterreich, D. (1998): Ein neues Maß zur Messung autoritärer Charaktermerkmale. In: Zeitschrift für Soziologie 29, S. 5–64.
- Offe, C. (1994): Moderne „Barbarei“. Der Naturzustand im Kleinformat? Journal für Sozialforschung 34, S. 227–247.
- Paugam, S. (2008): Die elementaren Formen der Armut. Hamburg: Hamburger Edition.
- Peukert, D. (1982): Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde: Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus. Köln: Bund Verlag.
- Pohrt, W. (1991): Der Weg zur inneren Einheit. Elemente des Massenbewußtseins BRD 1990. Hamburg: Konkret Literatur Verlag.
- Rippl, S. (2002): Bildung und Fremdenfeindlichkeit. Die Rolle schulischer und familialer Sozialisation zur Erklärung von Bildungsunterschieden im Ausmaß von fremdenfeindlichen Einstellungen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 54, S. 135–146.

- Rippl, S. (2008): Politische Sozialisation. In: Hurrelmann, K./Grundmann, M. & Walper, S. (Hrsg.): Handbuch Sozialisationsforschung. Weinheim: Beltz, S. 443–457.
- Rippl, S. & Baier, D. (2005): Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 57, S. 644–666.
- Rokeach, M. (1960): *The Open and the Close Mind*. New York.
- Rothe, K. (2009): *Psychische Weiterwirkungen der nationalsozialistischen Judenvernichtung in mehreren Generationen nicht-jüdischer Deutscher nach 1945*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Schelsky, H. (1955): *Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme*. Stuttgart: Enke.
- Schickert, P. (2010): Der Fächer des Bösen – Anmerkungen aus Sicht der Zivilgesellschaft. In: Haneforth, G./Nattke, M. & Schönfelder, S. (Hrsg.): *Gibt es Extremismus? Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung zwischen Neonazismus und (anti-)demokratischen Einstellungen*. Dresden: Heinrich-Böll-Stiftung, S. 19–21.
- Schindelbeck, D. (2004): „Der Sozialismus in seinem Lauf ...“. Alltagskulturelle und lebensweltliche Aspekte des Konsums in der DDR während der Ära Honecker. Koreferat zu Peter Skyba. In: Walter, R. (Hrsg.): *Geschichte des Konsums. Erträge der 20. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 23.–26. April 2003 in Greifswald*. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag, S. 367–377.
- Schmid, V. & Bös, M. (2010): Aufbruchstimmung in Krisenzeiten – oder hoffnungslos unzufrieden? In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): *Deutsche Zustände – Folge 8*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 107–127.
- Schroeder, K. & Alisch, S. (2004): *Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland: ein Ost-West-Vergleich*. Paderborn: Schöningh.
- Schumann, S. (2002): Prägen Persönlichkeitseigenschaften Einstellungen zu Parteien? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 54, S. 64–84.
- Siegrist, H. (1997): Konsum, Kultur und Gesellschaft im modernen Europa. In: Siegrist, H./Kaelble, H. & Kocka, J. (Hrsg.): *Europäische Konsumgeschichte. Zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des Konsums (18. bis 20. Jahrhundert)*. Frankfurt/M.: Campus, S. 13–50.

- Simmel, G. (1908): Soziologie. Über die Formen der Vergesellschaftung. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Six, B. (1997): Autoritarismusforschung. Zwischen Tradition und Emanzipation. In: Gruppendynamik 28, S. 223–238.
- Skyba, P. (2004): Konsumpolitik in der DDR 1971 bis 1989. Die Verbraucherpreise als Konfliktgegenstand. In: Walter, R. (Hrsg.): Geschichte des Konsums. Erträge der 20. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 23.–26. April 2003 in Greifswald. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag, S. 343–366.
- Sommer, B. (2008): Anti-Capitalism in the name of ethno-nationalism: ideological shifts on the German extreme right. In: Patterns of Prejudice 42, S. 305–316.
- Steinert, H. (2000): Die Diagnostik der Überflüssigen. Mittelweg 36 – Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 9, S. 9–17.
- Stöss, R. (1989): Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Entwicklung, Ursachen, Gegenmaßnahmen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Stöss, R. (1994): Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick. In: Kowalsky, W. & Schroeder, W. (Hrsg.): Rechtsextremismus. Eine Einführung und Forschungsbilanz. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 23–66.
- Stöss, R. (2001): Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 4, <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsocz/schriften/Arbeitshefte/ahosz4.pdf> [20.06.2010].
- Stöss, R. (2005): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Stöss, R. (2008): Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik. Berlin: Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum Nr. 9.
- Stöss, R. & Niedermayer, O. (2008): Berlin-Brandenburg-Bus 2008. Rechts-extreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg 2000–2008 sowie in Gesamtdeutschland 2005 und 2008. Handout für die Pressekonferenz der Deutschen-Paul-Lazarsfeld Gesellschaft und des Otto-Stammer-Zentrums an der Freien Universität Berlin am 25.9.2008. Berlin.

- Türcke, C. (1996): Ausgrenzung. Die Aktualität eines Begriffs oder: Das andere Gesicht der Integration. Frankfurter Rundschau vom 2.11.1996, Zeit und Bild.
- Türcke, C. (1998): Das Altern der Kritik. In: Musik & Ästhetik 5, S. 79–97.
- Türcke, C. (2002): Erregte Gesellschaft. München: Beck.
- Urban, H.-J. (2004): Eigenverantwortung und Aktivierung – Stützpfeiler einer neuen Wohlfahrtsarchitektur? In: WSI-Mitteilungen 9, S 467–473.
- Verfassungsschutz (o. J.). Rechtsextremismus. http://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af_rechtsextremismus/ (12.9.2010)
- Vogel, B. (2009): Wohlstandskonflikte. Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen. Hamburg: Hamburger Edition.
- Weber, M. (1904/1905): Die Protestantische Ethik und der ‚Geist‘ des Kapitalismus. Weinheim: Beltz.
- Weißmann, M./Bergelt, D. & Krüger, T. (2010): Arbeit als Sinnstiftung in prekären Lebenslagen in Ostdeutschland. In: Pickel, G. & Sammet, K. (Hrsg.): Religion und Religiosität in Deutschland im vereinigten Deutschland. Zwanzig Jahre nach dem Umbruch, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, in Druck.
- Welzer, H./Möller, S. & Tschuggnall, K. (2002): Opa war kein Nazi. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis. Frankfurt/M.: Fischer.
- Winkler, J. R. (2001): Rechtsextremismus: Gegenstand – Erklärungsmuster – Grundprobleme. In: Schubarth, W. & Stöss, R. (Hrsg.): Rechts- extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen: Leske + Budrich, S. 38–68.
- Winkler, J. R. (2005): Persönlichkeit und Rechtsextremismus. In: Schumann, S. (Hrsg.): Persönlichkeit. Eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 221–241.
- Zick, A./Küpper, B. & Wolf, H. (2009): Europäische Zustände. Ergebnisse einer Studie über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa. Material für die Pressekonferenz am 13.11.2009. Berlin.







ISBN: 978-3-86872-469-1

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG
Forum Berlin

FES Projekt
GEGEN
RECHTS
EXTREMISMUS